

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Osten verhinderte Stoiber

Am 22. September hat die deutsche Reaktion eine knappe Niederlage erlitten. Stoiber, der Münchener Bush, ist trotz massiven Eingreifens der USA in den BRD-Wahlkampf nicht Bundeskanzler geworden. In der Endphase waren ihm wegen Schröders Irak-Rhetorik verärgerte Mitglieder der Washingtoner Administration mit gezielten Erklärungen über die angebliche Vergiftung der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch mild-kritische Bemerkungen einer SPD-Ministerin offen zu Hilfe geeilt. Doch der Bajuware kam trotz aller Harmlosigkeits-Heuchelei nicht durch. Sein Sieg hätte Deutschland weiter nach rechts gerückt, kontinentale Auswirkungen gehabt und selbst profaschistischen Kräften in ganz Europa Auftrieb gegeben. Abgewendet wurde die Regierung der Schwarzen in erster Linie durch das Votum der Ostdeutschen, die der CDU mehrheitlich eine klare Absage erteilten. Von den Medien der Bourgeoisie wird überdies ins Feld geführt, die Hahnenkämpfe populistischer Gockel in der FDP hätten Stoiber dadurch geschadet, daß ihr potentieller Koalitionspartner weniger Wahlheute als erwartet einfahren konnte.

Mit der Verlängerung des Mandats für Schröder und Fischer, die einen personalisierten Wahlkampf nach USA-Schema führten, hat sich die sozialdemokratische Form imperialistischer Machtverwaltung behaupten können. Das Motiv vieler nach links tendierender Wähler, die für SPD und Grüne optierten, bestand – neben traditionellen Erwägungen – in der Abwehr der Stoiber-Drohung. Diese Klientel muß grundsätzlich anders bewertet werden als die Gefolgschaft von CDU/CSU und FDP. Das Grotteske am Schröder/Fischer-Wahlsieg besteht aber darin, daß ausgerechnet die Mannschaft, die mit der Teilnahme am Angriff auf Jugoslawien zur ersten deutschen Kriegsregierung nach 1945 geworden war, ihren Fortbestand nur durch eine wortreiche Absage an die von Bush angekündigte und vorbereitete Irak-Aggression zu sichern vermochte. Millionen Wähler – vor allem im Osten – haben den Erklärungen geglaubt, das Land aus dem drohenden neuen Konflikt heraushalten zu wollen. Sie haben die Statements des Kanzlers und des Außenministers für bare Münze genommen, obwohl die in die NATO eingebundene und von den USA abhängige BRD-Regierung schon bald dem amerikanischen Druck erliegen und beidrehen dürfte.

Das Ausscheiden der PDS-Fraktion aus dem Bundestag und der politische Absturz dieser bürgerlich-demokratischen Linkspartei ohne sozialistische Profilierung sind

ein Rückschlag für die Linke und eine herbe Niederlage für eine Führung, die das Desaster verschuldet hat. Dessen Ursachen kann man nur zum geringeren Teil in der personellen Blässe und Profillosigkeit der PDS-Spitzenpolitiker oder im fragwürdigen Agieren des offenbar ganz anderes im Schilde führenden einstigen „Hoffnungsträgers“ Gregor Gysi erblicken. Es handelt sich um eine tiefe Vertrauenskrise zwischen Partei und Wählern. Deren Groll ist weithin in Ablehnung und Abstinenz umgeschlagen. Nachdem die PDS-Führung alle anderen Trümpfe abgegeben und auch die Unterstützung eines großen Teils der alten Genossen durch Schmähung ihrer Biographien und ihrer Lebensleistung in SED und DDR verloren hatte, war ihr neben dem nebulösen Eintreten für „soziale Gerechtigkeit“ nur noch ein einziger sicherer Stich geblieben: ihre Rolle als alleinige Friedenspartei des 14. Deutschen Bundestages. Aber gerade in dieser Frage grub ihr Schröder – mit Blick auf pazifistische PDS-Wähler und die SPD-Linke – gründlich das Wasser ab. Hinzu kam der moralische Verschleiß der PDS, zu dem ihre Juniorrolle bei Regierungsbeteiligungen in Schwerin und Berlin zwangsläufig führen mußte. Die Partei wurde – wie von Ringstorff angekündigt – gezielt „entzaubert“. Wie immer bei solcherart „Einbindung“ profitierte allein die sich auf Kosten ihrer kleineren Partner profilierende Sozialdemokratie von dem Koalitionsgeschäft.

All das hatte seinen Nachhall auf dem jüngsten Geraer PDS-Parteitag, verbargen sich doch hinter skrupellosem persönlichen Machtgerangel auch politische Richtungskämpfe zwischen den Wortführern der totalen Sozialdemokratisierung (Bartsch, Pau u. a.) und jenen, die eher an Resten sozialistischer Orientierung festhalten möchten. Die Bilanz des 22. September: Das drohende Abrutschen in eine schwarze Republik, das sich mit einem Wahlsieg Stoibers verbunden hätte, ist vorerst abgewendet. Die Unternehmerverbände, die voll auf die CDU gesetzt hatten, müssen ihre Kräfte neu gruppieren und sich abermals mit der sozialdemokratischen Variante imperialistischer Machtbetreuung anfreunden. Schröders eigener Operationsspielraum – bei gewachsener Opposition, ohne eine bisweilen hilfreiche PDS-Fraktion und mit geschwächter eigener Partei, die die gestärkten Realo-Grünen im Gepäck hat – ist enger geworden. Das macht ihn noch druckempfindlicher. Der 15. Deutsche Bundestag hat sich ein Stück nach rechts bewegt. Diese Tatsache erhöht den Stellenwert des außerparlamentarischen Kampfes.

Klaus Steiniger



### INHALT

<b>PDS-Debakel: Scheitern eines Credos</b>	S. 2
<b>DDR-Geschichte lebendig halten</b>	S. 3
<b>Von der Scholle getrennt?</b>	S. 4
<b>Zum SED/SPD-Papier: In die Falle gegangen</b>	S. 5
<b>Stehr/Hager: Stochern im Nebel</b>	S. 6
<b>Holz/Köbele: Klarheit und Wahrheit</b>	S. 7
<b>Lenin gegen „linke“ Kindereien</b>	S. 8
<b>Bereicherung der Denklandschaft</b>	S. 8
<b>G. Feldbauer sprach in Italien</b>	S. 9
<b>Rainer Rupp beim „RotFuchs“</b>	S. 9
<b>FARC-Vortrag in Schwerin</b>	S. 9
<b>„Grunewaldspaziergang“</b>	S. 10
<b>Die große Spar-Lüge</b>	S. 11
<b>War die DDR-Justiz demokratisch?</b>	S. 12
<b>„Ausreisecenter“ als letzter Schrei</b>	S. 13
<b>Als 120 000 in Schöneberg aufmarschierten</b>	S. 14
<b>Vietnam bleibt eine Hoffnung</b>	S. 15
<b>Exklusivmaterial zu Irak</b>	S. 16
<b>China: Eine „kleine“ Partei</b>	S. 19
<b>Erfolg für slowakische KP</b>	S. 19
<b>Was aus Sowjetrepubliken wurde</b>	S. 20
<b>Scharons neuer Stabschef</b>	S. 21
<b>Der Kaschmir-Konflikt (2)</b>	S. 22
<b>Warschauer „linke“ Troika</b>	S. 23
<b>Oktoberfilme</b>	S. 24
<b>Leserbriefe</b>	S. 25
<b>Termine &amp; Anzeigen</b>	S. 28

## Ruinöser Kurs der PDS-Spitze auf dem Prüfstand

# Scheitern eines Credos

Was befürchtet wurde, fiel noch schlimmer aus, als Pessimisten ohnehin mutmaßten: Mit lediglich zwei Direktmandaten ist die PDS im Bundestag fortan nur marginal vertreten. In Mecklenburg-Vorpommern ging ihr, obwohl sie Regierungspartei bleiben darf, ein Drittel ihres Wähleranteils verloren. Mit diesem verheerenden Ergebnis ist zugleich die Linke in Deutschland insgesamt, was ihre parlamentarischen Wirkungsmöglichkeiten angeht, empfindlich geschwächt worden. Doch ob nun ein Bundestag ohne die PDS oder, was natürlich besser gewesen wäre, mit ihr: In diesem Parlament werden, wie bislang schon, auch künftig die Kapitalinteressen vor denen der Bevölkerungsmehrheit rangieren und die politischen Entscheidungen bestimmen. Die PDS aber sieht sich damit konfrontiert, Konsequenzen aus ihrer Niederlage zu ziehen. Mit „Wundenlecken“ und der Suche nach taktischen Mißgriffen im Wahlkampf dürfte es nicht getan sein. Am 20. 9. prophezeite „Neues Deutschland“, daß der PDS – selbst bei einem Wiedereinzug in den Bundestag – „harte interne Auseinandersetzungen“ bevorstünden. Viele Differenzen würden lediglich „auf die Zeit nach der Wahl verschoben“, weil eine „linke Notgemeinschaft“ angesichts unsicherer Wahlchancen ihre Kritik am Kurs der Parteiführung zurückgestellt habe. Nach dem Fiasko formulierte ND dann im Klartext: „Die PDS steht vor einer prinzipiellen (!) Auseinandersetzung über Weg und Ziel.“

In der Tat dürfte es bei den Debatten auf dem für Mitte Oktober nach Gera einberufenen PDS-Parteitag um die Grundfrage gehen: Wie weiter, PDS? Also um die Programmatik der Partei. Bekanntlich sind die in der PDS-Spitze dominierenden reformistischen „Erneuerer“ seit geraumer Zeit darauf aus, das geltende Parteiprogramm abzulösen und durch ein grundsätzlich anderes, ihren politischen Ambitionen entsprechendes, zu ersetzen. Jetzt spitzen sich die Auseinandersetzungen scharf zu. Wortführer der PDS-Rechten orakelten schwarzseherisch schon vor dem 22. September, daß sich bei einem schlechten Abschneiden an den Wahlurnen „die linken Dogmatiker in der Partei austoben“ würden (Gysi) und „die Stunde der Besserwisser“ schlage (Bisky).

Gegen wen sich solche Denunziation richtete, ließ sich bereits im Vorfeld erkennen. Gemeint waren jene Gliederungen wie einzelne – darunter prominente – Mitglieder, die ihre beschwörenden Appelle, trotz allem PDS zu wählen, mit massiver Kritik an der Parteiführung verbanden. Sie fanden dabei ein bemerkenswertes Echo auch unter Sympathisanten und bei außerparlamentarischen Kräften. Um Beispiele zu nennen: Besorgte Linke riefen dazu auf, unter dem Motto „Das letzte Mal“ die Parteispitze mittels Postkartenaktion wissen zu lassen, daß man nur diesmal noch PDS zu wählen gewillt sei, falls die Führung nicht von ihrem Anpassungskurs abgehe und auch in Zukunft nicht für eine „wirkliche linke Alternative“ Sorge. Per Anzeige im ND schlug ein anderer Genosse vor, dem Parteivorstand schriftlich mitzuteilen, daß man zwar PDS wähle, dies jedoch aus den

genannten Gründen nur „unter Protest“. Die Kommunistische Plattform der PDS beschwor „die zahlreichen frustrierten bisherigen Wähler“, trotz grundlegender Differenzen mit den „Reformern“ für die Partei zu stimmen. Ehemalige Mitglieder der in der DDR bestehenden NDPD annoncierten mit ihrer Bereitschaft, die PDS zu wählen, zugleich erhebliche Bedenken gegen den Kurs der Parteizentrale.

Im Kern richteten sich all diese Kritiken eindeutig gegen die Tendenz der Führung, sich im kapitalistischen Profitsystem einzurichten, statt konsequent dagegen zu kämpfen, um beinahe jeden Preis Regierungsbeteiligung anzustreben, statt echte Opposition zu sein, und nicht zuletzt gegen die pauschal negative, bis zu bösarigen Ausfällen reichende Bewertung der DDR-Geschichte und der „Vorgängerpartei“ SED. Damit zielt diese kritische Grundstimmung generell auf das reformistische Konzept einer bereits weit vorangeschrittenen Sozialdemokratisierung.

Als der Wahltag näherrückte und die Umfrageergebnisse immer alarmierender wurden, gab es zaghafte Versuche, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. So konnte man plötzlich von Bundesgeschäftsführer Bartsch – einem der proungestimmtesten Parteirechten – bislang ungewohnte Töne vernehmen. „Ich sehe uns in der Pflicht, das Lebenswerk mehrerer Generationen fortzuführen, auch das von Menschen, die heute mit uns nicht immer eins sind“, teilte dieser, sonst ein Generalabrechner mit der DDR, im ND vom 14./15. 9. mit. Bei der Wahl gehe es „perspektivisch (!) auch um die Idee des Sozialismus“.

Für ihre Beteiligung an Landesregierungen mußte die PDS mit erheblichem Vertrauensschwund bezahlen. Die vollmundigen Versprechen, solche „Verantwortungsübernahme“ eröffne bessere „Gestaltungsmöglichkeiten im Interesse der kleinen Leute“ als bloßes Opponieren zerstoßen an den politischen Realitäten. Es entbehrt nicht der Pikanterie, daß der vielleicht gravierendste Beitrag dazu aus Berlin kam und von dem Mann geleistet wurde, der einst als Vordenker und großer Kommunikator der Partei bei vielen PDS-Mitgliedern und

Westwählern hohes Ansehen genoß: Gregor Gysi. Als die Niederlage bekannt wurde, empfing man ihn auf der ins Wasser gefallenen Wahlleiter zum ersten Mal mit Pfiffen. Sein tatsächlicher „Anteil“ an der Pleite der PDS ist aber nicht so sehr in seinem Rücktritt als Berliner Wirtschaftsminister zu se-

hen als vielmehr in jenem politischen Konzept zu suchen, das er und seine „Reformer“ entworfen und mit dessen Umsetzung die PDS Schritt für Schritt sozialistische Grundpositionen aufgab.

Gysi trug im Verein mit André Brie noch in anderer Hinsicht dazu bei, die Glaubwürdigkeit seiner Partei zu beschädigen. Und das in einem für deren Wahlstrategie entscheidenden Punkt: ihrer konsequenten Antikriegshaltung. Beide schrieben Anfang September einen Brief an Oskar Lafontaine. Abgesehen davon, daß er in der PDS-Mitgliedschaft Unruhe auslöste, weil er als neuerliches Werben für eine künftige Parteienfusion mit der SPD verstanden werden konnte, enthielt er auch eine Passage, mit der die bisherige antimilitaristische Grundposition der PDS konterkariert wurde: Die Aufforderung an „unsere eigene Partei ...“, sich prinzipiell zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zu bekennen“. Nur weltfremde Phantasten könnten annehmen, daß dies auf ein Ausschließen aus NATO-Bindungen abzielt.

Nun steht der ruinöse Kurs der „Erneuerer“ auf dem Prüfstand. In einem von vielen namhaften PDS-Mitgliedern getragenen Antrag an den Geraer Parteitag formulierte der Ausschwitz-Überlebende Genosse Kurt Goldstein: „Die Differenzen dürfen nicht mehr unter den Tisch gekehrt werden ... Versuche, das 93er Programm und den Münsteraner Beschluß auszuhebeln“, entschieden „womöglich über das Schicksal der Partei“. Die PDS müsse „mehr denn je eine Partei sein, die sich gegen Kapitaldominanz in der Gesellschaft wendet und den vergangenen sozialistischen Versuch unbedingt gründlich analysiert – mit kritischem Respekt, aber keineswegs denunziatorisch“.

Ob Gera tatsächlich das Forum wird, auf dem die Partei wieder zu sich selbst – also zu sozialistischen Positionen – findet, ist allerdings keineswegs sicher. Sollte es der PDS-Spitze wie auf dem Cottbusser Parteitag 2000 wieder gelingen, die Delegiertenauswahl so zu steuern, daß 70 % von ihnen „irgendwie hauptamtlich oder beruflich mit der Partei verbunden“ und damit führungsstark sind, bleiben der Konflikt, und die aus ihm hervorgehenden existentiellen Gefahren für die PDS bestehen. Ob Parteichefin Zimmer dann weiter so selbstsicher Vermutungen als „Nonsens“ zurückzuweisen vermag, „die PDS könne sich nach einer Wahlniederlage spalten“ (SVZ 21./22. 9), sei dahingestellt.

Die Niederlage signalisiert das Scheitern des politischen Credos der sogenannten Reformer. Sie verdeutlicht, daß eine etwas „linkere“ zweite Sozialdemokratie in Deutschland entbehrlich ist. Der Wähler stimmt dann für das Original und nicht für die Kopie. Eine politische Zukunft hat die PDS nur, wenn sie als kraftvolle Systemopposition konsequentes Eintreten für die Belange der Bevölkerungsmehrheit mit klarem Streben nach grundlegenden gesellschaftlichen Wandlungen verbindet und dabei ihre historischen Wurzeln weder verleugnet noch verleumdet. **Wolfgang Clausner**



Grafik: Karl-Heinz Effenberger

**Rechtsanwalt Prof. Dr. Erich Buchholz empfiehlt dem „RotFuchs“:**

## DDR-Geschichte lebendig halten!

Lieber „RotFuchs“, Deine jüngste Ausgabe (56) enthielt wieder eine Reihe sehr wertvoller Beiträge, wofür der Redaktion großer Dank zu sagen ist. Besonders begrüße ich den Aufsatz von Dieter Itzerott. In der Tat bedarf die Untersuchung und Aufklärung der Gründe der Niederlage des Sozialismus in Osteuropa und im Besonderen der DDR einer gründlichen wissenschaftlichen Analyse. Dazu hat Dieter Itzerott wesentliche Gesichtspunkte benannt.

Bei den meisten Betrachtungen und Überlegungen zu diesen Gründen wird zu oft nur die innerstaatliche Situation der DDR gesehen. Aber sie war unter den nahezu 200 Staaten dieser Erde wahrlich ein sehr kleines Land, das überdies in stärkerem oder geringerem Maße von anderen abhing bzw. deren Einfluß unterlag. Die unvoreingenommene Klärung der Gründe und Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR und den anderen osteuropäischen Ländern, besonders der früheren Sowjetunion, erfordert vor allem ein komplexes historisches und genügend weltgeschichtliches Herangehen an diese Frage. Was die DDR betrifft – und nur auf diese beziehen sich die nachfolgenden Bemerkungen –, so wird gewiß nicht ernstlich bestritten werden, daß sie „ein Kind Moskaus“, der Sowjetunion, war. Ohne die Empfehlung und Unterstützung von KPdSU und UdSSR konnte die DDR weder – als Antwort auf die separate Bildung der westdeutschen Bundesrepublik – gegründet werden noch vierzig Jahre bestehen. Auf der anderen Seite kam auch die BRD nur und erst im Gefolge der sogenannten Londoner Empfehlungen zustande. Sie wurde mit massiver Hilfe der westlichen Alliierten wirtschaftlich und militärisch zu einem mächtigen westeuropäischen Staat aufgebaut und aufgerüstet.

Nachdem die KPdSU unter Gorbatschow ihr Kind DDR „wie eine heiße Kartoffel“ fallen ließ, war ihr Weiterbestehen nur eine Frage der Zeit. Selbst wenn sie wirtschaftlich noch erheblich besser dagestanden und es im Innern tatsächlich weit mehr Demokratie gegeben hätte, wäre die DDR allein zu überleben nicht fähig gewesen. Auch die Modalitäten des Endes der DDR hingen maßgeblich von Moskau ab. Indem Gorbatschow erklärte, „die Deutschen“, d. h. die bundesdeutsche Regierung Kohl, würden es schon richten, gab er nicht nur die DDR, sondern auch die deutschen Kampfgefährten der KPdSU in der DDR schutzlos preis.

Weiter: Daß bereits vor der Gründung der DDR vom Westen her erklärtermaßen alles – einschließlich schwerer Verbrechen – getan wurde, um den Osten Deutschlands, die spätere DDR, wirtschaftlich und politisch kaputt zu machen, ist tausendfach bewiesen. Heute rühmen sich die westlichen Geheimdienste in Wort und Bild ihres damaligen Wirkens.

In diesem Zusammenhang besteht eine Besonderheit des Aufbaus des Sozialismus in der DDR darin, daß Adenauer im Interesse der Verhinderung einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung in Deutschland gemeinsam mit den Westmächten

lieber nur „das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“ wollte, weshalb er die Spaltung betrieb, deren erster ökonomisch relevanter Akt die von langer Hand vorbereitete separate Währungsreform des Jahres 1948 war, zu der man die Banknoten bereits 1947 gedruckt hatte. Kein anderes osteuropäisches Land befand sich in der Situation, den Sozialismus nur auf einem Teil des Territoriums aufbauen zu können.

Hinzu kam, daß der Osten – über schwerste Kriegsschäden und Kriegsfolgewirkungen (Reparationen u. a.) hinaus – seit jeher der ökonomisch schwächste und traditionell vom Westen des Landes abhängige Teil Deutschlands war.

Durch die vom Westen betriebene territoriale Spaltung wurde die deutsche Nation geteilt – ein Umstand, den die BRD zur systematischen Untergrabung der DDR, nicht zuletzt durch Rundfunk und Fernsehen, nach allen Regeln der Kunst ausnutzte. Bis zuletzt blieb die eigenständige Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkannt. Nach Bonner Vorstellungen (Art. 116 Grundgesetz und Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. 7. 1913) behandelte man sämtliche DDR-Bürger als latente bzw. potentielle Bundesbürger. Schon ein zeitweiliger Aufenthalt auf bundesdeutschem Gebiet genügte, um deren BRD-Staatsangehörigkeit zu aktivieren, z. B. durch Aushändigung entsprechender Reisepässe.

Das Schaufenster Westberlin und das beeindruckende Äußere der Bundesrepublik, in der es damals noch nicht so viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gab, veranlaßten letztlich über die Jahre Millionen DDR-Bürger, in den Westen zu gehen. (Aberdings übersiedelten seit Ende 1989 weitere zwei Millionen Menschen aus dem Osten in den Westteil Deutschlands!) Auf diesem Hintergrund wurden gezielt Hunderttausende Fachkräfte, darunter viele akademisch Gebildete, vor allem auch Ärz-

te, aus der DDR abgeworben, was ihr gewaltigen ökonomischen und politischen Schaden zufügte. Inzwischen ist als erwiesen anzusehen, daß die überwiegende Mehrheit jener DDR-Bürger, die ihren Staat verließen, das vornehmlich aus pragmatisch-wirtschaftlichen Gründen getan hat; es handelte sich meist nicht um „politische Flüchtlinge“, sondern um Wirtschaftsasylanten, die von der BRD mit offenen Armen aufgenommen wurden.

Diese Erkenntnisse, die ich auch aus etlichen politischen Strafverfahren nach 1990 gewann, wurden übrigens durch den Synodalen de Maiziere (langjähriger Rechtsanwalt in der DDR und letzter Ministerpräsident der Noch-DDR) bestätigt. Er sah sich auf einer Bundessynode im Jahre 1989 aufgrund seiner praktischen Erfahrungen mit Stellern von Ausreisearträgen zu der Bemerkung gezwungen, es seien ganz überwiegend ökonomische Erwägungen, materielle Gründe gewesen, die die Ausreisewilligen zu diesem Schritt bewogen hätten.

Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt: Die Hauptfunktion der Bundesrepublik bestand über Jahrzehnte darin, eine erfolgreiche Entwicklung von SBZ und DDR zu verhindern und diese am Ende zu schlucken, sie von der Landkarte zu tilgen. Das läßt sich juristisch auch schon am Grundgesetz von 1949 und zwar an der ursprünglichen Präambel und am ursprünglichen Artikel 146 ablesen.

Es könnte überlegt werden, ob nicht der „RotFuchs“-Förderverein als Bildungsinstitution durch entsprechende Veranstaltungen stück- und schrittweise zu der erforderlichen komplexen Analyse der Gründe der Niederlage des Sozialismus auch in der DDR einen bescheidenen Beitrag leisten könnte. Jedenfalls sollten diejenigen, die bei seinem Aufbau Erfahrungen gesammelt haben, diese – solange sie noch dazu in der Lage sind – aufschreiben, damit sie nicht verlorengehen.

## V o r f r e u d e

Die „RotFuchs“-Redaktion freut sich, den Teilnehmern der zweiten Leserkonferenz, die am 8. Februar 2003 aus Anlaß des 5jährigen Bestehens unserer Zeitschrift stattfindet, schon jetzt einen besonderen Höhepunkt ankündigen zu können. Nach der Mittagspause (und vor dem zweiten Teil der Konferenz) gibt's ein Konzert des besten heute noch existierenden DDR-Singecubs.

Es singt und musiziert die Gruppe „Ernesto Che Guevara“ aus Dresden. Dieser Singecub wurde 1974 gegründet und zählte zu den populärsten Ensembles der FDJ-Singebewegung. 1978 verlieh ihm die kubanische Botschaft in der DDR den Namen „Ernesto Che Guevara“.

### Wie DKP und KPD abschnitten **Ergebnisse**

Bei den Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag haben insgesamt 3923 Bürger für die 15 Einzelbewerber der DKP ihre Erststimme abgegeben.

Der Direktkandidat der KPD in Berlin erhielt 687 Stimmen.

Die DKP beteiligte sich nicht mit Landes- oder Bundeslisten. Auf die Berliner Landesliste der KPD entfielen 1624 Stimmen.

Der linke Einzelbewerber Dr. med. Erhard Thomas, der in Marzahn/Hellersdorf angetreten war, erzielte mit 1252 Stimmen (0,1 %) das beste Ergebnis.

**R. F.**

## Zur These von den „falsch konstruierten Säulen unseres Hauses DDR“

# Von der Scholle getrennt?

In einem ND-Beitrag, der am 28. Juni 2002 erschien, hat Prof. Horst Grunert von den „falsch konstruierten Säulen unseres Hauses DDR“ gesprochen. Der „RotFuchs“ reagierte seinerseits in der Juli-Ausgabe mit dem Artikel von Peter Franz „Grunerts politischer Suizid“. Auf diese Thematik will ich mich beziehen.

Leider zeigt Grunerts Debatten-Beitrag, daß auch Sozialisten nicht frei sind vom Zeitgeist, über den Goethe uns schon im „Faust“ lehrt „... es ist der Herren eigener Geist...“, der über die Medien seit der „Wende“ in die Köpfe der Menschen transportiert wird und ihrem Denken Richtung verleiht. Es genügt den Siegern nicht die seit 12 Jahren tote DDR, nicht die von Eppelmanns Enquete-Kommission im Bundestag zusammengebastelte These vom „Unrechtsstaat“, denn Thesen stellen in der Wissenschaft widerlegbare Größen dar und die Hauptgefahr für sie sind die empirischen Fakten, die Erfahrungen der Menschen selbst. Darum ist die Erinnerung der Bürger an 40 Jahre DDR, ist der Vergleich des Erlebten mit den heutigen Existenzumständen in 12 Jahren BRD eine durchaus gefürchtete Realität, der permanent mit Parolen entgegengesteuert wird.

Bezogen auf die „Säulen der DDR“ lautet eine dieser Parolen, der Staat hätte die Bauern über die sozialistischen Großbetriebe auf dem Lande „von ihrer Scholle getrennt“. Auch Prof. Grunert greift diese Behauptung der Sieger wörtlich auf, ohne die Richtigkeit zu hinterfragen oder zu überprüfen. Er läßt sie also gewissermaßen als eine „falsch konstruierte Säule des Hauses DDR“ stehen. Dagegen ist schon hier festzustellen, daß gerade das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft zu den erfolgreichsten Seiten von 40 Jahren DDR gehörte. Wie sonst wäre es erklärbar, daß nur ein relativ geringer Teil der Genossenschaftsbauern nach 1990 zum Einzelbetrieb zurückkehrte, während die großen Agrarkomplexe der Landwirtschaft im Osten, heute meist in der Form einer GmbH, für die Sieger von Berlin bis Brüssel einen ständigen Stein des Anstoßes bilden?!

Schon Marx kam bei der Grundrente darauf, daß die kleinen Bauern mit ihren Familien im kapitalistischen Überlebenskampf als Ausgebeutete des Kapitals ein elendes Dasein fristen, sich selbst und die ganze Familie inklusive ihrer Kinder rigoros ausbeuten, daß sie in ihrer Einheit als Privateigentümer und Produzent, als einfacher Warenproduzent nur zwei Möglichkeiten haben: Zum Kapitalisten der Landwirtschaft aufzusteigen oder als Verlierer Grund und Boden einzubüßen, vom Boden getrennt zu werden. Dieser Prozeß vollzog sich in besonderem Maße seit den 50er Jahren in der BRD.

Kautsky verteidigte Marx dabei, daß nur das Kapital den Bauern von seiner Scholle trennt (Die Agrarfrage und die Marx-Kritiker). Engels gab der Sozialdemokratie dringlichst mit auf den Weg, als Partei unbedingt den kleinen Bauern klar zu machen, „daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre“

(MEW 22/499), sein Erhalt also nicht versprochen werden kann, nur seine Veränderung durch Beispiel und Hilfe, aber nicht gegen ihren Willen.

Daraus entwickelte Lenin die bekannten Genossenschaftsprinzipien, zu denen der Grundsatz der Freiwilligkeit gehört (LW 33/458 f.). Da es auch Verstöße gegen dieses Prinzip gab, wurde von Gegnern des sozialistischen Weges die Auffassung konstruiert, die DDR habe die Bauern von ihrer Scholle getrennt, was – wie man aus Grunerts Artikel ersehen kann – sogar von Sozialisten übernommen wird.

Verstöße gegen das Genossenschaftsprinzip haben der sozialistischen Umgestaltung in der

Landwirtschaft zweifellos geschadet. Das wirkt bis heute nach. Eine hiermit im Zusammenhang stehende Frage aber wird von Kritikern häufig nicht bedacht: Auch junge genossenschaftliche Großbetriebe der Landwirtschaft produzieren, indem sie sich mit ihren Maschinen auf dem Grund und Boden bewegen. Auch die sozialistische landwirtschaftliche Großproduktion ist ein „Transportgewerbe wider Willen“, wie Thaeer, der die kapitalistische Betriebswirtschaftslehre für den Agrarsektor begründete, treffend formulierte. Wie effektiv die neue Genossenschaftsform in der Landwirtschaft sein kann, hängt auch vom effektiven Bewegen ihrer Technik ab.

Langzeitige Unterbrechungen durch private Parzellen, oft mittendrin in Genossenschaftsfeldern, beeinträchtigten die effektive Reproduktion der neuen Betriebsform erheblich. Das löste meist die Ungeduld gegenüber noch zögerlichen Bauern aus, mit großem Schaden, wie man sieht, auch wenn es keine Trennung der Bauern von der Scholle bewirkte, die nur aus privaten zu Gruppeneigentümern wurden, wie es Engels der deutschen Sozialdemokratie empfohlen hatte. Allein mit dem wissenschaftlichen Hinterfragen der o. g. Feststellung hätte sie also gar nicht in die „falsch konstruierten Säulen des Hauses DDR“ gehört.

Warum Prof. Grunert darauf verzichtete, wird in seinem Artikel deutlich, wenn er

meint, daß sich die Sozialisten, „die dem Parteilehrjahr nicht entkamen“, auf „selbsterfundene historische Gesetzmäßigkeiten“ berufen und damit ihre Gegner gegen sich aufgebracht hätten, u. a. mit der Lehre vom Klassenkampf. Erschüttert nahm ich dies zur Kenntnis als Absage an die Wissenschaft von der Bewegung der Gesellschaft. Und das aus dem Munde eines Mannes, der nach der Diplomatenlaufbahn in das Lehramt eines Professors an der Akademie für Staat und Recht berufen wurde, also selbst ein Vertreter der Gesellschaftswissenschaften war. Hier sind Ursache und Wirkung vertauscht worden.

Sich an 40 Jahre unseres Lebens in der DDR zu erinnern, erfordert, wie man sieht, auch Charaktereigenschaften wie Ehrlichkeit, Anstand, Verantwortung vor allem für das, was man sagt, Gewissenhaftigkeit in Äußerungen zu dieser Zeit unseres Lebens und für die meisten von uns durchaus auch Dankbarkeit, daß es diesen Staat DDR auf deutschem Boden gab. Einen Staat, auf den wir stolz zurückschauen dürfen, nicht „mit Nachsicht“, wie Prof. Benser, ein anderer Wissenschaftler der DDR, meint.

Was die Verteufelung der DDR durch einige PDS-Vertreter entgegen der Lebenserfahrung ihrer Bürger einbringt, hat die PDS-Wahlniederlage gerade deutlich gemacht.

Nebenbei bemerkt: Über den durch Prof. Grunert kolportierten „Scherz“ Egon Bahrs, der uns DDR-Bürger mit einer Witwe vergleicht, die im Rückblick ihre elende Ehe schön, kann ich nicht einmal fünfzig Jahre nach dem 17. Juni 1953 lachen, an dem von Egon Bahrs RIAS-Kommentaren aufgehetzte Achtgroschen-Rowdys meinen Mann und mich wegen unserer FDJ-Abzeichen aus der fahrenden Straßenbahn stießen ... Gegenüber einem solchen Apostel der deutschen Einheit fehlt mir jeglicher Glaube, auch wenn Horst Grunert dies wohl als Rat an uns dachte, die eigene DDR-Erinnerung zu schwärzen, damit die kapitalistische BRD im Vergleich mit ihr um so heller strahle.

Dr. Marta Kokoschko



Neubauern inspizieren einen Traktor der Maschinen-Ausleihstation  
Grafik: Max Lingner

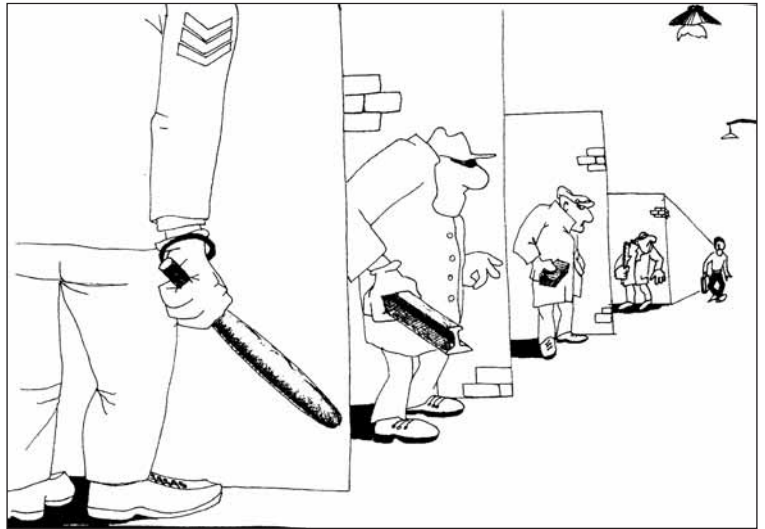
## Dialogpapier SED-SPD - ein Einfallstor der Konterrevolution

# In die Falle gegangen

In diesen Wochen erinnerten Zeitungen an ein Ereignis, das sich vor 15 Jahrengetragen hat. Am 27. August 1987 waren in Berlin und Bonn zwei parallele Pressekonferenzen abgehalten worden, die weltweit für Wirbel sorgten. Auf ihnen hatten Vertreter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der SPD-Grundwertekommission das Dokument „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vorgestellt. Es wurde von konservativen Medien des Imperialismus angegriffen und auf DDR-Seite als großer Beitrag zu Frieden und Entspannung gepriesen. Federführend für die SED waren die Professoren Otto Reinhold und Rolf Reißig, Rektor und Institutsdirektor der Gewi-Akademie; für die SPD traten Erhard Eppler, Vorsitzender der Grundwertekommission, und Thomas Meyer von der Friedrich-Ebert-Stiftung als Chefunterhändler auf.

Die Initiative zur Abfassung eines solchen Dokuments war von Eppler ausgegangen, der seine Ausarbeitung bei einer der insgesamt sieben Delegationsberatungen zu wechselnden Themen, die sich über fünf Jahre hinzogen, „angeregt“ hatte, „um den erreichten Diskussionsstand festzuhalten“. Reinhold, der seit 1989 politisch untergetaucht ist, während Reißig offen die Fronten gewechselt hat, war sofort auf den „spontanen“ Vorschlag des Wortführers der SPD eingegangen. Erich Honecker wurde über den Stand der Dinge laufend unterrichtet und stimmte zu. Egon Krenz bestätigte unlängst gegenüber dem ND, die SED-Führung sei während der Verhandlungen ständig informiert gewesen. Eppler habe mit seiner Idee „unter anderem den Verdacht ausräumen wollen, es werde hinter verschlossenen Türen etwas „ausgekungelt“, behauptete Prof. Erich Hahn, einer der SED-Verhandlungsführer, am 27. August 2002 in einem Beitrag für das ND. Weniger ehrenhafte Motive des SPD-Politikers ließ das einstige ZK-Mitglied hier allerdings unerwähnt. Den SED-Vertretern sei es darum gegangen, „Erscheinungen der Abschottung und Abgrenzung gegenüber der westlichen Welt zu überwinden. Die Vision eines ‚Hauses Europa‘ schien in greifbare Nähe zu rücken“, gab Hahn den Grad der ideologischen Aufweicheung marxistisch-leninistischer SED-Positionen durch den Gorbatschowismus wieder. Dieser drückte sich auch darin aus, daß an die Stelle des Ringens um friedliche Koexistenz als Form des Klassenkampfes nun der die Gegensätze harmonisierende Terminus „Systemwettbewerb“ getreten war. Die Führung der SED habe „die Grundlinie des Dokuments immer wieder bekräftigt“ – und zwar trotz sofort in der Partei einsetzender heftiger Kritik an „tatsächlichen und vermeintlichen Zugeständnissen“, bemerkte Hahn. Vor allem protestierte ein erheblicher Teil der SED-Mitgliedschaft dagegen, daß dem Imperialismus auf einmal „Reform- und Friedensfähigkeit“ bescheinigt wurde. Es habe „Mißtrauen und Aversion gegenüber höheren Anforderungen an die politische Kultur und das politische System der DDR gegeben“, rechtfertigt Hahn heute die Preisgabe wichtigen politisch-

**Friedensfähigkeit**  
Grafik:  
SHAHAR



ideologischen Terrains durch die in einer Reihe von Fragen auf revisionistische Positionen übergegangenen SED-Unterhändler, die mit Grünem Licht aus Berlin rechnen konnten. „Die Zustimmung zur Aufnahme von Normen und Regeln für eine Kultur des politischen Streits“ in das Dokument habe „einer politischen Opposition große Spielräume geboten“, gibt er allerdings freimütig zu.

Während der führende DDR-Philosoph die Tatsache zu bemängeln sucht, daß die SED-Abgesandten (und ihre Parteiführung) damals in scheinbarer „Wettstreits“-Euphorie, hinter der sich wohl mehr verbarg, sehenden Auges in die Falle des Gegners gegangen sind, nennt ein Akteur der anderen Seite die Dinge deutlicher beim Namen. Der Schriftsteller Johano Strasser – er beteiligte sich erst unlängst als neugewählter Präsident des deutschen P.E.N.-Zentrums führend am skandalösen Ausschluß des DDR-Literaten Erich Köhler aus diesem Gremium – gehörte zur SPD-Delegation. Er bekannte sich nicht nur zu dem einst von ihm Mitverfaßten, sondern ging weit darüber hinaus. Er habe sich „immer als Gegner des Sowjetkommunismus und des sogenannten realen Sozialismus verstanden“, sagte Strasser am 27. 8. 2002 in einem ND-Interview. „Meine Sympathie galt immer den Dissidenten und den Widerstandsbewegungen im Ostblock“. Er betrachte das Dokument SED-SPD keineswegs als Kompromiß. „Ich sehe bis heute nicht, wo in diesem Papier sozialdemokratische Grundwerte aufgegeben worden sein sollen. Im Gegenteil ... Zweifelsohne waren die Zumutungen für die SED-Seite weitaus größer ...“ Das betreffe vor allem die „innenpolitische Dimension“ des Vereinbarten.

Im August 1987 wurde von der SED-Delegation z. B. folgendes unterschrieben: „Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile muß innerhalb jedes Systems möglich sein.“ Die SED unterstützte „die für beide Seiten gültigen Grundsätze der pluralistischen Demokratie“ und willigte in die „erleichterte Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten

Veröffentlichungen“ ein. Das aber waren die bereits mit der Schlußakte von Helsinki geschaffenen Einfallstore für die bürgerliche Konterrevolution.

Die Absicht, die von der SPD-Zentrale mit der Unterzeichnung des Dokuments – einem eindeutigen politisch-ideologischen Sieg der Brandt-Partei – verfolgt wurde, verkündet Strasser übrigens im Klartext: „Das Papier hat vielen Bürgerrechtlern in der DDR als Berufsgrundlage für ihre Forderungen nach mehr Freiheit gedient.“ Rolf Reißig bewiese in seinem durch Strasser gelobten Buch „Dialog durch die Mauer“, daß es „innerhalb der SED zu einem Differenzierungsprozeß geführt“ habe, „ohne den der unblutige Systemwechsel wohl kaum möglich gewesen wäre“. Das sei die „faktische historische Wirkung des Papiers“. Und Strasser klappt das Visier vollends auf: „Natürlich wollten wir von der SPD auf reformorientierte Kräfte in und außerhalb der SED Einfluß nehmen. Das Konzept ‚Wandel durch Annäherung‘ war ja nie anders gemeint.“

Die Tatsache, daß namhafte ehemalige Funktionäre und Wissenschaftler der SED angesichts solcher Bekenntnisse und Enthüllungen fortfahren, die Dinge schönzureden, ihre eigene Verantwortung am Niedergang und an der Zerstörung der Partei zu leugnen und das zumindest in Teilen veräterische Dokument vom August 1987 als großartigen Beitrag zur Friedensstärkung zu preisen, offenbart nur das Maß der ideologischen Infiltration, der auch die SED in der letzten Phase ihres Bestehens ausgesetzt war. Nicht ein beide Seiten gleichermaßen begünstigender Kompromiß, sondern die Kapitulation in Grundfragen ist bei den Verhandlungen Reinholds mit Eppler, dessen Crew ausnahmslos aus Spezialisten für Fragen der „Konterrevolution auf Filzlätschen“ bestand, herausgekommen. Die Saat Gorbatschows hat trotz der unbestrittenen Bemühungen Erich Honeckers und anderer, sie in der DDR nicht aufgehen zu lassen, auch bei uns giftige Keime entwickelt. Der die DDR zersetzende Revisionismus war nicht nur ein Moskauer Import-Produkt, sondern zum Teil auch hausgemacht.

**Dieter Itzerott**

## Wie unscharfe Bilder den Blick trüben

# Stochern im Nebel

In einem Kommentar zu den „Ersten Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmtextes“ (der umständliche Titel stammt augenscheinlich nicht von einem Fachmann für Agitation) verweist der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr auf die vom 13. Parteitag als Arbeits- und Diskussionsmaterial beschlossenen „Sozialismus-Vorstellungen“. Sie seien „deutlich weniger detailliert“ und könnten „als abstrakt oder idealisiert oder unkonkret empfunden werden ...“ Doch es sei notwendig, „eine sozialistische Zukunft zu beschreiben“. Wir stoßen im Zusammenhang mit dem Sozialismus-Abschnitt der „Ersten Grundlagen ...“ erneut auf zwei entscheidende Probleme: Erstens geht es nicht um „Beschreibung“, sondern um die Darlegung von Gesetzmäßigkeiten, die der wissenschaftliche Sozialismus längst exakt herausgearbeitet hat; zweitens wird durch die Autoren des parteioffiziellen Dokuments auf die Verallgemeinerung der Resultate bisheriger sozialistischer Praxis für die Theorie verzichtet. Die Vergangenheit wird mehr oder weniger als Summe subjektiver Fehler geschildert. Eine sorgfältige und ausgewogene Analyse der Klassenkämpfe erscheint unnötig. Die Folge ist eine gehörige Portion Verwirrung. Das kann unabsehbare Folgen für die Formierung der Kräfte haben, die den Sozialismus gestalten wollen, und eine bedenkliche Desorientierung nach sich ziehen. Will die DKP dafür die Verantwortung übernehmen?

Worum geht es? „An die Stelle des kapitalistischen Staates ... tritt (!) eine neue Form staatlicher Organisation, wobei heute offen ist, wie diese aussehen wird“, lautet die „präzise“ Definition. Das hat mit Marx und Lenin nichts zu tun. Die Verfasser wollen nicht nur den kapitalistischen Staat ersetzen, sondern auch gleich den sozialistischen, die politische Herrschaft der Arbeiterklasse, und zwar durch eine unbekannte „neue Form“. Sind hier Nebelwerfer im Einsatz? Auch ist es ein gefährlicher Irrtum, daß ein Staat an die Stelle eines anderen „tritt“. Das Unterdrückungspotential des kapitalistischen Staates muß – das wissen wir aus der Theorie und aus der Praxis aller bisherigen sozialistischen Revolutionen seit der Pariser Commune – vollständig beseitigt werden; der sozialistische Staat muß neu, mit den Kräften des Volkes, mit neuen Macht- und Gewaltpotenzen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten organisiert werden. Ohne das gibt es keinen Sozialismus, sondern nur Anarchie.

Übrigens gelten die gleichen Regeln – allerdings unter diametral entgegengesetzten Vorzeichen – auch für die Konterrevolution. 1989/90 löste sie in Deutschland zunächst zwei Grundprobleme zu ihren Gunsten: die Macht- und die Eigentumsfrage. Der im offiziellen Programmtext erklärte Verzicht auf den proletarischen Staat, d. h. auf die Diktatur des Proletariats, stellt zugleich – und das scheint den Verfassern nicht klar zu sein – die sozialistische Demokratie infrage. Denn dort, wo es keinen solchen Staat gibt, da bedarf es auch keiner adäquaten Demokratie.

Ebenso verworren ist in dem Programmpapier des PV der DKP die Darstellung der

Ökonomie des Sozialismus. Die Autoren bestreiten zwar nicht, daß die „wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt“ und „die Finanzinstitute verstaatlicht“ werden sollen. Dann aber zieht man sofort die Notbremse und distanziert sich vom Sozialismus, wie er war. „Dabei muß an die Stelle bloßer Verstaatlichung wirkliche Vergesellschaftung treten“, wird verkündet. Worauf will man denn da hinaus? Bisher wissen wir – theoretisch wie praktisch bewiesen – daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Banken im Sozialismus die Form von Staats- und Genossenschaftseigentum besitzt. Der Verweis auf Marx und Engels, die hierin „nur einen ersten Schritt zur Aneignung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft sahen“, ist vollkommen richtig; er bezieht sich allein auf den Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus. Erst im Kommunismus kann sich die Gesellschaft insgesamt die Produktionsmittel voll aneignen.

Die Kennzeichnung der sozialistischen Produzenten als „formale“ Eigentümer soll uns einreden, der sozialistische Staat sei gar nicht der Staat der Produzenten. Hier wird ein gehöriges Maß Distanz zum sozialistischen Eigentum deutlich. Was dagegen ein „tatsächlicher“ Eigentümer im Sozialismus sein soll, bleibt ein Rätsel. Oder will hier jemand nur die in der Praxis gescheiterte Variante der „Selbstverwaltung“ ohne Planung gesellschaftlicher Prozesse erneut ins Spiel bringen? Das zweifellos gravierende Problem der Identifikation jedes Mitglieds der Gesellschaft mit dem Volkseigentum kann man auch nicht, wie im Programmtext, mit einem Satz abtun: „Die Entfremdung vom Eigentum an den Produktionsmitteln muß überwunden werden.“ Hierbei handelt es sich um einen langwierigen widerspruchsvollen Prozeß, wie wir aus eigener Erfahrung wissen. So zu tun, als sei er im Sozialismus bereits vollständig lösbar, erzeugt eine Illusion, auch wenn das Ziel natürlich angestrebt werden muß.

Die Verfasser scheinen überhaupt mit den Widersprüchen im Sozialismus auf Kriegsfuß zu stehen. Sie reduzieren sie weitgehend auf „Fehlentscheidungen“ und „Konflikte“ subjektiver Natur. Aber die Wi-

dersprüche im Sozialismus haben zunächst objektiven Charakter. Man denke z. B. nur an den bisher nicht gelösten Widerspruch zwischen der Garantie des Rechts auf Arbeit, wie es auch im Programmtext hervorgehoben wird, und der Wirkung des Wertgesetzes. Auch „können“ die gesellschaftlichen Erfordernisse nicht nur in Widerspruch zu den persönlichen Interessen geraten. Sie werden es objektiv noch über eine lange Zeit. Die Aufgabe der kommunistischen Partei und des sozialistischen Staates besteht gerade darin, die materiellen Voraussetzungen für die allmähliche Aufhebung dieses Widerspruchs zu befördern und zu schaffen. Überhaupt ist zu betonen, daß über alle Lösungen sozialer, kultureller und politischer Natur letztendlich das Niveau der materiellen Produktion entscheidet.

Der schwerwiegendste Mangel des ganzen Abschnitts der „Ersten Grundlagen ...“ über den Sozialismus ist die Annahme des Selbstlaufs. Trotz des Wirkens objektiver Gesetze im Sozialismus, die auch im Programmtext vernachlässigt werden, sind das Handeln der Menschen, die bewußte Aktivität der Arbeiterklasse einschließlich ihrer wissenschaftlichen Führung unumgänglich und unverzichtbar. Die Möglichkeit des Erkennens der Gesetze und ihrer Wirkung unterscheidet ja gerade die Marxisten von bürgerlichen Theoretikern und Politikern. **Norbert Pauligk**

*Mit diesem Beitrag schließen wir unsere kritische Analyse der „Ersten Grundlagen ...“ ab, da wir die Debatte nur noch anhand der theoretisch anspruchsvolleren Vorschläge von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele weiterführen wollen. Im übrigen hat Parteivorsitzender Heinz Stehr unlängst auf einer Konferenz in Hannover mitgeteilt, beim Ende November beginnenden 16. Parteitag der DKP werde keiner der vorliegenden beiden Entwürfe zur Entscheidung gestellt. Erst im Herbst 2003 wolle man einen neuen Programmtext vorlegen. Was bedeutet das? Sankt-Nimmerleins-Tag? Unter-den-Teppich-Kehren? Spiel auf Zeitgewinn? Eingeständnis eines Debakels? Warten wir's ab und diskutieren wir weiter. Nicht auf „Ersten ...“, sondern auf prinzipiellen Grundlagen.* **Die Redaktion**

Herzlich gratuliert der „RotFuchs“ langjährigen Kämpfern und Weggefährten der deutschen Arbeiterbewegung, die sich unter den Mitgliedern des RF-Fördervereins befinden.

Am 25. Oktober 2002 begeht **Genosse Albert Holz** aus Leipzig seinen **85.** Geburtstag.

**Genosse Paul Pohland** aus Oelsnitz (Vogtland) wird am 10. November **80** Jahre alt.

Und nun zu den „Jungen“:

**Genossin Ursula Geipel** aus Chemnitz begeht am 26. Oktober ihren **70.** Geburtstag,

**Rosl Hesse** aus Recklinghausen erreicht dieses Ziel am 31. Oktober 2002.

Und noch ein Wort zu den ganz Jungen: **Ursula Ermen** aus Königs Wusterhausen wird am 13. November **50.**

Die „RotFuchs“-Redaktion beglückwünscht alle Jubilare und dankt ihnen für die Unterstützung unserer Zeitschrift.

Herzliche Grüße und Glückwünsche gehen nach Hamburg an unseren iranischen Freund und Leser, Genossen **Ghassem Nknafs**

Er hat den Weg des „RotFuchs“ von Beginn an begleitet und uns mit Rat und Tat unterstützt. Am 7. November 2002 wird er **60** Jahre alt. Eine brüderliche Umarmung aus Berlin.

„Verbesserungsvorschlag“ Holz/Köbele steht auf gesicherten Fundamenten

# Klarheit und Wahrheit

Der Philosoph Prof. Hans Heinz Holz – einer der bedeutendsten Theoretiker, über die die zeitgenössische kommunistische Bewegung verfügt – und der dynamische „junge“ DKP-Bezirksvorsitzende von Ruhr-Westfalen, Patrik Köbele, haben die Programmdebatte ihrer Partei mit einem wohl-durchdachten Papier, das auch bereits Erarbeitetes berücksichtigt, aus der Sackgasse geführt. Nach ein paar geistigen Flugübungen anderer, die Bruchlandungen nach sich zogen, legten sie ihrerseits einen per Understatement nur als „Verbesserungsvorschlag“ ausgewiesenen Text vor, mit dem die DKP endlich dem Dilemma faktischer Programmlosigkeit entkommen könnte. Denn noch heute gründet sie ihr parteieigenes Gedankengebäude auf ein aus den 70iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammendes Mannheimer Programm und die im Januar 1993 beschlossenen trefflichen „Thesen zur Programmatischen Orientierung, die nur den Rahmen für ein neues Programm liefern sollten.

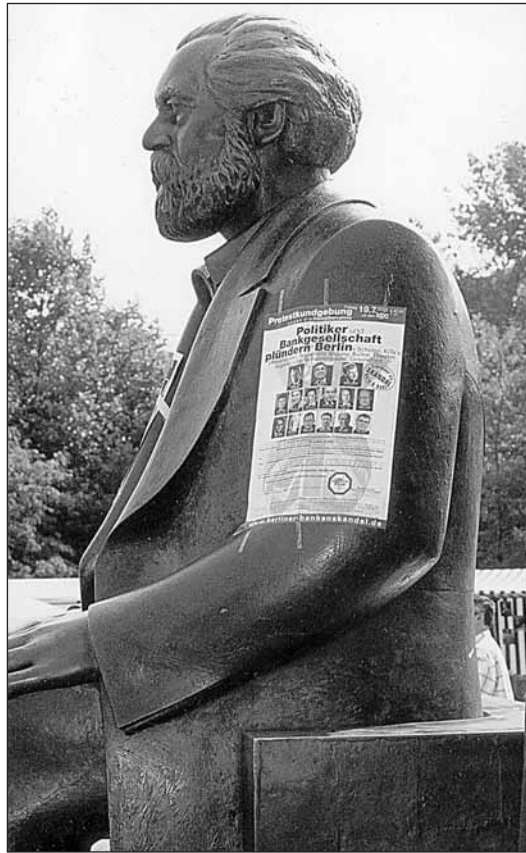
Da Programm und Statut einer beliebigen Partei – übrigens auch einer bürgerlichen – als deren Visitenkarten gelten und stets auf dem letzten Stand sein sollten, ist die Tatsache für die DKP eigentlich beschämend, daß sie auf vor 34 und 10 Jahren Hervorgebrachtes verweisen muß.

Zwar gibt es eine vom Parteivorsitzenden Heinz Stehr geleitete Programmkommission, doch scheint diese wohl unterbestückt zu sein und eher nach dem Prinzip zu verfahren: Der Berg kreißt und gebärt ein Mäuslein.

Ganz anders ist der in Wochen, bestenfalls Monaten zustandegebrachte „Verbesserungsvorschlag“ Holz/Köbele zu bewerten, den jeder die Dinge ruhig abwägende Parteitag von Kommunisten – mit ein paar ergänzenden oder neugefaßten Sätzen unter Weglassung der einen oder anderen Formulierung – getrost und ohne großes Herumgetobe guten Gewissens beschließen könnte.

Im Sozialismus-Teil des Papiers finden sich die Träger beider großer Erfahrungsströme der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung wieder: jene Genossinnen und Genossen, die vier Jahrzehnte nach dem Maß ihres Könnens und ihrer materiellen Möglichkeiten die neue Gesellschaft aufgebaut und deren Staat gestaltet haben, und jene mutigen Klassenkämpfer im Westen, die immer gegen das herrschende Gesellschaftssystem opponierten und oft genug – wie Robert Steigerwald, Jupp Angenfort, Rosi und Karl Stiffel, Ewald Stiefvater, Willi Gerns und viele andere – dem Kapitalismus auch in Adenauers Gefängnissen widerstanden.

Holz/Köbele benutzen nicht nur marxistische Termini zum über Inhalte hinwegtäuschenden Fassadenschmuck: Marxismus und Leninismus bilden für sie die Substanz und einen festen inneren Zusammenhang. Die Macht- und Eigentumsfrage, die Arbeiterklasse und deren Bündnispolitik, die Avantgarderolle der Kommunisten, der nicht zum Selbstzweck verkommene wehrhafte sozialistische Staat – all das besitzt genau den Stellenwert, der dem



Gewicht dieser Schlüsselfragen des wissenschaftlichen Sozialismus entspricht. Da gibt es kein Drumherumreden mit bei der Bourgeoisie entliehenem Vokabular, kein Zurückweichen vor ideologischen Sprachregelungen des Klassenfeindes und seines aus der Flasche des politischen Obskurantismus entwichenen „Zeitgeistes“! Da wird fast immer Klartext gesprochen. Nur selten liest man a ohne auch b zu finden. (Ein seltenes Beispiel hierfür: Da im Papier der Satz steht, „Wehrlosigkeit (des Sozialismus) würde die Kapitulation vor der Konterrevolution bedeuten“, erwartet man an anderer Stelle auch die komplementäre, das richtig Festgestellte gewissermaßen abrundende Formulierung: „Die Ereignisse von 1989/90 waren vor allem und in erster Linie eine Konterrevolution.“) Das würde jene, die – die süßen Trauben ihrer unerschöpflichen Höhe wegen für sauer haltend – jetzt ihren Ärger in wütender Polemik gegen das Holz/Köbele-Papier abstoßen, noch mehr ins Bocks-Horn jagen.

Besonders wichtig scheint mir, das Plädoyer der beiden Alternativ-Autoren gegen freundliche sozialistische Zahnlosigkeit, wie sie vom offiziellen Entwurf Stehr/Hager empfohlen wird. Nicht lebenswürdige Klassenversöhnung steht nach der Eroberung der Macht als Aufgabe vor der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten, sondern der Auftrag, die siegreichen Werktätigen „gegen die Feinde der Ordnung, die sie sich gegeben haben, zu schützen“. Mit anderen Worten, es geht um deren politische Herrschaft, von Marx, Engels und Lenin durch den wissenschaftlichen Begriff Diktatur des Proletariats ausgewiesen.

Holz und Köbele bekennen sich ohne Zögern zur Oktoberrevolution als dem „welthistorischen Ereignis, das die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus einleitet“. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder hätten den Beweis geliefert, daß der Aufbau des Sozialismus möglich sei. Gerade deshalb wiege dessen „Niederlage in Europa“ so schwer. Für sie gebe es „innere und äußere, ökonomische und politische, objektive und subjektive Ursachen“.

Wenn als Aufgabe der Kommunisten formuliert wird, „überall und immer die Solidarität mit den existierenden sozialistischen Ländern zu organisieren“, dann klingt hier die anderswo verschüttete oder aufgegebenen Idee des proletarischen Internationalismus wieder an.

Endlich liest man in einem solchen Dokument die für Genossen aus dem Osten unverzichtbare Feststellung, die manche wie der Teufel das Weihwasser meiden: Die DDR, die die neue historische Epoche verkörpert habe, sei „ungeachtet ihrer Mängel die größte Errungenschaft des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse gewesen“. Das tut gut! Nicht als Öl in die Wunden, sondern weil es die geschichtliche Wahrheit ist, die den Kommunisten kein feiges Sichwegducken vor einer nach wie vor gegenläufigen Massenstimmung im Westen gestattet. Im Osten hingegen gewinnen bei vielen Menschen Klarheit und Einsicht die Oberhand über gehässige Verketzerung auf der einen und nostalgische Verklärung auf der anderen Seite.

Der „Verbesserungsvorschlag“, der die positiven Aspekte des Sozialismus – von der geplanten Wirtschaft über die Friedenssicherung bis zu den sozialen Leistungen – prägnant auf den Punkt bringt, macht auch um die Benennung von Gründen der Niederlage keinen Bogen. Es werden Faktoren aufgeführt, die dazu beigetragen haben, daß der europäische Sozialismus in dieser Runde der Geschichte sein Ziel nicht erreichen konnte. Richtiges und Wichtiges wird festgestellt, allerdings auch manches verabsolutiert und anderes weggelassen. Vielleicht besteht bei diesem Abschnitt noch am ehesten Ergänzungs- und Änderungsbedarf. Zustimmung muß man in jedem Fall der Bemerkung, Defizite, die sich beim Aufbau des Sozialismus gezeigt hätten, seien „keine unvermeidlichen Mängel des sozialistischen Systems, sondern den besonderen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen geschuldet“.

Wie man erfährt, haben sich bereits etliche Parteigruppen – allein in Berlin sollen es mittlerweile fünf sein – für eine Empfehlung an den DKP-Parteivorstand ausgesprochen, den Beitrag Holz/Köbele in den Mittelpunkt der Diskussion auf dem bevorstehenden 16. Parteitag zu stellen.

Klaus Steiniger

## Wie sich Kommunisten zur Frage des Kompromisses verhalten sollten

# Lenin gegen „linke“ Kindereien



1920 analysierte Lenin die Frage des „linken Kommunismus“, der in Westeuropa um sich griff. In einem durch deutsche Kommunisten (die Spartakus-Liga) in Frankfurt/Main

herausgebrachten Pamphlet wurde erklärt, daß man „entschieden alle Kompromisse mit anderen Parteien ..., jegliche Politik des Manövrierens und der Kompromisse zurückweisen“ müsse. Das Pamphlet bezichtigte das ZK der KPD, eine Koalition mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in der Absicht zu suchen, „im Prinzip alle politischen Kampfmittel, einschließlich des Parlamentarismus“, einzusetzen.

Lenin unterstrich die Bedeutung der Parteiprinzipien, der Einheit und Disziplin. Er bezog sich aber auch auf die Probleme, die beim Voranschreiten des Kommunismus entstehen, wobei er von der russischen Erfahrung ausging: „Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und ökonomischer, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und Abermillionen ist die fürchterlichste Macht. Ohne eine eiserne und kampfgestählte Partei, ohne eine Partei, die das Vertrauen all dessen genießt,

was in der gegebenen Klasse ehrlich ist, ohne eine Partei, die es versteht, die Stimmung der Massen zu verfolgen und zu beeinflussen, ist es unmöglich, einen solchen Kampf erfolgreich zu führen“, schrieb er. Angesichts der Umstände sagte Lenin „zu sehr jungen und unerfahrenen Revolutionären sowie zu kleinbürgerlichen Revolutionären von bereits respektablem Alter und mit großen Erfahrungen“, denen es überaus „gefährlich, unverständlich und unzulässig“ vorkomme, „Kompromisse zuzulassen“: Man müsse selbst „den kleinsten Riß zwischen den Feinden ..., selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzen, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein“. In seiner Arbeit „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ betonte Lenin, daß es „absurd wäre, ein Rezept oder eine allgemeine Regel für alle Fälle („Keine Kompromisse!“) zu formulieren. Man muß selbst einen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Fall zurechtzufinden“. Das sei die Aufgabe der Parteiorganisation.

„Die ganze Geschichte des Bolschewismus, sowohl vor als auch nach der Oktoberrevolution, ist voll von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien.“ Lenin führte die Erfahrung der russischen Sozialdemokraten in den Jahren 1901/02 und seine Abmachungen mit der Redaktion der „ISKRA“ (zu der Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Martow und Potressow gehörten) sowie eine zeitweilige politische

Allianz mit Struve, dem politischen Führer des bürgerlichen Liberalismus, das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft (seit 1905) gegen die liberale Bourgeoisie und den Zarismus an. 1907 bildeten die Bolschewiki für eine kurze Periode während der Duma-Wahlen einen formellen politischen Block mit den Sozialrevolutionären, und zwischen 1903 und 1912 waren sie periodisch formell mit den Menschewiki in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands vereinigt. Während des Krieges gingen sie „gewisse Kompromisse“ mit den Linken Menschewiki von Martow und mit einem Flügel der „Sozialistischen Revolutionäre“ Chernows und Natansons ein, „ohne jemals den ideologischen und politischen Kampf gegen diese Opportunisten und Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat einzustellen“.

Lenin ermunterte die Kommunisten, jede Spaltung und Schwankung innerhalb der Parteien der Bourgeoisie zu ihrem Vorteil zu nutzen, statt zu versuchen, „sich von unerwünschten Problemen abzuschirmen“. Das Ziel sei „alle Schwierigkeiten und alle bürgerlichen Gebräuche, Sitten und Traditionen überall zu überwinden“, weil „jeder andere Weg, die Frage aufzuwerfen klein-kariert, einfach kindisch“ sei.

Festes Beharren auf dem Marxismus-Leninismus schließt also taktische Schritte nicht aus – sie sind keine Rückzüge, solange sie den ideologischen und politischen Kampf für das Voranschreiten und den letztlich Sieg des Sozialismus stärken.

Dr. Vera Butler, Melbourne

## Dr. Hans-Peter Brenner zum Menschenbild in der DDR

# Bereicherung der Denklandschaft

Was ist der Mensch? Diese Frage scheint den meisten Wissenschaftlern, die sich damit beschäftigen, nicht geklärt. Und je nachdem, wie man sie versteht, wird sie wohl nie geklärt sein, unterliegt eine Antwort darauf ebenso einem Prozeß wie die Entwicklung des Menschen selbst. Hans-Peter Brenner zeichnet in seinem Buch „Marxistische Persönlichkeitstheorie und die bio-psycho-soziale Einheit Mensch“-Studie zur Entwicklung des Menschenbildes in der DDR“ nach, wie sich das Menschenbild von der Antike bis heute entwickelte. Der Untertitel seiner Arbeit, die er als Dissertation vorlegte, läßt etwas irreführend vermuten, er behandle nur das Menschenbild in der DDR. Dem ist nicht so. Aber, nachdem er feststellt, daß die Forschungen

zu diesem Thema von den 70er Jahren an in Ost und West unabhängig voneinander den gleichen Terminus gebrauchten, nämlich „bio-psycho-soziale Einheit Mensch“, widmet er einen großen Teil seiner Arbeit den Forschungsprojekten in der DDR. Diese wurden nach 1990 abrupt abgebrochen – unter Verstoß gegen den Einigungsvertrag verschwanden sie an den bundesdeutschen Universitäten.

Durchaus auch für Fachkundige lesbar beschreibt Brenner, wie selbst auf der Grundlage von Marx, Engels, und auch Feuerbach sich zunächst ein eher dualistisches Menschenbild durchsetzte, in dem der Mensch verstanden wurde als einerseits Natur-, andererseits Gesellschaftswesen. Viele neue Forschungsergebnisse und die Praxis der Psychologen, Pädagogen, auch Gesellschaftswissenschaftler machten immer deutlicher, daß diese Art den Menschen zu sehen verkürzt, ja falsch ist. Aus bio-sozial wurde bio-psycho-sozial, wie gesagt in Ost wie West, wenn natürlich auch von völlig verschiedenen Grundsätzen aus. Es ist sehr interessant nachvollziehen zu können, wie sich dieser Erkenntnisprozeß entwickelte, welche Fragen sich stellten und wie Wissenschaftler aus ver-

schiedensten Fachgebieten sich gemeinsam mühten, Antworten zu finden.

Gerade weil Forschungen auf marxistischer Grundlage in der heutigen BRD in offiziellen Hochschuleinrichtungen so gut wie gar nicht existieren, ist das Erscheinen dieses Buches/dieser Arbeit – mit einem Vorwort von Prof. Hans Heinz Holz – eine große Bereicherung in der Denklandschaft. Sein Inhalt fordert dazu auf, die abgebrochenen Forschungsansätze als erfolgversprechend wiederaufzunehmen.

Bleibt mir nur verwundert festzustellen und zu fragen, warum Klaus (und Ute) Holzkamp zwar zu grundsätzlichen Fragen anfangs mal erwähnt, ihre Forschungsergebnisse aber (die Kritische Psychologie oder Subjektwissenschaft), die schon 1985 mit der „Grundlegung der Psychologie“ die auf evolutionärem Wege genetische Gewordenheit der gesellschaftlichen Natur des Menschen im Wortsinn und deren Konsequenzen herausarbeiteten, unterschlagen werden. Weil sie nicht in den Werdegang von bio-sozial zu bio-psycho-sozial passen? Und störend sind die vielen, manchmal sinnentstellenden Druckfehler, die allerdings wohl kaum dem Autor anzulasten sind.

Iris Rudolph

## Feststellung

In Nr. 10 der Zeitung „Die Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD, ist ein gegen den „RotFuchs“ gerichteter Artikel erschienen. Zwischen beiden Redaktionen war ausgemacht, auf öffentliche Polemik zu verzichten. Wir halten uns strikt an diese Vereinbarung. R. F.



**Gerhard Feldbauer sprach auf internationaler Konferenz im italienischen Bretonico**

# Wurzeln des Terrorismus

Dr. sc. Gerhard Feldbauer referierte auf einer internationalen Konferenz über die „Wurzeln des Terrorismus“, die in Bretonico im norditalienischen Trentino stattfand. Er sprach zur Rolle der CIA als Drahtzieher der blutigen Spannungsstrategie, der Ermordung des christdemokratischen Parteiführers Aldo Moro und der Manipulierung der Roten Brigaden zum ausführenden Werkzeug. Einen weiteren Gastvortrag hielt Prof. Siegfried Prokop.

Zu der Veranstaltung am 14./15. September 2002 hatte die antifaschistisch engagierte politisch-kulturelle Gesellschaft ARCI – mit 1,2 Millionen Mitgliedern und 12 angeschlossenen Vereinigungen stärkste linke Massenorganisation Italiens – bekannte Politiker, namhafte Juristen und andere Experten eingeladen. Unter ihnen befanden sich Senator Giovanni Pellegrino, Mitglied der Moro-Kommission, der Abgeordnete Marco Boato, Mitglied der Kommis-



sion zur Untersuchung des Staatsterrorismus, und Richter Guido Salvini, Leiter der Untersuchungen des von Polizei- und Geheimdienstkreisen gedeckten faschistischen Anschlags, der sich 1969 in der Mailänder Landwirtschaftsbank zutrug. Die Themen reichten vom Mussolini-Regime über den Reichstagsbrand und den Terror der Nachkriegszeit bis zu den bekannten Ereignissen am 11. September 2001. In Vorträgen und Diskussionsreden wurden Parallelen zwischen Ereignissen in Italien und den Anschlägen in New York, vor allem das mysteriöse Verhalten der Geheimdienste betreffend, herausgearbeitet. Die von Bush nach dem 11. September gewählte Methode der „Terrorbekämpfung“ wurde als Ausdruck des Weltherrschtsstrebens und Gefahr der Entfesselung eines nicht mehr eindämmbaren Krieges von weltweiter Dimension entschieden verurteilt. **R. F.**



**Ein spannender Abend mit Rainer Rupp**

## Offenlegung

Der Blaue Salon im Haus am Berliner Franz-Mehring-Platz war bis auf den letzten Platz gefüllt, als Rainer Rupp dort am 6. September 2002 auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins zu Strategie und Politik der USA-Administration sprach. Unter den Anwesenden sah man viele bekannte Gesichter, auch die ausländischer Genossen. Der letzte HVA-Chef Generaloberst a. D. Werner Grossmann und sein 1. Stellvertreter Generalleutnant a. D. Horst Jänicke befanden sich unter den Teilnehmern der spannenden Veranstaltung, in deren Verlauf der erfolgreiche DDR-Kundschafter im Brüsseler NATO-Hauptquartier die Pläne und Kombinationen der Bush-Administration mit dem Skalpell seiner Analyse offenlegte. Dabei wurde den Zuhörern, ohne daß es so gesagt

werden mußte, anhand der Faktenbeweise klar, daß es seit Hitler keinen Staatschef gegeben hat, der – als offener Befürworter des in Nürnberg als Verbrechen gegen den Frieden geahndeten „Präventivschlags“ – so auf Krieg gesetzt hat wie Bush. Stürmischer Beifall dankte dem „Kundschafter des Friedens“, der wie andere tapfere Aufklärer im Dienste des Sozialismus nach dem Sieg der Konterrevolution für seinen Kampf an der unsichtbaren Front lange Jahre in Haft verbringen mußte. In der Diskussion, die sich vor allem um die drohende Irak-Aggression der USA und Großbritanniens drehte, wurden unterschiedliche Meinungen zur Problematik aufgeworfen und fair und freimütig erörtert. **E. H.**



**Veranstaltung der RF-Regionalgruppe Schwerin mit einem Vertreter der FARC**

## Verstehen stärkt Verständnis

FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) – ein Name, den man als Begriff für die Befreiungsbewegung in dem lateinamerikanischen Land kennt. Doch bei der durch die Regionalgruppe Schwerin des „RotFuchs“-Fördervereins im September 2002 organisierten Veranstaltung hörten wir aus dem Munde eines FARC-Kämpfers viel Neues und Wissenswertes. Wir erfuhren Fakten und wurden über Zusammenhänge informiert, die einen tieferen Einblick vor allem in die politischen Ziele

des Kampfes der kolumbianischen Genossen ermöglichten. Gleichzeitig regten die Ausführungen und vor allem der kleine Dokumentarfilm zum Nachdenken und zur Diskussion an. Den Teilnehmern der Zusammenkunft wurde klarer: Auch die Befreiungskämpfer der FARC, die gegen den Terror der Oligarchie, der Mafia und ihrer paramilitärischen Verbände Widerstand leisten, bekamen nach dem 11. September 2001 von Washington den Stempel „Terroristen“ aufgedrückt. Kein Zweifel – diese

Verunglimpfung ist Teil der internationalen und regionalen Politik der Bush-Administration, die unverhohlen den Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt. An dieser Problematik interessierte RF-Gruppen können sich gern mit uns Schwerinern in Verbindung setzen. Wir stellen den Kontakt dann her. Weitergehende Informationen über die zugänglichen Aussagen tun gut und helfen, die Nachrichten aus dem Norden Lateinamerikas besser zu verstehen. **Heidi Polzer**

1500 demonstrierten in Berliner Villenviertel gegen korrupte Politiker und Banker

## „Grunewaldspaziergang“



Weder eingeworfene Fensterscheiben noch rollende Köpfe waren an diesem sonnigen Sonnabendnachmittag zu verzeichnen. Die bösen Träume der Abgeordneten von Regierung und Opposition im Berliner Senat haben sich nicht bewahrheitet, wenn man von einem Transparent mit der Aufschrift „70000 Köpfe müssen rollen“ und der Attrappe einer Guillotine absieht, womit einige Scherzbolde Bewohner des Nobelviertels im Westen Berlins zu erschrecken versuchten. Einzig die Grünen hatten sich zum „Grunewaldspaziergang“ am 7. September, der bereits einige Wochen zuvor von der „Initiative Berliner Bankenskandal“ auf Plakaten und Flugblättern angekündigt wurde, zustimmend geäußert. Alle anderen – auch die braven Kleinbürger von der PDS-Zentrale – erklärten „demokratische Bedenken“ und beschworen die Gefährdung durch „Chaoten“. Rechtzeitig rieten sie ihren Anhängern von der Teilnahme ab.

„Legal, illegal Bankenskandal? Auf zum Grunewaldspaziergang. Zu den Villen unserer Politiker und Banker.“ Rund 1500 Berliner Bürger, überwiegend im gesetzten Alter, waren der Aufforderung der Initiatoren FU-Professor Grottian und Birger Scholz von Attac gefolgt. Bereits um 15.00 Uhr war der Vorplatz des S-Bahnhofs Grunewald voller Menschen. Abgesehen von dem Versuch einiger übereifriger Polizisten, eine Punkerin des Platzes zu verweisen, gab es kaum Auseinandersetzungen. Protestierende Bürger, unter ihnen eine Bundestagsabgeordnete, befreiten die Schülerin, die den Ordnungshütern wegen eines metallenen Armschmucks verdächtig erschien.

Nur wenige Bewohner der schmucken Grunewaldvillen ließen sich vor ihren Türen blicken. Und der Hauptnutznießler auf Kosten der Steuerzahler – mit millionenschwerer Abfindung und Zigtausend-Euro-Rente –, der berühmte Klaus Landowsky, Vorstandsvorsitzender der Berliner Bankgesellschaft i. R., war angeblich im Urlaub. Der Zugang zu seiner Villa war, wie auch die Straßen zu anderen korrupten Bankern, von Polizeihundertschaften geschützt. So konnten Demonstranten eine Statue des „Alten Fritzen“ mit dem Antlitz des CDU-Politikers nur hundert Meter entfernt von dessen Domizil aufstellen.

Aber es gab auch Zustimmung zu Sinn und Zweck der Demonstration. „Wir besitzen hiernurein kleines Reihenhäuschen“ und „Wir gehören nicht zu den Bankern und korrupten Politikern, wir werden als Steuerzahler ebenfalls zur Kasse gebeten“, meinten einige Anlieger. Ein Polizist, der von Kiel nach Berlin umgezogen ist, war gar der Ansicht, für diesen Bankenskandal der die Steuerzahler 20 Milliarden Euro kostete, seien viel zu wenig Menschen auf der Straße.

Der Berliner Bankenskandal hatte zum Rücktritt des vorigen CDU/SPD-Senats geführt. Der „Regierende“ Diepgen und seine CDU-Senatoren mußten im letzten Jahr bekanntlich ihren Hut nehmen. Ein Klüngel aus Politikern und Bankern hatte sich gegenseitig die Gelder zugeschoben, für die die Berliner Steuerzahler aufkommen sollen. Die Berliner Bankgesellschaft richtete Immobilienfonds auf der Grundlage von Spekulationsobjekten – in erster Linie Bürobauten – ein, die größtenteils unvermietbar sind. Um den ausgesuchten Fondsanlegern – unter ihnen Politiker, Banker, Professoren, Ärzte, Kirchenvertreter, Gewerkschafter, Beamte usw. – es soll sich um 70000 Personen handeln – eine fette Rendite zu gewährleisten, übernahm der letzte Senat eine langfristige Bürgschaft über 30 Milliarden D-Mark. Mit der demagogischen Begründung, zwecks Sicherung der Arbeitsplätze müsse ein Konkurs der Berliner Bankgesellschaft vermieden werden, hat der jetzige SPD/PDS-Senat diese Bürgschaft erneuert. Das heißt, SPD- und PDS-Politiker muten den Berliner Steuerzahlern über Jahrzehnte zu, für den Profit der Rei-

chen ihre Geldbörse zu opfern. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die durch die Sozialpolitik dieses Staates – ob SPD- oder CDU-regiert – immer mehr in die Armut getrieben werden, sollen zugunsten von Reichen und Besserverdienenden zusätzlich zur Kasse gebeten werden.

Von den betroffenen Armen war auch auf dieser Demo leider wenig zu sehen. Eine beachtliche Zahl der Teilnehmer bestand wohl aus – inzwischen gutbürgerlichen – früheren APO-Anhängern, die vor 35 Jahren mit roten Fahnen über den Ku'damm gezogen waren. Die weniger zahlreichen jüngeren Jahrgänge konnten nicht wissen, daß es vor 21 Jahren – zur Zeit der Hausbesetzerbewegung – schon einmal einen „Grunewaldspaziergang“ gegeben hat. Damals hieß das Motto: „Legal, illegal, schießegal! Hausbesetzer besuchen Hausbesitzer!“ Und dieses „Event“ hatte seinerzeit nicht so eine gute Presse, wie das von Professor Grottian initiierte. Von den ehemaligen Hausbesetzern, die inzwischen ja auch schon in die Jahre gekommen sind, scheint nicht viel übrig geblieben zu sein.

Ohnehin sind rote Fahnen heutzutage leider nicht mehr in Mode. Dafür zu sorgen, daß sich das ändert, wäre wohl zuallererst Sache von Kommunisten und revolutionären Sozialisten. Von denen war auf dieser Demonstration so gut wie gar nichts zu sehen, wenn man von vereinzelten „RotFuchs“-Lesern absieht. Es ist wünschenswert, daß verantwortliche Kader dieses politischen Milieus ihre Anhänger in Zukunft dahingehend beeinflussen und in die Lage versetzen, sich mit eigenen politischen Aussagen und Transparenten – und mit roten Fahnen – unter die Leute zu mischen. Denn der Berliner Bankenskandal und weitere Skandale im kapitalistischen Sumpf werden uns in Zukunft nicht nur erhalten bleiben, sie werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit häufen. Für den langen Atem im grundsätzlichen Widerstand gegen das kapitalistische System – nicht nur gegen dessen Symptome –, sind Kommunisten und Sozialisten zuständig.

Egon Schanker



Wie die Bourgeoisie mit der Sprache jongliert

# Die große Spar-Lüge

Die neugewählte Bundesregierung aus Sozialdemokraten und Grünen hat nur ein Wort auf den Lippen: „Sparen“ statt Steuererhöhung, als ob das nicht nur zwei Seiten einer Medaille wären. Was heißt das eigentlich – sparen? Darunter ist zu verstehen, daß jemand von seinem Lohn oder Gehalt immer etwas beiseite legt, um sich – wenn er die erforderliche Summe zusammen hat – vielleicht eine neue Waschmaschine oder eine schöne Reise zu leisten.

Sparen ist ein Begriff, der Solidität, Voraussicht, Vertrauenswürdigkeit impliziert. Darum wird er heute vom Kapital, seinen Regierungen und seinen Medien so gerne benutzt, wenn etwas ganz anderes passiert: Abbau sozialer Leistungen, Entlassungen, Verelendung, Taschenraub. Täglich findet man in den Zeitungen die verlogene und sinnentstellende Benutzung des Begriffs „Sparen“. Er ist inzwischen das große Lügenwort des Kapitalismus geworden. Nehmen wir nur den „Tagesspiegel“ – das „seriöse“ und gutinformierte bürgerliche Morgenblatt der deutschen Hauptstadt. Am 5. September 2002 titelte es: „Berliner müssen sparen“. So sollen bei der Fusion der Mittelbrandenburgischen mit der Berliner Sparkasse voraussichtlich 4 000 Stellen „abgebaut“ werden. Sehr sparsam ist auch der Chemiekonzern Bayer. Er „setzt den Stellenabbau massiv fort“ (TS, 8. August) Von den 128 000 Arbeitskräften sollen weit mehr als 10 000 „eingespart“ werden. Am 2. September hieß es: „Callahan NRW spart drastisch, 1 000 Arbeitsplätze gefährdet“; von den 1 700 Jobs der Kabel-Holding sollen 1 000 wegfallen. Rigoros wird im Gesundheitswesen, bei allen sozialen staatlichen Leistungen „gespart“. Für 25 000 Sozialwohnungen, die ab 1987 in Berlin mit staatlichen Subventionen gebaut wurden, soll keine weitere Förderung genehmigt werden. „Folge: Mieter müssen mit drastisch erhöhten Mieten rechnen und Wohnungseigentümern droht der Konkurs.“ (TS, 6. September.) „Die Lage ist dramatisch. Der Staat nimmt immer weniger Geld ein und muß immer mehr bezahlen. Vor allem für die Sozialversicherungssysteme.“ (TS, 26. Juli) „Mündige Bürger sollten ihre Ansprüche überdenken ... Soll Politik neue Aufgaben erfüllen, muß sie anderswo sparen – und nicht höher besteuern ... Jeder Euro, den der Bürger direkt ausgibt – z. B. in privaten Kindergärten – wird effektiver eingesetzt als ein Euro, den der Staat umver-

teilt: als Subvention für (städtische – W. F.) Kindergärten.“

Wir wollen nicht verschweigen, daß auch in der DDR ganze Betriebe geschlossen werden mußten. Aber wie regelte man das? Als z. B. die Steinkohlenvorräte zu Ende gingen und die Schächte bei Zwickau und Oelsnitz dichtgemacht wurden, waren die Bergleute längst auf neue Arbeiten vorbereitet: Viele Brigaden gingen ins Bauwesen, manche lernten Metallberufe und montierten in den Übertagegebäuden auf den Schächten Bauteile, beispielsweise für Schreibmaschinen. Dabei behielten sie ihre Bergmannsrente. Ich erlebte, wie eine Zigarrenfabrik in Thüringen geschlossen wurde, weil ein Apparat entwickelt worden war, der das Rollen von Zigarren per Hand überflüssig machte. Die Arbeiterinnen waren böse. Sie weigerten sich, mit der Bürgermeisterin und dem Berater des FDGB zu reden. Schließlich mußten sie sich doch fügen. Sie montierten fortan Teile in einer Uhrenfabrik, erhielten, unabhängig von ihrer Anfangsleistung, den alten Lohn, bis sie sich eingearbeitet hatten. Dann verdienten sie sogar mehr und waren nicht mehr böse. Nur noch ein Stück aus dem großen Sparpaket der Konzerne: Die Hälfte der Belegschaft des Bosch-Siemens-Haushaltsgerätekonzerns in Haselhorst soll bis 2007 entlassen werden. Die Firma will die Waschmaschinen künftig in Polen, Spanien und der Türkei herstellen lassen. Und wer wird sie dann kaufen? Türkische Bauern, polnische oder spanische Arbeitslose? Nein, sie sollen sicher vor allem in Deutschland abgesetzt werden und in Schweden oder in Frankreich, wo sich auch mancher Arbeitslose noch so etwas leisten kann. Doch wie lange? Das „Sparen“ des Kapitals senkt die Reallöhne, die Kaufkraft geht zurück, die

Plaiten nehmen zu. „Schwarzes Jahr für den Einzelhandel“, konstatierte der „Tagesspiegel“ am 6. September. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 sank der Umsatz im Vergleichszeitraum 2002 bei Nahrungsmitteln auf 66 %, bei Bekleidung und Schuhen auf 82 %, bei Bau- und Heimwerkerartikeln auf 82 % und bei Möbeln auf 86 %.

Marx hat es schon im dritten Band des „Kapitals“ exakt gesagt: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleiben immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“

Wenn Leute entlassen und Reallöhne gesenkt werden reduziert das Kapital die Kaufkraft seiner Kunden. Diese müssen dann nicht „sparen“, sondern sich einschränken. Die Zahl der Betroffenen nimmt immer mehr zu, und in vielen Entwicklungsländern betrifft sie fast alle Menschen. Das, was Marx die „relative Übervölkerung“ nannte, wächst. „Die industrielle Reservearmee drückt während der Periode der Stagnation ... auf die aktive Arbeitsarmee und hält ihre Ansprüche im Zaum.“ (MEW 23/668) Am Wachsen der relativen Übervölkerung – der Masse der für das Kapital überflüssigen Menschen – ändert auch die Tatsache nichts, daß sich das Verhältnis produktiv Tätiger und Dienstleister zugunsten Letzterer verändert hat, wobei vertuscht wird, daß auch sogenannte Dienstleister und Scheinselbständige zur Arbeiterklasse gehören.

Also, wenn man es „modern“ sagen will: Weg mit der „Spargesellschaft“!

Walter Florath

## An alle Mitglieder des „RotFuchs“-Fördervereins

Die 2. Mitgliederversammlung findet nicht, wie ursprünglich angekündigt, zusammen mit der 2. Leserkonferenz statt. Die Abhaltung beider Veranstaltungen am selben Tage wäre zeitlich nicht zu schaffen. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, sie zu einem späteren Termin durchzuführen, der rechtzeitig bekanntgegeben wird. ■



Grafik: SHAHAR

## Dem Rechtswesen der BRD um eine Epoche voraus

# War die DDR-Justiz demokratisch? (1)

Nachdem die imperialistische BRD sich 1990 die sozialistische DDR einverleiben konnte, stellte sie sich die Aufgabe, das „SED-Regime“ zu delegitimieren. In diesem Kontext begann ein massives justizielles Kesseltreiben auch gegen Richter und Staatsanwälte der DDR. Unter dem haltlosen Vorwurf der Rechtsbeugung wurden nach unvollständigen Angaben etwa 1 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 150 DDR-Juristen vor die Gerichte des Siegerstaates gezerrt und verurteilt. Dabei ging es nicht nur um eine Abstrafung des unterlegenen politischen Gegners wegen tatsächlichen oder vermeintlichen Unrechts. Mit der Strafaktion sollte die DDR-Justiz in Gänze disqualifiziert und diskriminiert werden. In der Erinnerung der Bevölkerung sollte jede Spur davon ausgelöscht werden, daß es in der deutschen Geschichte einmal eine volksverbundene, dem Wohl des arbeitenden Volkes verpflichtete Justiz gab, deren Mitarbeiter bis in die höchsten Spitzen hinein selbst den werktätigen Klassen und Schichten entstammten und ihre Entscheidungen mit voller Berechtigung „Im Namen des Volkes“ verkündeten.

Ich war fast 40 Jahre in verschiedenen Funktionen in Rechtspflegeorganen der DDR tätig und habe deren demokratische Entwicklung hautnah miterlebt und aktiv mitgestaltet. Persönliche Erfahrungen bestätigen wie die vieler DDR-Bürger meine Überzeugung: In ihrem Wesensgehalt war die DDR-Justiz demokratisch und in einem kontinuierlichen Prozess weiterer Demokratisierung überwand sie nicht nur die Grenzen bürgerlicher Klassenjustiz, sondern heilte sich zunehmend auch von eigenen „Kinderkrankheiten“. Die gab es vor allem in den frühen Jahren auch unter Einflüssen aus der Sowjetunion, beispielsweise in Gestalt fehlerhafter Auslegungen des Klassencharakters des Rechts und einer Überbetonung des Strafwanges beim Schutz der neuen Ordnung und des gesellschaftlichen Eigentums.

Nach der Zerschlagung des faschistischen Machtapparates im Jahre 1945 gingen einzig die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die ihr unterstellte Deutsche Zentralverwaltung für Justiz daran, in der damaligen SBZ das Justizwesen konsequent von Naziaktivisten und Mitläufern zu reinigen und demokratisch umzugestalten, wie sich das aus dem Potsdamer Abkommen und anderen einschlägigen Beschlüssen der Alliierten ergab. Der damalige Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Justiz Eugen Schiffer, ein antifaschistischer bürgerlicher Politiker und Vorkämpfer der demokratischen Justizreform, formulierte deren Auftrag und Ziel so: Es gehe darum, „die Volksfremdheit des Rechts und die Rechtsfremdheit des Volkes zu überwinden“.

Ich stand damals, 1947, in der Ausbildung zum Rechtspfleger an einem Amtsgericht im Land Brandenburg und erinnere mich gut, auf welchen Widerstand die Forderung an die Richter und Staatsanwälte stieß, in öffentlichen Versammlungen und „Justizaussprachen“ den Bürgern das neue Recht zu erläutern und ihre Entscheidungen allgemein verständlich zu begründen. Zu der Zeit waren noch viele im Amt, die schon unter dem Hakenkreuz „gedient“ hatten, selbst politisch unbelastet waren, jedoch

den alten Geist preußischer Amtsstuben pflegten und praktizierten. Vor einfachen Leuten in der Öffentlichkeit aufzutreten und Rede und Antwort zu stehen, erschien ihnen als ungeheure Zumutung und Eingriff in geheiligte Privilegien.

Dennoch: Die „Justizaussprachen“ setzten sich durch und wurden als eine Form praktizierter Demokratie mit den Jahren zum selbstverständlichen Bestandteil der Tätigkeit der Richter und Staatsanwälte. Sie stießen in Arbeitskollektiven und Einwohnerversammlungen stets auf lebhaftes Interesse und es fehlte auch nicht an durchaus kontroversen Diskussionen über einzelne Entscheidungen. Der Bevölkerung wurden Rechtsvorschriften erläutert und auf diese Weise die Bereitschaft zu ihrer freiwilligen und auf Sachkenntnis beruhenden Einhaltung und Durchsetzung entwickelt. Das waren durchaus beabsichtigte Elemente der neuen Demokratie, die auf grundlegender Interessensübereinstimmung zwischen den antifaschistischen Staatsorganen und den Bürgern fußen. Und sie trugen auf ihre Weise auch dazu bei, daß die Zahl der Rechtsverletzungen systematisch zurückging und die Justizorgane Zeit gewannen für die gründliche Prüfung und durchdachte Entscheidung des „verbleibenden Restes“, wie auch für die Aufklärung der Bevölkerung über das neue Recht.

Nicht nur eine Vielzahl von Bürgern zog praktischen Nutzen aus dieser Form der „Öffentlichkeitsarbeit“ der Richter und Staatsanwälte. Auch meine Kollegen und ich gewannen wichtige Erkenntnisse aus den Aussprachen, die für die weitere Qualifizierung unserer Tätigkeit von großem Wert waren. Wir erwarben „Hintergrundinformationen“ über die konkreten Aufgaben, Probleme und auch Schwierigkeiten in Betrieb, Gemeinde oder Stadt, die wir im Gerichtssaal nie hätten erlangen können, und die unschätzbare Hilfe für lebensnahe, gerechte Entscheidungen vermittelten. Und gar nicht hoch genug bewerten kann man den Umstand, daß durch diese volksverbundene Praxis der Richter und Staatsanwälte Schranken und Hemmungen im Umgang der Bürger mit ihrer Justiz mehr und mehr abgebaut wurden und sich ein offenes, kameradschaftliches Verhältnis entwickeln konnte. In der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und später in der DDR war die „transparente Justiz“ keine bloße Parole, sondern erlebbare Praxis.

Zurück zu den vierziger Jahren. Das war auch die Zeit, als die ersten „Volksrichter“ von Kurzlehrgängen kamen. Das waren vor allem Menschen, die aus den arbeitenden Klassen und Schichten des Volkes stammten und deren Lebensumstände und Auffassungen von Gerechtigkeit aus eigenem Erleben kannten. Unter ihnen befanden sich viele bewährte antifaschistische Widerstandskämpfer und andere, die durch ihre aktive Mitarbeit am Aufbau der neuen Ordnung schon ihre Fähigkeit und Bereitschaft bewiesen hatten, als Richter aus dem Volk im Namen des Volkes Recht zu sprechen. Nach kurzer und intensiver juristischer Ausbildung sollten sie nun die Stellen ausfüllen, die durch die Entfernung alter Nazis und den Abgang konservativ eingestellter Justizfunktionäre, denen „die ganze Richtung nicht paßte“, vakant geworden waren. Das war eine schwere Zeit –

auch in der Justiz, vor allem für die frischgebackenen Richter und Staatsanwälte an den Amtsgerichten. Hunderte von Akten türmten sich auf ihren Schreibtischen – die Kriminalitätsziffern erreichten fast astronomische Höhen, es gab eine Vielzahl von Zivilprozessen, in denen es oftmals um scheinbare Nichtigkeiten ging, die aber in jenen Jahren für den Einzelnen oftmals existentielle Bedeutung erlangten. Hunderte „Kriegsehen“, in aller Regel übereilt, oftmals nach kurzer Bekanntheit während eines „Fronturlaubes“ geschlossen, mußten im Interesse der Beteiligten aufgelöst werden. (Was es – zu unserem Glück – bei uns nicht gab, waren Konkurse. Wer hatte damals schon eine Ahnung von der Konkursordnung!) Das drückte dem richterlichen Alltag einen schweren Stempel auf. Den Absolventen der Volksrichterlehrgänge, von denen die meisten wenige Monate zuvor noch an der sprichwörtlichen Werkbank gestanden hatten, und die sich mit jeder Form von Büroarbeit schon mangels Gewohnheit schwer taten, waren in den Schnellkursen zwar Elementarkenntnisse auf den verschiedenen Rechtsgebieten vermittelt worden, aber das mühselige „Lernen am Vorgang“ gehörte unabdingbar zu dem immensen Pensum, das sie Tag für Tag zu bewältigen hatten. Viele von ihnen mußten zur gleichen Zeit ihre Ausdrucks- und Rechtschreibkenntnisse wieder auffrischen bzw. vervollkommen. (In aller Regel waren sie in ihrer Entwicklung durch das bürgerliche Bildungsprivileg benachteiligt gewesen. Diesen Rückstand in kürzester Zeit auszugleichen, verlangte von jedem größte persönliche Anstrengungen.) Nun gab und gibt es schlaue Leute, die da meinen: „Aber das hättet ihr doch gar nicht nötig gehabt; mehr noch, es war von Schaden. Hättet ihr doch die ‚alten Hasen‘ im Amt gelassen.“ Mit den „alten Hasen“ hätten wir eine volksverbundene, eine im Wortsinn demokratische Justiz gewiß nicht aufbauen können. Das abschreckende Beispiel der nicht entnazifizierten und traditionell antikommunistisch geprägten BRD-Justiz spricht hier Bände. Es belegt: Unbeschadet der damit verbundenen Schwierigkeiten war der Einsatz von Richtern und Staatsanwälten unmittelbar aus den Reihen des werktätigen Volkes richtig und unerlässlich.

Für die Mitglieder der SED- und FDJ-Organisationen in den Justizdienststellen galt es daher, den Volksrichtern alle Hilfe und Unterstützung in der alltäglichen Praxis des Geschäftsganges zu geben, damit sie Zeit gewannen für eine vernünftige, gerechte Rechtsprechung! Auch das trug maßgeblich dazu bei, „die Volksfremdheit des Rechts“ zu überwinden. In kameradschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Richtern, Staatsanwälten und ihren Mitarbeitern in den Geschäftsstellen und Abteilungen entwickelte sich rasch ein Vertrauensverhältnis, das sich himmelhoch unterschied von Beziehungen bürgerlicher Richter und Staatsanwälte zu ihren „Subalternen“. (Fortsetzung folgt)

**Dr. jur. Hans Kaiser**

*Unser Autor arbeitete in verschiedenen Aufgabenbereichen der Justiz und war zuletzt Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt der DDR.*

## Was Schilys modernes Zuwanderungsgesetz in der Praxis bedeutet

# „Ausreisecenter“ als letzter Schrei



Grafik: Arno Fleischer

Seit der Konterrevolution 1989/90 hat die herrschende Klasse Großdeutschlands die politischen Grundlinien immer mehr nach rechts verschoben. Das geschah auch und gerade unter der Schröder-Regierung, die der CDU/CSU den Weg freiräumen sollte. Die Teilnahme am Überfall auf Jugoslawien bedeutete trotz aller wahlkampfbedingten Friedensrhetorik, die später aufgeboten wurde, daß wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen darf. Nach Innenminister Schilys Gesetzesamok, der auf die Ereignisse von 11. September 2001 in den USA folgte, ist die bürgerliche Demokratie in der Bundesrepublik ausgehöhlt wie lange nicht. Soziale Errungenschaften aus Jahrzehnten, nicht zuletzt eine Folge der 40jährigen Existenz der DDR, wurden zügiger abgebaut oder ganz zerschlagen, als das selbst Pessimisten vermutet hatten. Schließlich: Unter Hinweis auf die drohende „rechte Gefahr“, der man vorbeugen müsse, brachte man – übrigens mit den Stimmen der PDS und unter dem Protest von Flüchtlingsorganisationen – ein „Zuwanderungsgesetz“ zur Verabschiedung, das durchaus auch rassistische Züge trägt. Es handelt sich dabei um die Weiterführung der 1993 beschlossenen drastischen Einschränkung des Asylrechts. In diesem Gesetz wird die Unterscheidung zwischen „nützlichen“ – d. h. den Kapitalverwertungsinteressen dienenden – und „unnützen“ (unwerten?) Einwanderern verankert. Letztere sind Menschen, wie sie das alte Großdeutschland vor sechs Jahrzehnten zu Millionen und Abermillionen in ganz Europa hervorbrachte – zuerst aus dem eigenen Land und dann bis zur Wolga, zum Nordkap und zum Mittelmeer: Flüchtlinge vor Terror, Folter, Krieg, Hunger und Not ...

Wer zu dieser Kategorie gehört, wird, wenn er es bis auf ihr Territorium schafft, von der BRD interniert. Einziges Ziel: die schnellstmögliche Abschiebung. Dabei werden Methoden angewendet, die sich nicht allzu sehr von jenen unterscheiden, die in Australien üblich sind und dort schon zu Aufständen in den Lagern geführt haben. Im von der SPD und den Grünen regierten Niedersachsen liegt unweit Osnabrücks der kleine Ort Bramsche-Hesepe. Dort befindet sich eines unserer deutschen Internierungslager. Offiziell bezeichnet man sie als „Ausreisecenter“. Das erinnert friedlich und human an Herrn Mehdorns Bahnhöfe. Man kennt ja derlei Namen, seitdem Kriege als „humanitäre Aktion“ oder „Befriedung“ umschrieben werden. Ursprünglich wurde Bramsche für über 1 000 Republikflüchtige aus der DDR und „Spätaussiedler“ aus Polen und der Sowjetunion eingerichtet. Damals war das Lager einer der größten „Arbeitgeber“ der Region. Die Bettenkapazität des Gebäudekomplexes beträgt heute nur noch etwa 200. Bestimmt sind die „Quartiere“ für „Asylbewerber“, die nicht sofort abgeschoben werden können. Das „Ausreisecenter“ Bramsche dient als Modellprojekt für die ganze Bundesrepublik, um Flüchtlinge zunächst internieren und dann so schnell wie möglich aus dem Lande schaffen zu können. Im Lager sind Menschen jeden Alters, ganze Familien, Alleinstehende, Jugendliche, Kinder, z. T. ohne Eltern oder andere Begleitung. Die Insassen haben eine „Duldung“ oder Aufenthaltsgestattung, und der Grund für ihre Unterbringung in Bramsche basiert allein auf der Behauptung, die gestellten Asylanträge würden ohnehin abgelehnt. Arbeiten dürfen die Menschen nicht. Zum Lager gehören eine eigene Po-

lizestation und eine Filiale der Ausländerbehörde. Beide kontrollieren die Flüchtlinge ständig und unterwerfen sie so manchen Schikanen. Häufig durchwühlt man ihre Zimmer und durchsucht die Menschen. Etwa zweimal im Monat setzt man sie bei der fälligen Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung massiv unter Druck, ihren Asylantrag „freiwillig“ zurückzuziehen: Das kleine Taschengeld – 19 Euro für zwei Wochen – werde bei Weigerung gestrichen, droht man an. Zwangsarbeit für 1 Euro die Stunde, als „gemeinnützig“ bezeichnet, kann verhängt werden. Bei Ablehnung eines Asylantrags ohne sofortige Abschiebung gibt es keinen Cent mehr. Kochen dürfen die Lagerinsassen mit völlig unterschiedlichen Eßgewohnheiten nicht. Sie erhalten drei Mahlzeiten. Wer eine davon verpaßt, hat für den Rest des Tages keinen Anspruch auf Verpflegung mehr. Von medizinischer Versorgung kann nicht ernsthaft die Rede sein:

Ein Lagerarzt hält zweimal wöchentlich eine Sprechstunde ab, aber darüber, wer ihm vorgestellt wird, entscheiden die Sanitäter im Vorzimmer. Längerfristige Behandlungen, auch dringend notwendige, lehnen die Behörden mit der Begründung ab, das lohne sich angesichts baldiger Abschiebung ja nicht.

Nach Einschätzung des „Osnabrücker Bündnisses gegen Abschiebung“ wird in Bramsche alles getan, um Flüchtlinge zu demoralisieren, damit sie gar kein Bleiberecht in der BRD mehr anstreben und schließlich „aus eigenem Willen“ in ihre Heimat zurückgehen. Auch sollen sich die „Ausreise-Center“ als „humaner“ von den Abschiebegefängnissen wie Hamburg-Glasmoor unterscheiden. Tatsächlich aber sind sie nur eine andere Form der Internierung.

Wie wir sehen, hat das „Zuwanderungsgesetz“ auch bemerkenswerte Neuerungen gebracht. Die „Modernisierung“ aber verfolgt den alten Zweck. Daß Abgeordnete, die sich als demokratische Sozialisten bezeichnen, für solche Regelungen gestimmt haben, muß zumindest befremden. Daß sie von SPD und Grünen ausgeheckt und als großer Fortschritt gefeiert wurden, verblüfft schon keinen mehr.

Ob Bomben oder Abschiebelager zur Schaffung der „Festung Europa“ gegen die Besitzlosen der Welt – den Herrschenden ist jedes Mittel recht. So fanden sich Schröder und Fischer beim EU-Gipfel, der im Juni 2002 in Sevilla stattfand, an der Seite des Franco-Zöglings und spanischen Ministerpräsidenten Aznar mit der Forderung, solchen Staaten finanzielle Sanktionen aufzuerlegen, die nicht genug tun, um Menschen die Flucht nach Europa zu versperren.

Werner Hoppe

**Als 120 000 auf dem Westberliner Kennedy-Platz demonstrierten**

## Aus eigenen Lehren lernen!

In wessen Namen werden die USA-Kriege geführt? Mit welchem Ziel bereitet Washington den Angriff gegen Irak vor? Dazu gibt es eine aufschlußreiche Selbstaussage in einem offenbar von Geheimdienstkreisen der Vereinigten Staaten geförderten Buch des Berliner Siedler-Verlages. Es ist von Frances Stonor Saunders, trägt den Titel „Wer die Zeche zahlt ...“ und ist in deutscher Übersetzung im Jahre 2001 erschienen. Dort wird im Schlußsatz (S. 399) unverhohlen eingeräumt: „Nicht im Namen der staatsbürgerlichen Tugend, sondern im Namen des Weltreiches ...“ Richtig gelesen? Das proklamierte Ziel der USA ist also die Weltherrschaft. Mrs. Saunders weiß, wovon sie schreibt. Sie erhielt Einsicht in CIA-Archive und durfte

einer immer breiter werdenden Bewegung. Auftakt war 1979/80 die von mir konzipierte Friedenskoordination, die wir zu fünf als Mitglieder des Zusammenschlusses „Gewerkschafter gegen rechts“ durch Bildung einer Arbeitsgruppe angestoßen hatten.

Vor allem die neue Art unseres Vorgehens brachte ab 1980 vielemals Zehntausende gegen USA-Bedrohung auf die Beine. Ohne das Konsensprinzip wäre ein Zusammenwirken politisch derart unterschiedlich orientierter nicht möglich gewesen. Zeichen gesetzt wurden nicht zuletzt dadurch, daß erstmals nach Trennungsjahrzehnten in der Bundesrepublik und Berlin-West Sozialdemokraten und Kommunisten in der

Art Aktivitätenbörse. Gedacht war an regelmäßige Treffen zu Aktionsabsprachen, dann Friedenskoordination genannt. Nach annähernd einem Vierteljahrhundert besteht die Friko weiter, wenn auch zu den allmonatlichen Zusammenkünften gegenwärtig kaum mehr als 30 bis 50 Teilnehmer aus unterschiedlichsten Organisationen erscheinen. Immerhin!

Organisatorisch gilt weiter folgendes: Keine Mitgliedschaft, um etwaigen Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorzubeugen; jede interessierte friedensengagierte Gruppierung kann ohne Formalitäten ihre Vertreter zu den Sitzungen entsenden; keine Abstimmung, um in solchem Rahmen jegliche Herrschaft von Mehrheiten über Minderheiten auszuschließen; absolute Konsensabläufe; regelmäßige Zusammenkünfte monatlich an Sonntagen, da dann in der Regel keine anderen Abendberatungen stattfinden. Über manche Schwierigkeiten hinweg – so vergebliche Versuche eines gewissen Steinke, die Friko zu sprengen – hat sich das Schema bewährt. Deshalb in der heute zugespitzten Gefahrensituation von hier aus der Aufruf: Nachmachen! Die Friedensbewegung rasch aktivieren!

Die erste große Konsensaktion war am 8. Mai 1981 die Demonstration von über 50 000 Menschen gegen die USA-Raketenhochrüstung auf dem Westberliner Winterfeldplatz. Als Hauptredner trat der kurz zuvor noch im Amt gewesene Regierende Bürgermeister und zur Friedensbewegung umgeschwenkte herausragende Sozialdemokrat Pastor Heinrich Albertz auf.

Das Eis war endgültig gebrochen. Von da an kamen über Jahre immer mehr Menschen zu unseren häufiger werdenden Großdemonstrationen, Foren und sonstigen Veranstaltungen. 80 000 waren es, als sich USA-Außenminister Alexander Haig mit dem verwerflichen Spruch outete: „Es gibt Wichtigeres als Frieden!“, bereits 100 000 zählten wir bei der Reagan-Visite und

**Albertz appelliert an Berliner: „Stärkt die Friedensbewegung über alle Gräben hinweg!“**

### 50 000 demonstrieren gegen den Krieg Aufrüstung programmierter Wahnsinn

freigegebenes Material zum Thema „Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ veröffentlichten.

Grauenhaft allein das, was aus der Fülle des Materials durchschimmert. Lug und Trug als Methode, Moral ein absolutes Fremdwort. Leugnen von eigenen Verbrechen die Norm, Christentum als Deckmantel. Riesige Dollarsummen werden zur Korruption von Staatsmännern und Politikern, von prominenten Intellektuellen und nützlichen Experten eingesetzt, oft getarnt als Stiftungsgelder, so von Ford. Lesenswert im Anhang sind nicht weniger als achtzehneinhalb Seiten Personalien, darunter zahlreiche kompromittierte Linksdisidenten.

Das Buch sollte als Gegengift angesichts ständiger Lähmungsversuche seitens des Imperialismus gelesen werden. Platz für eine Besprechung bleibt im heutigen Zusammenhang nicht. Angesichts der alles übertreffenden Gefahren, mit denen Bush und seine Administration die Menschheit bedrohen, wird in Erinnerung an Erfolge in der Reagan-Ära neues, noch stärkeres Aufbegehren der Friedenskräfte geradezu überlebenswichtig.

Als Gründer und Auftaktmoderator der Westberliner Friedenskoordination gehörte ich Ende August 1981 auf dem Friedensforum der SPD in Bonn außer Bahr, Lafontaine, Glotz, Verteidigungsminister Apel und anderen zu den Diskussionsteilnehmern. Bei der Lektüre des im sozialdemokratischen Bonner Dietz-Verlag erschienenen Protokollbandes erinnere ich mich meiner heute zunehmend dringlicheren damaligen Mahnung: „Anfangen, wo etwas möglich ist, das in Politik umsetzen ... Genau das Gegenteil wird von der (hiesigen) Regierung gemacht. Also anfangen mit ernsthaften Bemühungen.“

Ich wandte mich gegen Bahrs „Ich bin pessimistisch, ob das gelingt“ und forderte, Druck auf die Bundes- und die Landesregierungen auszuüben. Das taten wir damals mit zunehmendem Elan im Rahmen

wichtigen Friedensfrage wieder zueinander fanden. Doch was konkret tun?

Zufällig besuchte ich in jenen Tagen im Wilmersdorfer „FLÖZ“ ein Podium zu den Westberliner Wahlen mit Vertretern der verschiedenen Parteien, ausgenommen allein die CDU. Dabei wurden Fragen zur anwachsenden Kriegsgefahr gestellt. Kurzentschlossen schlug ich vor, eine bezirkliche Friedensinitiative zu bilden. Das Echo war außerordentlich positiv. Umgehend wurde eine Gründungsversammlung ins „Kulturhaus“ Wilmersdorf einberufen. Bald entstand dort ein Stamm von etwa zwei Dutzend Aktiven. Unter ihnen befanden sich Gewerkschafter und Christen, Mitglieder von SPD, SEW und FDP.

Binnen weniger Wochen wurde mir klar, daß man mit einer einzelnen Initiative,

**Zehntausende demonstrieren auf dem John-F.-Kennedy-Platz gegen die Nachrüstung. Mrotzkowski**

## Platz vor dem Schöneberger Rathaus war völlig überfüllt

Auf dem völlig überfüllten John-F.-Kennedy-Platz fand gestern die vorerst letzte Demonstration in Berlin zum Abschluß der „Aktionswoche“ der Friedensbewegung statt. Nach Schätzungen der Veranstalter beteiligten sich rund 120 000 Menschen daran.

Bei der „Volksversammlung für den Frieden“ – so nannten die Veranstalter die Aktion – hatte die Polizei rund 1200 Beamte eingesetzt, die in Anoraks gekleidet waren und nicht den bei der Beobachtung von Demonstrationen sonst üblichen Kampfanzug trugen.

Zwischenfälle oder Festnahmen gab es nicht, wie ein Polizeisprecher mitteilte.

Die gesamte „Volksversammlung für den Frieden“ war von fast 180 verschiedenen Organisationen, Gruppen und Vereinigungen unterstützt und getragen worden. BM

und mochte sie noch so wirksam vorgehen, nicht genug erreichen würde, auch wenn sie auf etwa 50 Beteiligte anwachsen sollte. In den elf anderen Westbezirken waren noch lange keine Friedensinitiativen in Sicht. Ich überlegte, wären wir 20 solcher Gruppierungen, also 1 000 Friedensaktivisten, ja, dann ... In jenem Zusammenhang hatte ich mir, gestützt auf meine jahrzehntelangen Partei- und Organisationserfahrungen, ein besonderes, richtungsübergreifendes Modell ausgedacht: Eine

mehr als 120 000 traten Ende 1983 auf dem John F. Kennedy-Platz vor dem Schöneberger Rathaus, damals Sitz der Stadtregerung, zur Volksversammlung aus Anlaß der Stationierungsabstimmung im Bonner Bundestag zusammen.

In dieser großen Tradition steht die Friko, in der Laura von Wimmersperg und andere beispielhafte Friedensaktivisten auch heute eine inspirierende Arbeit leisten.

**Fritz Teppich**

## Irene und Gerhard Feldbauer über 1 000 USA-Luftangriffe auf Hanoi

## Vietnam bleibt eine Hoffnung

Das Schaffen von Vorwänden zur Eröffnung von Aggressionskriegen praktiziert der USA-Imperialismus seit seiner Entstehung. Wir erlebten das als Auslandskorrespondenten für ADN und ND in Vietnam, wo die USA 1964 mit dem „Zwischenfall im Golf von Tonking“ – einer an Gleiwitz erinnernden Provokation – ihren barbarischen Ausrottungskrieg einleiteten.

Am 31. Juli 1967 trafen wir mit einer IL 14 in der Hauptstadt Nordvietnams, das damals Demokratische Republik Vietnam hieß, ein. Bereits am nächsten Morgen erhielten wir unsere „Feuertaufe“, erlebten wir den Angriff amerikanischer Jagdbomber auf die Stadt am Roten Fluß, sahen wir mit eigenen Augen die Toten. Es gab viele Opfer unter der Zivilbevölkerung, vor allem Frauen, Kinder und alte Menschen. Wir wurden zu Zeugen von über 1 000 Luftüberfällen auf Hanoi. Hunderte weitere fanden während unserer Fahrten durch das Land statt. Wir besichtigten brutal zerstörte Wohnviertel, Krankenhäuser, Schulen, Betriebe, Kirchen, Straßen und Brücken, Bewässerungsanlagen der Reisfelder. Wir sahen verbrannte Erde, in Schutt und Asche gelegte Städte und Dörfer. Und immer wieder das Leid, das man kaum beschreiben konnte. Am Ende dieses Krieges waren mehr als 2 Millionen Vietnamesen Opfer des Völkermordes der USA, 1,1 Millionen Kinder Kriegswaisen, in Nordvietnam 2 923 Schulen, 250 Krankenhäuser, 1 500 Pflanzstationen, 484 Kirchen, 495 Tempel und Pagoden zerstört.

Mit Fotoreporter Hubert Link, der im Frühjahr 1968 für einige Wochen nach Vietnam kam, erlebten wir bei Vinh am Lam einen furchtbaren nächtlichen Angriff auf einen Flußübergang. Wir entkamen nur knapp dem Tode. Zurückblickend sahen wir noch lange ein riesiges Flammenmeer und wußten, dort starben viele Menschen. Tags darauf waren wir in einem Dorf, in dessen Nähe wir keinerlei militärische Objekte gesehen hatten, Zeugen eines erneuten Angriffs. Die Maschinen flogen so tief, daß wir die Köpfe der Piloten in den Kanzeln erkennen konnten. Wir hatten nur eins im Sinn: das Verbrechen mit unserer Kamera festzuhalten. Wie so oft wurden die vietnamesischen Begleiter unsere Lebensretter. Sie zerrten uns mit Gewalt auf den Jeep, und wir rasten davon, ein Dorf im Bombenhagel hinter uns zurücklassend.

Nordvietnam wurde erbarmungslos angegriffen, um die Unterstützung, die das Land dem Widerstand gegen das Okkupationsregime der USA im Süden gewährte, zu schwächen und den Marsch nach Norden zur Liquidierung des Sozialismus vorzubereiten. Über 600 000 Amerikaner standen in Südvietnam. Später wurden sie – nicht zuletzt aufgrund der weltweiten Proteste – Kontingent für Kontingent abgezogen. Unter der Leitung von USA-Militärberatern und –Instruktoren sollten die auf über eine Million Mann aufgestockten Marionettentruppen dann allein für Washingtons Eroberungspläne ihre Haut zu Markte tragen. Diese scheiterten bekanntlich. Ende April 1975 wurde Saigon, das seitdem Ho-Chi-Minh-Stadt heißt, befreit.

Bis November 1970 arbeiteten wir in Hanoi. Wir nahmen in dieser Zeit an einer der größten Klassenauseinandersetzungen teil, die der Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus und seine Vasallen führten. Wir lernten die unmenschlichste, barbarischste Seite amerikanischer „Politik“ kennen. Aber wir erlebten auch den vietnamesischen Sieg, der die Möglichkeit bewies, die stärkste imperialistische Militärmacht zu schlagen.

Vietnam war nicht zuletzt ein Kapitel DDR-Internationalismus. Eine Solidaritätsbewegung ohnegleichen, welche die Konterrevolution heute, wie auch den Antifaschismus der DDR, als „verordnet“ zu diffamieren sucht, wurde von einer Millionen zählenden Mehrheit der Bevölkerung getragen. DDR-Spezialisten gingen nach Vietnam und halfen in Industrie und Landwirtschaft, trugen zur Abwehr der Aggression bei. Prof. Schmaus, Chefarzt der Chirurgischen Kli-

nik des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain, leitete die Hilfe für das von der DDR gebaute Viet-Duc-Hospital und operierte auch selbst oft in Hanoi. Die Equipe von Heynowski und Scheumann drehte in Vietnam u. a. die weltweites Aufsehen erregenden Filme „Piloten im Pyjama“ und „Die Teufelsinsel“ – ein Streifen über das nach faschistischem Vorbild errichtete KZ auf Con Son. Bestseller-Autor Harry Thürk schrieb nicht nur packende, sondern auch zu Herzen gehende Bücher über den anti-imperialistischen Befreiungskampf in Vietnam und Laos: „Dien Bien Phu“, „Straße zur Hölle“, „Der Tiger von Shangri-La“. Von Jeanne und Kurt Stern, bekannt durch ihre Teilnahme an Spaniens Kampf gegen Franco und ihren antifaschistischen Widerstand in Frankreich, stammen die Bücher „Reisfelder, Schlachtfelder“ und „Bevor der Morgen graut“.

Die Konfrontation, in der sich unter den Bedingungen des Kalten Krieges BRD und DDR gegenüberstanden, widerspiegelte sich auch in den konträren Positionen zur USA-Aggression in Vietnam. Die bedingungslose Unterstützung und das eigene politische und wirtschaftliche, personelle und moralische, aber auch das direkte, wenn auch oft verdeckte, militärische Engagement Bonns für den Aggressor stellt eines der schmutzigsten Kapitel der BRD-Geschichte dar. Die offizielle Bundesrepublik hat es wie die faschistische und militaristische Vergangenheit Deutschlands bis heute nicht aufgearbeitet. Während wir in Hanoi als DDR-Botschafter den ehemaligen Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Wolfgang Bergold kennenlernten, war für das Bonner Auswärtige Amt der Nazi-Diplomat Horst von Rom in Saigon tätig. Er leitete die dortige Botschaft. Die IG-Farben-Nachfolger BASF und Farbwerke Hoechst sowie Boehringer beteiligten sich an der Produktion und Lieferung von Giftgasen nach Südvietnam. 2 500 westdeutsche Techniker und 120 Piloten sammelten an Ort und Stelle Kriegserfahrungen, Bundeswehroffiziere werteten sie in der Truppe aus.

Wie für Kuba war auch für Vietnam der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Europa eine die eigene Existenz bedrohende Niederlage. Die Pläne, das Land zwischen Rotem Fluß und Mekong nunmehr statt mit Bomben und Raketen, KZs und Kopffägerkommandos mit Dollar- und DM-Bataillonen in die Knie zu zwingen, sind jedoch gescheitert. Es zerplatzten die Illusionen, die Kommunistische Partei Vietnams werde den Weg der auf sozialdemokratische Pfade eingeschwenkten „Nachfolger“ ost- und südeuropäischer einstiger Regierungsparteien wählen. Die KP Vietnams hat sich ebenso wenig „gewendet“ wie Castros Partei in Kuba.

Wir konnten Vietnams Volk ein Stück seines Weges begleiten und haben die Hoffnung, daß die Revolutionäre in Südostasien auch in Zukunft ihren Idealen treu bleiben. Sie wird nicht zuletzt von der Überzeugung genährt, daß das den Vietnamesen teure Vermächtnis Ho Chi Minhs im Volke lebt.

Grafik: Oliver Harrington



## Was steckt hinter den USA-Aggressionsvorbereitungen gegen Irak?

# Ringen um Öl und Macht

*Seiner besonderen Bedeutung und hohen Aktualität wegen veröffentlichen wir das folgende Exklusivmaterial aus der Feder eines führenden Nahost-Experten der DDR in voller, das normale „RotFuchs“-Maß ausnahmsweise sprengender Länge.*

„Die Amerikaner provozieren täglich...“

So aktuell diese Bemerkung auch erscheinen mag, sie wurde nicht im Spätsommer des Jahres 2002 ausgesprochen. Und sie steht nicht im Zusammenhang mit den aktuellen Drohungen der Bush-Administration, Irak mit Krieg zu überziehen, um das Regime Saddam Husseins zu stürzen.

Es handelt sich um eine Tagebucheintragung Maximilian Scheers vom 12. August 1958 während eines Fluges von Damaskus nach Bagdad. Der bekannte Journalist und Publizist reiste im Auftrag des Rundfunks der DDR nach Irak, um über die Entwicklung in Folge der irakischen Revolution zu berichten.

Einen Monat zuvor hatten in Irak antimonarchistische und antiimperialistische Kräfte den Sieg über die korrupte, britisch und zunehmend amerikanisch beherrschte Regierung Nuri es-Said und über die im Volk verhaßte Monarchie errungen. Der entscheidende Schlag gegen das morbide Regime wurde von Militärs geführt, die sich nach ägyptischem Vorbild als „Freie Offiziere“ organisiert hatten.

Nicht nur das einleitend wiedergegebene Zitat ist von erstaunlicher Aktualität. Scheer notierte unter dem Eindruck seiner Erlebnisse während des Aufenthaltes im Land an Euphrat und Tigris: „Irak ist das Land, wo jetzt Geschichte gemacht wird. Mit dem Aufstand vom 14. Juli barst eine Säule des Westens im Orient. Gegenzüge werden mit Sicherheit kommen, für lange Zeit: neue Intrigen, neue Verschwörungen, neue Attentate, vielleicht noch schlimmere Verwicklungen.“

Es war insbesondere die irakische Revolution des Jahres 1958, die die amerikanische Strategie zur Beherrschung des Nahen und Mittleren Ostens mit Hilfe ihres Paktsystems praktisch zum Scheitern brachte. Die Juli-Revolution war Ausdruck und zugleich Bestandteil eines mächtigen Aufschwungs der arabischen nationalen und sozialen Befreiungsbewegung. Ägypten und Syrien, die sich Anfang 1958 unter Gamal Abdel Nasser zur Vereinigten Arabischen Republik zusammengeschlossen hatten, waren wesentliche Träger dieses antiimperialistischen und auf panarabische Visionen ausgerichteten Aufbegehrens.

Die USA hatten nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Nimbus einer antikolonialistischen Macht in Irak wie in anderen arabischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens die unter deren Kolonialherrschaft entstandenen Positionen der Briten bzw. Franzosen übernommen. Die neuen Rahmenbedingungen auf dem Erdölsektor (nach dem Zweiten Weltkrieg) wurden durch das Vordringen der amerikanischen Ölinteressen und durch die langfristigen rohstoffstrategischen und sicherheitspolitischen Postulate der USA-Nachkriegsplanung für die westliche Hemisphäre bestimmt. Das im großen Stil zu fördernde

arabische Erdöl sollte dem Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa – unter der Ägide amerikanischer Ölgesellschaften – verfügbar gemacht werden und zugleich die kriegsbedingte hohe Inanspruchnahme von Rohölreserven der Vereinigten Staaten kompensieren. Der arabische Nahe Osten nahm damit eine rohstoffstrategische bzw. geopolitische Schlüsselstellung in der westlichen Politik der Zurückdrängung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten ein.

Irak, ein Land, das über gewaltige Reserven leicht zu fördernden, weil in Fontänen aufsteigenden Erdöls hoher bis höchster Qualität verfügt, rangierte in diesen Plänen an wichtiger Stelle.

Im Februar 1955 war unter Federführung der USA und Großbritanniens zwischen der Türkei und Irak der Bagdadpakt als Bindeglied zwischen NATO und SEATO abgeschlossen worden. Die Türkei war seit Februar 1952 Mitglied der NATO. Deren südostasiatischem Pendant SEATO, gegründet 1954, gehörte u. a. Pakistan an, das im September 1955 dem Bagdadpakt beitrug. Im April 1955 folgte der Beitritt Großbritanniens, im Oktober des gleichen Jahres schloß sich Iran diesem Pakt an. Die USA waren selbst nicht Mitglied des Bagdadpaktes, übten aber den entscheidenden politischen und militärischen Einfluß aus. Mit der Eisenhower-Doktrin „zum Schutz“ des Mittleren Ostens gegen „jede Aggression von Seiten der vom internationalen Kommunismus kontrollierten Länder“ (Januar 1957) engagierten sich die USA schließlich direkt im System des Paktes, zunächst im Militärkomitee (März 1957). Anfang 1958 gab Außenminister J. F. Dulles eine offizielle Hilfeverpflichtung der USA für den Bagdadpakt ab. Die USA begannen ihre absolute Vormachtstellung in der Region aufzubauen.

Das irakische Kabinett Nuri es-Saids stimmte der Eisenhower-Doktrin zunächst als einzige arabische Regierung zu. Der Bagdadpakt sollte im Sinne seiner Initiatoren seine Feuertaufe erhalten, als im Sommer 1958 Libanon von einer machtvollen antikolonialistischen und antiimperialistischen Volksbewegung erfaßt wurde, die sich auch entschieden gegen die zunehmende amerikanische Beherrschung der Region richtete. Irakische Truppen waren auserkoren, im Juli 1958 dieses Aufbegeh-



**Opfer der Wirtschaftsaggression (Frau mit Kind)**

ren gewaltsam niederzuschlagen. Beteiligten sollten sich amerikanische Luftlande- und Luftwaffeneinheiten, die ihre Stützpunkte in der Türkei hatten. Danach war vorgesehen, die antiimperialistisch orientierte Regierung in Syrien gleichfalls gewaltsam zu stürzen und ein von den USA und Großbritannien ausgehaltenes Regime zu installieren. Als König für das in eine Monarchie umzuwandelnde Syrien war der im Volk verhaßte Onkel des irakischen Königs Feisal, der frühere Prinzregent und nun Thronfolger in Irak, Abd al-Ilah, vorgesehen.

Die irakischen „Freien Offiziere“ drehten den Spieß um. Sie nutzten die Situation für den bewaffneten Aufstand, den sie gemeinsam mit den ihnen verbündeten antimonarchistischen und demokratischen Kräften langfristig geplant hatten. Sie wandten ihre für den Einsatz gegen Libanon vorgesehenen Truppen (19. und 20. Brigade der königlich-irakischen Armee) in der Nacht vom 13. zum 14. Juli nicht wie befohlen nach Westen, Richtung Syrien und Libanon, sondern gegen Bagdad.

So wurde am 14. Juli 1958 die irakische Monarchie gestürzt. Der Führer der „Freien Offiziere“, Brigadegeneral Abdul Kerim Kassem, proklamierte die Gründung der Republik Irak. König Feisal, Prinz Abd al



Illah sowie Ministerpräsident Nuri es-Said wurden getötet.

Einen Tag später, am 15. Juli, erfolgte die militärische Intervention der USA in Libanon, die bis Oktober 1958 währte.

Zu diesem Zeitpunkt waren die USA zur militärischen Intervention in Irak wie in Syrien bereit, mußten aber erkennen, daß angesichts der Stimmung der Massen ein solches Vorgehen nicht erfolgreich sein würde.

Im März 1959 trat Irak aus dem Bagdad-pakt aus, der im Oktober des gleichen Jahres in „Central Treaty Organization“ (CENTO) umbenannt werden mußte. Die letzten britischen Truppen, die auf der Grundlage eines halbkolonialen „Bündnisvertrages“ aus dem Jahr 1922 im Land stationiert waren, hatten Irak bereits Ende Mai 1959 verlassen müssen. Zum gleichen Zeitpunkt kündigte Bagdad alle politischen, ökonomischen und militärischen Verträge mit den USA und Großbritannien.

Ein in strategischer und ökonomischer Hinsicht bedeutsames Land war aus dem von den USA beherrschten System ausgebrochen. In Politik, Wirtschaft und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens Iraks begann ein Prozeß der Demokratisierung und der Überwindung des kolonialen Erbes.

Es folgten Jahre widersprüchlicher Entwicklung – auch im Verhältnis USA-Irak.

Das Präsidialregime Abdel Kerim Kassems ist zur brutalen Militärdiktatur verkommen. Kassem und seine Gefolgschaft rückten unter dem Druck der inneren Reaktion und der Wirtschaft des Landes weiter beherrschenden westlichen Erdölkonzerne zunehmend von den meisten ihrer ursprünglich progressiven Ziele weit ab. Konsequenz für die Vertiefung der Ergebnisse der Revolution, insbesondere ihrer sozialen Errungenschaften eintretende Kräfte fanden sich in die Opposition gedrängt und waren schlimmen Repressalien unterworfen.

Der Antikommunismus wurde zur Hauptstoßrichtung. Vor allem die irakischen Kommunisten mußten einen hohen Blutzoll bezahlen. Das Regime geriet insbesondere wegen des seit 1961 währenden Kurdenkrieges und angesichts seiner Preisgabe ökonomischer und sozialer Ziele der Revolution immer tiefer in die Isolierung. Im Februar 1963 beendete schließlich ein Militärputsch Kassems Diktatur. Nach einem Intermezzo der Baath-Partei bis November 1963 leitete ein weiterer Staatsstreich des Militärs eine fünfjährige Periode des Präsidialregimes der Gebrüder Aref ein. Die in dieser Zeit häufig wechselnden Regierungen bezogen mehr oder weniger antidemokratische, häufig auch antikommunistische Positionen und betrieben zumeist eine chauvinistische Politik gegenüber den Kurden. Außenpolitisch war diese Periode insgesamt von einer Festigung der nationalen Unabhängigkeit und von solidarischer Haltung mit den im Juni-Krieg 1967 von Israel vernichtend geschlagenen Ägyptern, Syrern und Jordanien gekennzeichnet. Letzteres wurde manifestiert, als Irak wie andere arabische Staaten u. a. die diplomatischen Beziehungen zu den USA, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland abgebrochen hatte. In dieser Phase wurde auch begonnen, nationale Interessen im Bereich Erdölförderung und -export durchzusetzen. Bereits im Februar 1964 war eine nationale Ölgesellschaft, die Iraq National Oil Company (INOC) gegründet worden, die eine eigene Förderung begann. In der Auseinandersetzung mit den

westlichen, in erster Linie den amerikanischen Ölmultis erfolgte aber erst am 1. Juni 1972 der entscheidende Schritt: die Iraq Petroleum Company (IPC) wurde nationalisiert, was 1973 schließlich die in der IPC vereinigten multinationalen Ölkonzerne offiziell akzeptieren mußten. Damit gingen 62 % der irakischen Erdölförderung in die Hände des Staates über. Im Dezember 1975 hat der irakische Staat dann auch die letzten noch in ausländischem Besitz befindlichen Anteile der Basrah Petroleum Company übernommen und damit die volle Souveränität über die irakischen Erdölressourcen hergestellt.

Vollzogen wurde dies unter Präsident Ahmed Hassan al-Bakr. Der bis dahin herrschende Präsident Abdel Rahman Arif (Bruder des 1963 an die Macht geputschten und 1966 bei einem Flugzeugunglück umgekommenen Abdel Salam Aref) war im Juli 1968 durch Offiziere gestürzt worden, die der Führung der Baath-Partei angehörten. Es begann ein neuer, faktisch bis heute währender Zeitabschnitt in der Geschichte Iraks. Der als oberstes Machtorgan gebildete Kommandorat der Revolution (KRR) wählte Generalmajor Ahmed Hassan al-Bakr, Generalsekretär der irakischen Regionalleitung der Baath-Partei und Vorsitzender des KRR, zum Präsidenten der Republik.

Mit Blick auf die unter al-Bakr vollzogene Nationalisierung der irakischen Erdölförderung sind wir bei der entscheidenden Frage, warum es der derzeitigen US-Administration in ihrer Kampagne gegen Irak wirklich geht.

„Multis profitieren von Irak-Krise“, so betitelte „Der Spiegel“ einen Beitrag in seiner Ausgabe Nr. 35 vom 26. August 2002, und weiter war dort zu lesen: „Die Kriegsdrohungen von US-Präsident George W. Bush haben den Ölpreis auf das diesjährige Rekordniveau von über 28 Dollar je Faß Nordseeöl getrieben – mit entsprechend positiven Folgen für die Aktienkurse der Ölkonzerne.“ Es wurde dann zutreffend gefolgert, daß ein Krieg in Irak den Ölpreis auf über 30 Dollar je Barrel (159 l) hochschnellen ließe und vor allem kräftige Kursgewinne bei den Multis bringen würde.

Wer die Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, kommt an der Feststellung nicht vorbei, daß der „Öl-Mann aus Texas“ – so wiederum „Der Spiegel“ bereits im Dezember 2001 – „in erster Linie eine globale Erdölpolitik“ verfolgt. Es waren vor allem die amerikanischen Ölkonzerne, die Bush im letzten US-Präsidentenwahlkampf massiv unterstützt und diesen weitgehend finanziert haben.

Wenn für George W. Bush mit dem Zusammenstürzen der World-Trade-Center-Türme am 11. September 2001 etwas zusammengebrochen ist, dann die in den USA als selbstverständlich betrachtete Sicherheit ihres Zugriffs auf die für sie wichtigsten Ressourcen, in erster Linie an Erdöl und Erdgas. Prosperität und gewohnter Lebensstandard der Mehrheit der Amerikaner heute sind undenkbar ohne sprudelnde Erdölquellen. Die US-Administration mußte erkennen, daß es heute keineswegs eine Garantie gibt, daß Saudi-Arabien, Kuwait und die Emirate am Arabisch-Persischen Golf auf viele Jahrzehnte sichere Quellen eines nicht versiegenden Ölstroms in die USA sein werden. Die USA beziehen derzeit 56 Prozent ihres Öls aus der Golfregion (1973: 37 Prozent).

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das Vorgehen in Afghanistan, der massive amerikanische Vorstoß nach Zentralasien (ehemalige mittelasiatische Republiken der Sowjetunion) zu bewerten – s. auch die jüngst eröffneten bzw. in Bau genommenen neuen Pipelines für das Öl aus dem Kaspischen Becken, die hauptsächlich von Ölkonzernen der USA finanziert werden. Und damit ist ein wesentlicher, wahrscheinlich der wichtigste Grund für die aktuelle antiirakische Kampagne der US-Administration benannt.

Die USA führen praktisch einen Feldzug für ihre sichere Energieversorgung bei optimalen Profiten und für ihre Vorherrschaft beim Zugriff auf das Öl des Nahen und Mittleren Ostens sowie Zentralasiens. Dabei haben sie sehr wohl im Auge, daß sie ernster Konkurrenz gegenüber stehen: den Ländern der EU sowie Japan, China und Rußland. Die EU-Staaten sind allerdings in wesentlich stärkerem Maße vom Nahost-Öl abhängig als die USA, die über beträchtliche eigene Ölressourcen verfügen und die Förderung in Lateinamerika dominieren.

Saddam Husseins Regime mit seinen eigenen hegemonialen Ambitionen ist das derzeit wohl wichtigste Hindernis bei der Realisierung der strategischen Ziele der USA im Nahen und Mittleren Osten. Irak ist das mit den nach Saudi-Arabien zweitgrößten Erdöl-Reserven der Welt (10-12 %) gesegnete Land. Den ungehinderten Zugang zu diesem Öl wollen sich die US-Öl-Multis und ihr Beauftragter Bush offensichtlich gewaltsam verschaffen. Sie können nicht verschmerzen, daß die Zeiten vorbei sind, als, wie noch in den sechziger Jahren des 20. Jh., die amerikanischen Konzerne über mehr als zwei Drittel der irakischen Ölförderung verfügen konnten, zu einer Zeit, da diese den 4. bzw. 5. Rang der Weltölförderung einnahm.

Die USA hatten die Machtübernahme der Baath-Partei in Irak 1968 (wie der Kräfte der „Berichtigungsbewegung“ in der syrischen Baath-Partei unter Assad 1970/1971) zunächst wohlwollend betrachtet. Unter anderem sahen sie die nunmehr in den beiden arabischen Ländern herrschenden Baath-Gruppierungen als für eigenes Kalkül nutzbare Gegenkraft gegen den Nasserismus, insbesondere mit dessen Niedergang nach dem Tod Gamal Abdel Nassers 1970. Sie verfolgten damit nicht zuletzt das später Realität gewordene Ziel, den Einfluß der UdSSR und weiterer sozialistischer Staaten zurückzudrängen und schließlich zu beseitigen.

1979 übernahm Saddam Hussein, Vizepräsident seit 1968 und inzwischen längst der starke Mann in Irak, nach der Entmachtung von Ahmed Hassan al-Bakr das Präsidentenamt („Rücktritt Bakrs zugunsten seines Neffen“). Gleichzeitig wurde er Generalsekretär der Regionalleitung der Baath-Partei und Vorsitzender des Kommandorats der Revolution. Er installierte ein voll auf seine Person ausgerichtetes Herrschaftssystem der umfassenden Korruption, der skrupellosen Bereicherung der regimeträgenden Eliten und der brutalen Repression gegen jegliche Opposition. Unter ihm etablierte sich in Irak ein Regime, das seine hegemonialen Ambitionen in der Region und seinen Führungsanspruch in der arabischen Welt wie im Mittleren Osten offen propagierte. Die Umstände der iranischen Revolution und die Unterstützung Irans für die gegen das Bagdader Regime

rebellierenden irakischen Kurden kamen Saddam Husseins Ambitionen entgegen. Wie ernst sie gemeint waren, demonstrieren der im ersten Regierungsjahr Saddam Husseins von Irak begonnene (aber von Iran mit herbeigeführte) und bis 1988 während irakisch-iranische Krieg und später die Intervention und Besetzung Kuwaits. Als Saddam Hussein den Krieg gegen Iran begann, konnte er sicher sein, daß weder die USA noch sonst jemand im Westen sich ihm in den Weg stellen würde. Die USA und ihre Verbündeten reagierten höchst erschrocken auf die iranische Revolution, die 1979 das von den USA gehätschelte Schah-Regime hinwegfegte und deren islamischer Fundamentalismus auf den gesamten Orient auszustrahlen begann. Sie ermunterten Saddam Hussein regelrecht, die ihnen verhaßte Mullahkratie von Teheran zu stürzen und die schiitische Revolution des Ayatollah Khomeini auszuwerfen. Iran war für die US-Administration zum wichtigsten Gegner im Mittleren Osten geworden, zumal die Träger des Mullah-Regimes militant antiamerikanisch auftraten. Das irakische Regime sollte auf keinen Fall unterliegen. So wurden während des irakisch-iranischen Krieges nicht nur die seit 1967 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Irak wieder aufgenommen und auch damit demonstrativ die Unterstützung für Irak durch die US-Administration bestätigt. Washington hat darüber hinaus das Regime von Saddam Hussein mit geheimen Informationen über den Gegner (Iran) versorgt und während des Krieges präzise Satellitenaufnahmen vom Frontverlauf zur Verfügung gestellt. Und Saddam Hussein wurde schließlich mit Waffen, Munition und Material im Wert von Milliarden Dollar direkt unterstützt. Das geschah ungeachtet des Umstandes, daß die US-Administration Bagdad offiziell wegen des Einsatzes von Giftgas gegen iranische Soldaten verurteilt hatte. Sie tolerierte, daß Saddam Hussein Senfgas nicht nur an der Front einsetzen ließ, sondern daß daran z. B. im kurdischen Halabdscha (65 km südöstlich von Suleimaniya, 20 km westlich der Grenze zu Iran) Tausende einen qualvollen Tod starben. Es spricht Bände, wenn ausgerechnet der Mann, der sich heute als gnadenloser Scharfmacher für den Krieg gegen Irak einsetzt, Bushs „Verteidigungs“minister Donald Rumsfeld, seinerzeit als Präsident Reagans Sonderbeauftragter für den Mittleren Osten in Washington der Hauptverfechter der massiven Unterstützung Iraks war. Damals erfreute sich Rumsfeld wegen seiner aktiven Hilfe für Irak in Bagdad der persönlichen Gastfreundschaft Saddam Husseins. Es war wiederum Donald Rumsfeld, der am 13. September 2001, also nur zwei Tage nach den Anschlägen auf World Trade Center und Pentagon, im Kriegskabinett in Washington als Erster darauf drängte, Saddam Hussein notfalls gewaltsam zu stürzen. Er wiederholte es fortan wie ein moderner Cato als Sprecher einer Hardliner-Crew um den Sohn des Golfsiegers von 1991. Bush und sein „Team“ erwecken den Eindruck, daß sie sich durch nichts und niemand vom Krieg mit dem Ziel des gewaltsamen Sturzes von Saddam abhalten lassen wollen – zum offensichtlichen Entsetzen vieler Alliiierter der USA im „Anti-Terror“-Bündnis. Die Behauptung, daß von Iraks Arsenal von Massenvernichtungswaffen große Gefahr

für die übrige Welt ausgehe, hat in der Argumentation Bushs für einen Krieg gegen Irak inzwischen eine Modifizierung erfahren: Jetzt wird Irak im Kampf gegen den internationalen Terror eine Schlüsselrolle zugeordnet. Die neue These lautet: Saddam Hussein könne Massenvernichtungswaffen an Terroristen weiterleiten. Ein irakischer Hintergrund bzw. Verbindung oder Unterstützung Iraks für das „Terrornetzwerk Ben Ladens“ usw. konnte durch die USA und selbst ihre im Erfinden von angeblichen Fakten und Zusammenhängen sehr phantasiebegabten und kreativen Geheim- und Nachrichtendienste bisher nicht nachgewiesen werden. Das 1991 von einer internationalen Allianz unter Führung des USA-Präsidenten George Bush sen. vernichtend geschlagene Land konnte sich seitdem noch nicht wieder wirklich erholen. Die Bevölkerung leidet unter vielfältigen Mängeln im Ergebnis von Embargo und amerikanisch-britischen Bombardierungen. Schwer ist die Bürde, die die irakische Bevölkerung wegen der totalen Militarisierung der Wirtschaft des Landes und seiner gewaltigen Wiederaufrüstungs- und Rüstungsanstrengungen, zu tragen hat. Vizepräsident Cheney (1991 Verteidigungsminister der Regierung Bush senior) lieferte zunächst die prominenteste Begründung für den Krieg gegen Saddam: Der irakische Diktator werde bald schon in den Besitz nuklearer Waffen gelangen und wolle dann „den gesamten Nahen Osten beherrschen, Kontrolle über einen Großteil der Energieressourcen gewinnen, Amerikas Freunde in der Region bedrohen.“ Inzwischen wird das gebetsmühlenartig wieder und wieder verkündet, auch von Präsident Bush selbst, dessen messerscharfe Sicherheitsberaterin Dr. Condoleezza Rice jüngst deutsche Interviewer empört fragte: „Müssen wir denn wirklich immer noch beweisen, daß Saddam Hussein eine Bedrohung der internationalen Stabilität und des Friedens darstellt?“ Doch lange vor dem „Krieg gegen den Terror“, beginnend spätestens nach dem Golfkrieg 1991, gab es zahlreiche Versuche der CIA, „den Tyrannen vom Tigris“ auf die eine oder andere Weise zu liquidieren. Sie sind nur zum geringsten Teil bekannt geworden, und wenn, dann durch die amerikanische Presse. Jeder dieser Anschläge endete mit einer fürchterlichen Blamage. Die von den USA ausgehende Kriegsdrohung gegen Irak berührt direkt ein Konfliktfeld, dessen Dimension sofort deutlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, das ein Großteil der ergiebigsten Ölfelder und wichtigsten Standorte von Raffinerien Iraks sich im Norden des Landes befinden, im Siedlungsgebiet der Kurden um Kirkuk, Mosul und Sulaimaniya, dem irakischen Kurdistan. Dieses grenzt im Westen an die kurdischen Siedlungsgebiete im türkischen Ost-Anatolien und im Osten an die kurdisch besiedelten Territorien Irans. Jahrzehntlang wurden die nationalen Gegensätze zwischen Arabern und Kurden bewußt geschürt, sowohl unter dem britischen Mandatsregime wie auch nach dem Sturz der Monarchie. Häufig kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen, zu regelrechten Kriegen wie zwischen 1961 und 1966 sowie 1974/75, oft charakterisiert durch brutalen Einsatz der Regierungstruppen. Bereits seit den fünfziger Jahren gab es amerikanische Interventionspläne für Nordirak und Überlegungen bzw. Vorbereitun-

gen zur Abspaltung der kurdischen Gebiete im Norden des Landes. Die USA konspirierte unmittelbar nach der Juli-Revolution mit kurdischen Scheichs. Diese fürchteten die unter Kassem eingeleitete Landreform. Amerikanische Repräsentanten unterbreiteten ihnen einen Plan zu deren Abwehr. Er sah vor, daß sich die Kurden in Irak von den Arabern trennen und ein autonomes Kurdistan bilden sollten. Aktiv in diesem Sinne wirkten Residenturen amerikanischer Dienste in Kirkuk, Mosul und Sulaimaniya, die u. a. beträchtliche Geldgeschenke für die kurdischen Feudalherren besorgten. Sofort nach Proklamation der Unabhängigkeit Kurdistans durch die Scheichs und Bildung einer umgehend von den Amerikanern und Briten anzuerkennenden kurdischen Regierung in den irakischen Ölgebieten sollten zu deren Sicherung amerikanische Truppen gerufen werden. In dieser Richtung zielten verschiedene Pläne der USA. In den frühen 70er Jahren hatte der legendäre Kurdenführer Mustafa Barzani den USA als Bezahlung für die Unterstützung beim Aufstand gegen das in Bagdad herrschende Baath-Regime zugesagt, die in zwischen verstaatlichten Erdölfelder von Mossul und Kirkuk an US-amerikanische Ölkonzerne zu vergeben. Barzani und seine Anhänger hatten sich mit Vehemenz gegen die 1972 vollzogene Nationalisierung der Iraq Petroleum Company (IPC) gewandt, in der Hoffnung, sich an die Spitze eines von den USA und den Erdölmonopolen gestützten separaten Kurdenstaates setzen zu können. Das irakische Militär behielt schließlich 1975 die Oberhand. Barzani mußte kapitulieren und begab sich ins amerikanische Asyl. Die Situation heute ist dadurch gekennzeichnet, daß Saddam Hussein im Ergebnis der irakischen Niederlage im Golfkrieg 1991 die Lufthoheit über sein Land verloren hat – das nördliche und südliche Drittel sind zur Flugverbotszone für irakische Flugzeuge erklärt worden (ohne UNO-Mandat!) und werden von Amerikanern und Briten mit unbarmherziger Gewaltanwendung kontrolliert. Unmittelbar nach dem „Desert Storm“ (Wüstensturm), nach Saddams Niederlage im Krieg um Kuwait, verweigerten die Vereinigten Staaten den Kurden – wie den Schiiten im irakischen Süden – die versprochene Hilfe: ein Verrat, der im Nahen und Mittleren Osten unvergessen ist. Die Bagdader Regierungstruppen richteten ein regelrechtes Gemetzel unter den Schiiten in und um Basra an. Im Gegensatz zu den Schiiten profitierten die Kurden in gewisser Weise von den amerikanischen „Schutzmaßnahmen“ im irakischen Norden, wo sie faktische Autonomie ausüben. Eine tatsächliche Unterstützung des kurdischen Strebens nach nationaler Autonomie oder Eigenständigkeit unterließen die USA in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder, ganz zu schweigen von einem Vorgehen gegen permanente türkische Menschenrechtsverbrechen an den Kurden oder zumindest deren Verurteilung. Die USA hatten und haben genau so wenig die wirklichen Interessen der Kurden wie der Schiiten im Sinn, wie sie auch keine aktive und eigenständige Rolle der irakischen Opposition bei der angestrebten Veränderung der Machtverhältnisse in Irak zulassen werden.

Oberst a. D. Bernd Fischer

**Die KP Chinas beginnt am 8. November ihren 16. Parteitag**

# „Nur“ 66,35 Millionen Mitglieder

Man stelle sich vor, die kommunistischen Parteien in Europa oder auf einem anderen Kontinent könnten berichten, die Zahl ihrer Mitglieder habe sich im jüngsten Jahr fünf, also seit Mitte 1997, um rund 6 Millionen vergrößert!

Für China ist dies keine Traumzahl, sondern Realität. Wie bekannt, hatte das Politbüro dem 7. Plenum des ZK der KPCh vorgeschlagen, den 16. Parteitag (nach dem Statut tritt das oberste Organ der Partei alle fünf Jahre zusammen) am 8. November 2002 zu eröffnen. Bis dahin werden fundiertere Aussagen über die gesellschaftliche, insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung des riesigen und weltweit bevölkerungsreichsten Landes im Jahre 2002 möglich sein. Zur Zeit kämpfen noch Zehntausende Menschen in mittleren, südlichen und nordöstlichen Provinzen gegen Folgen des monatelangen (!) starken Regens in der Südhälfte Chinas sowie von mehreren Taifunen an der Süd- und Ostküste. Auch das sind übrigens Gelegenheiten, bei denen sich Bürger, die um Aufnahme in die Partei gebeten haben, bewähren können.

Einige Tatsachen stehen schon fest: Die Zahl der Mitglieder der KPCh betrug im Juni dieses Jahres 66,35 Millionen. Das sind 5,93 Millionen mehr als kurz vor dem 15. Parteitag. Sehr aufschlussreich ist die Altersstruktur: 14,8 Millionen (22,3 %) sind jünger als 35. Der Frauenanteil ist mit 17,5 % (11,5 Millionen) noch immer relativ niedrig. Mehr als 4,14 Millionen Mitglieder stammen aus ethnischen Minderheiten (6,2 %). Bedeutsam ist auch die soziale Struktur: Über 29,9 Millionen Genossinnen und Genossen (45,1 %) sind Arbeiter in Stadt und Land, 14,11 Millionen (21,3 %) gehören den bewaffneten Kräften an, 7,7 Millionen (11,6 %) sind Spezialisten und Techniker in staatlichen Einrichtungen.

Werfen wir einen Blick auf den Bildungsstand der Kommunisten: 34,85 Millionen Parteimitglieder (52,5 %) haben eine höhere Schule oder eine Hochschule besucht, davon besitzen 15,36 Millionen College-Niveau.

Wir sollten nie vergessen, daß die KP Chinas als einzige politische Kraft, die dazu imstande ist, diesen Subkontinent zu orientieren und praktisch zu führen, gemessen an der Landesbevölkerung von 1,23 Mrd. Einwohnern nur eine kleine Partei ist.

Trotz der erwähnten und anderer Naturkatastrophen hat die Volksrepublik China im ersten Halbjahr 2002 im Vergleich zu 2001 ein Wirtschaftswachstum von mehr als 8 % erreicht. Ministerpräsident Zhu Rongji, der anlässlich des UNO-Weltgipfels in Johannesburg Anfang September u. a. 20 afrikanische Staats- und Regierungschefs (!) zu einer Konferenz eingeladen hatte, konnte daher die sachliche und zugleich atemberaubende Feststellung treffen: Wenn die geplante wirtschaftliche Entwicklung Chinas realisiert worden ist, wird das Land im Jahre 2010 seine wirtschaftliche Stärke im Vergleich zu 2000 verdoppelt haben! Statistiken belegen, daß die VRCh schon heute der viertgrößte Hersteller von Industriegütern in der Welt ist. Sie haben beim chinesischen Export den Platz der Rohstoffe als wesentlicher Ausfuhrartikel abgelöst

– für Entwicklungsländer keine schlechte Bilanz. So wurde Anfang September der erste von fünf in China zu bauenden 300 000 t Rohöltankern vereinbarungsgemäß an die südkoreanischen Auftraggeber ausgeliefert. Gelernte Schiffbauer unter unseren Lesern werden das zu würdigen wissen.

Umgekehrt ist die „arme“ Volksrepublik, in der es nach fast allen Berichten deutscher Fernsehkanal und Zeitungen vor allem Katastrophen, Seuchen und Korruption geben soll, bisher als einziges Land dazu imstande, dem „Transrapid“ (Arbeitsplätze in der BRD sichernd!) eine reguläre Fahrstrecke zu bahnen. Das erste Fahr-

zeug wurde schon mal auf seine „Schiene“ gesetzt.

Voraussichtlich noch vor Jahresende wird China sein viertes unbemanntes Raumschiff starten.

Wenn der vorliegende Beitrag erscheint, ist nach fünf Jahren der nächste Staatsbesuch Präsident Jiang Zemin in den USA aktuell. Mit China kann Bush wegen seiner Stärke und Bedeutung in der Welt nicht so umspringen wie mit anderen Ländern!

Wir dürfen gespannt auf die Ergebnisse des 16. Parteitages der KPCh sein. Er tritt in der Beijinger Großen Halle des Chinesischen Volkes unter Hammer und Sichel auf rotem Fahnengrund zusammen – beim Klang der Internationale. **Eike Kopf**

**Slowakische Kommunisten zogen erstmals ins Parlament ein**

## Abfuhr für Renegaten

Aus den slowakischen Parlamentswahlen am 20. und 21. September, deren Resultate wir hier nicht im einzelnen analysieren wollen, läßt sich eine wichtige Lehre ziehen: Dort, wo Kommunisten prinzipienfest, eigenständig und bündnisbereit auftreten, können sie mit einer unsektiererischen, den Massen zugewandten Politik Positionen gewinnen und die Klassenversöhler zurückdrängen.

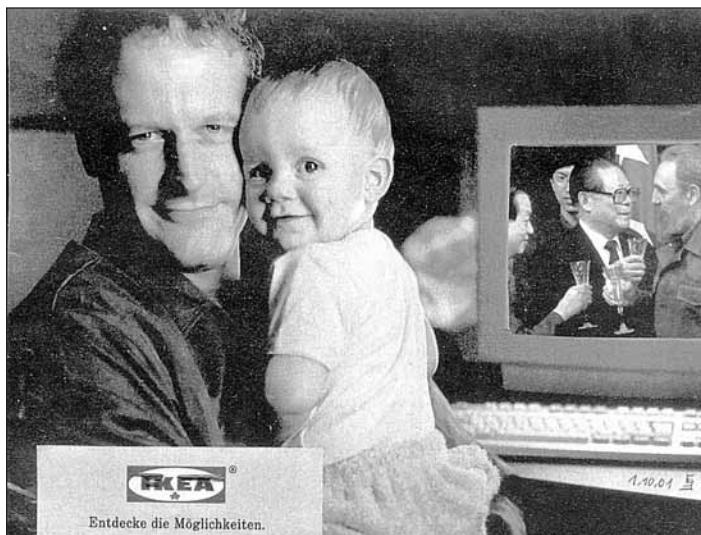
Nach dem Ende der CSSR hatte sich in der nun selbständig gewordenen Slowakei eine von dem anfangs prestigereichen Peter Weiss gegründete „Nachfolgepartei“ der KP etabliert, die unter dem Namen Partei der Demokratischen Linken (SDL) in wesentlichen Fragen PDS-ähnliche Standpunkte einnahm. 1998 hatte sie 23 Sitze (14,7 %) errungen und gehörte der später gebildeten rechtszentristischen Koalitionsregierung an. Während die inzwischen zu den Befürwortern von NATO- und EU-Mitgliedschaft gehörende SDL – ihr Führer Peter Weiss hatte zuvor eine jetzt an den Wählern ebenfalls erfolglos gebliebene Rechtsabsplitterung (Sozialdemokratische Alternative – SDA) ins Leben gerufen – dies-

mal wie die PDS an der 5-Prozent-Hürde scheiterte und nicht mehr im Parlament vertreten sein wird, zog die aus dem marxistischen Flügel der SDL hervorgegangene KP der Slowakei (KSS) erstmals bei einem Wähleranteil von 6,2 % mit 11 Abgeordneten in den Slowakischen Nationalrat ein. Gegenüber 1998 konnte sie ihre Stimmenzahl mehr als verdoppeln. Im Vorfeld der Abstimmung waren gesetzgeberische Versuche gescheitert, ihr die Legalität zu entziehen.

Übrigens: Die „Sozialistische Tageszeitung“ ND überschrieb ihre Wahlberichterstattung mit den irreführenden Worten: „Desaster für Linke“. Gemeint war damit offensichtlich die Niederlage der Reformisten und Renegaten aus SDL und SDA, die mit 3 % und knapp 2 % vorerst parlamentarisch ausgespielt haben.

Die KP der Slowakei, die erst vor wenigen Jahren bei Null begann, heute aber eine durchstrukturierte Partei ist, setzt auf Zusammenarbeit mit in der SDL verbliebenen linken Kräften an der Basis dieser Partei.

**R. F., gestützt auf Postmark Prague**



**Collage: Stefan Schultz**

## Zur Lage in früheren Republiken der Sowjetunion

# Fast überall geht es abwärts

*Auf der jüngsten Tagung der die Kommunisten fast aller Republiken der einstigen UdSSR umfassenden Union Kommunistischer Parteien-KPdSU haben Vertreter aus Ost und West, Nord und Süd gesprochen und über ihre Kampfbedingungen berichtet. Im Mittelpunkt von Information und Debatte standen Fragen des Widerstandes gegen den Extremismus der Machthaber sowie die Koordinierung gemeinsamer Aktionen der kommunistischen Parteien zur Verteidigung der Interessen der Werktätigen, der Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten. Hier Fragmente aus einigen Reden:*

**Gennadi Sjaganow (Kommunistische Partei der Russischen Föderation):** Staatsextrémismus und vor allem der Extremismus der USA-Finanzoligarchie und ihrer Helfershelfer bedrohen heute nicht nur unser Land, sondern den ganzen Planeten. Drei reichste Familienclans der USA übertreffen in ihren Einkünften die 48 ärmsten Länder der Erde zusammengekommen. 360 Milliarden sind insgesamt reicher als 2,3 Milliarden Einwohner Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ... Aber statt die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu stärken, dient die Kreml-Mannschaft dieser amerikanischen Oligarchie. Die Stimmung der Menschen treibt vor unseren Augen nach links. Heute gibt es in Rußland keine Duma-Krise, wie die „Kreml-Propheten“ zu erklären bemüht sind, sondern eine Krise des politischen Willens und der elementaren Verantwortung.

**Pantelejmon Georgadse (Kommunistische Einheitspartei Grusiniens):** Für den Extremismus unserer grusinischen Machthaber gibt es keine Grenzen. Dem im Alleingang Widerstand zu leisten, wird immer schwerer, weil den Machthabern in Grusien NATO und USA zu Hilfe kommen. Die Kommunisten in der Republik werden immer weniger, weil der gesunde und arbeitsfähige Teil der Bevölkerung Grusiniens die Heimat verlassen hat und weiter verläßt und sich im Grunde genommen in Rußland ansiedelt, da es unmöglich war, die sinnlose russophobische Politik des Herrn Schewardnadse auszuhalten. Schon haben 2 Millionen Menschen die Republik verlassen! Entgegen den Behauptungen von Schewardnadse und seiner Kumpanei, daß in Grusien, ja auch in allen anderen ehemaligen Republiken der UdSSR angeblich Glück und langerwartete Freiheiten eingeleitet seien, hat Grusien einen in seiner Geschichte nie dagewesenen Tiefstand in der Ökonomie, auf sozialem und moralischem Gebiet erreicht. Zu Landesherrn sind die Oligarchen und Raffer-Bankiers geworden. Tbilissi wimmelt von allen Arten von Geschäftemachern, Spekulanten und Beratern aus der NATO, den USA und aller Welt. Nach Angaben internationaler Organisationen leben 53 % der Bevölkerung Grusiniens unter der Armutsgrenze, 25,6 % der in der Republik Zurückgebliebenen sind arbeitslos, bei den Arbeitenden beträgt der monatliche Durchschnittslohn 37 Dollar, die Durchschnittsrente beläuft sich auf 7 Dollar. Jetzt produziert Grusien insgesamt 10 % von dem, was in der Sowjetperiode erzeugt wurde. Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe darin, dem

Volk zu helfen, das Geschehen zu begreifen und der Extremistenmacht eine Abfuhr zu erteilen.

**Walerij Sachatschenko (KP Belorußlands):** Unsere innere sozial-ökonomische Lage ist, obwohl noch nicht auf hohem Niveau, stabil. Präsident G. A. Lukaschenko erfüllt seine Wahlverpflichtungen. Eine solche Position veranlaßt die Führung der Republik, die Expansion der westlichen Konzerne und Banken zu bremsen, die Entwicklung des oligarchischen inneren Kapitals zu hindern, was im Westen durchaus nicht mit Freude aufgenommen wird. In letzter Zeit auch nicht im Osten ... Wir verfolgen die Entwicklung der Attacken auf die KPRF in der Staatsduma, die sich dem Wesen nach in einen umfassenden Krieg gegen die KPRF in ganz Rußland verwandelt haben, sehr aufmerksam und mit Schmerz. Wir bemühen uns, die Kommunisten der RF zu unterstützen und haben unseren Parteimitgliedern und dem Volke Belorußlands das Geschehen erklärt. Wir müssen gegen einen harten, prinzipienlosen und heimtückischen Feind kämpfen.

**Rauf Krubanow (KP Aserbaidschans):** Heute haben wir begonnen, an die Lösung der Aufgaben realistischer heranzugehen und blicken nicht mehr durch das Prisma der Illusionen. Das reale Bild ist so: Die ältere Generation, die ehemaligen Mitglieder unserer Partei sind im Grunde genommen aus dem aktiven Leben ausgeschieden. Ihre Philosophie ist einfach: Wir haben uns nicht geschont, haben die neue Gesellschaft aufgebaut und das Land vor dem Feind geschützt. Zerstört haben es unsere Kinder ... Die mittlere Generation – das sind die Kinder der Chruschtschow-Gorbatschow-Zeit. Sie sind überwiegend ideenlos mit kaum entwickelter geistiger Welt. Ihre Hauptorientierung: Vorteile, Geld in der eigenen Tasche, die eigene Familie, aber nicht Volk und Gesellschaft. Sie verkaufen alles, darunter auch sich selbst. Aber sie halten sich heute für die Elite – darin besteht die Tragödie. Die junge Generation – das sind die Absolventen der antisowjetischen, antikommunistischen Schule. Ihnen hat man beigebracht, daß Kommunisten Feinde des Vaterlandes seien. Diese hätten angeblich den ersten Nationalstaat zerstört, die Aserbaidschaner ihrer Freiheit beraubt, seien Lakaien des Imperiums und sehnten sich nach der Vergangenheit.

In einer solchen Gesellschaftsstruktur arbeiten wir. Wer ist unser Aktiv? Der Teil der Veteranen, der sich über den Zerfall seines Hauses Gedanken macht; wenn wir schon nicht mehr die Kraft haben, dieses Haus wiederherzustellen, dann müssen wir alles tun, daß die neue Generation wisse, wer der Erbauer und wer der Zerstörer war. Und wir müssen ihnen die Erfahrungen der Erbauer übergeben. Das ist der Teil der älteren und mittleren Generation, der sich nicht damit zufriedengeben will, daß aus Herren des Landes Diener der neuen Machthaber geworden sind; nicht zuletzt der Vertreter des ausländischen Kapitals, die uns für Menschen zweiter Klasse halten. Leider sind viele von diesen Kommunisten gezwungen worden, das Land zu verlassen. Mehr als 10 000 von ihnen befinden

sich außerhalb der Republik, halten aber Verbindung mit den Parteien in der RF, der Ukraine, Belorußlands ...

In den Reihen der Kommunisten vergrößert sich die Zahl der jungen Leute mit Hochschuldiplomen, die arbeitslos sind. Jetzt suchen sie nicht nur Arbeit, sondern bemühen sich auch, das Wesen der Vorgänge zu begreifen.

**Seribolssyn Abdiljdin (KP Kasachstans):** Wenn die Rede vom Extremismus der Macht ist, dann denken wir sofort an Nasarabajew: Er hat die gesamte politische Macht bei uns usurpiert. Bekannt ist die Geschichte von zweien seiner Mitkämpfer – Shakijanow und Abjasow; das sind jetzt Nationalhelden. Sie haben den Plan Nasarabajews hintertrieben, lebenslanglich auf dem Posten des Präsidenten zu bleiben und diesen danach vererbbar zu machen. Seitdem sie mit der Initiative aufgetreten sind, die gesellschaftliche Bewegung „Demokratische Wahl Kasachstans“ zu gründen, gelten diese Leute als persönliche Feinde des Präsidenten, der auf sie den ganzen Mechanismus administrativer Möglichkeiten losgelassen hat und sie sogar gerichtlich verfolgt.

Wir haben sie unterstützt. Gegen unsere Partei verläuft der Kampf hinterlistiger. Man verfolgt uns nicht in der Art, aber profanisiert unsere Aktionen: Wollen wir z. B. als Deputierte mit den Menschen zusammentreffen, gibt man uns Säle und füllt sie mit den Leuten Nasarabajews. Wir haben begonnen, unsere Meetings auf Plätzen durchzuführen. Da stellt sich dann plötzlich heraus, daß der Platz ausgerechnet am Tage der Veranstaltung renoviert werden muß – für ein Kinderfest.

Aber die Menschen zieht es zu uns. Die alten Methoden des Anschwärmens der Sowjetunion wirken nicht mehr: Die jetzigen Machthaber haben die letzten 11 Jahre über nichts besser gemacht, als es unter dem Sozialismus war.

**Ein Vertreter der Kommunisten Turkmenistans:** Das, wonach Nasarabajew in Kasachstan strebt, ist bei uns schon Realität. Im Alleingang dem Staatsextrémismus Widerstand zu leisten, erweist sich als unmöglich. Wir brauchen die Vereinigung, den Zusammenschluß aller patriotischen Kräfte.

**Ein Vertreter der Kommunisten Litauens:** Im Ergebnis der Außen- und Innenpolitik des bei uns herrschenden Regimes verwandelt sich Litauen in eine Quelle billiger Arbeitskräfte für den Westen. Der baldige Eintritt in die NATO – das ist für uns der Untergang. Was hat z. B. Polen erhalten, als es vor drei Jahren der NATO beitrug? Das Jahr 2001 schloß das Land mit einem Budgetdefizit von 20 Milliarden Dollar und einer Rekordarbeitslosigkeit von 17 % ab.

Was tun wir Kommunisten? Unser Führer ist im Gefängnis, aber wir geben eine Zeitung heraus. Gerade ist die 48. Nummer erschienen. So verbreiten wir Informationen über die Ereignisse in Litauen und über die kommunistische Bewegung auf dem Territorium der früheren UdSSR, über den „Reiz“ eines Eintritts von Republiken in die NATO. **„Prawda“ vom 22. August 2002**

Übersetzung: Eberhard Bock

## Scharons neuer Generalstabschef auf Palästinenserjagd

# Gleiche Brüder, gleiche Kappen

Wer ist der neue Generalstabschef der Truppe, die zynischerweise immer noch ganz offiziell den Namen „Israelische Verteidigungsarmee“ trägt, obwohl sie doch der von den USA mit modernsten Waffen ausgerüstete Exekutivarm ist, mit dem dreieinhalb Millionen palästinensische Einwohner der seit 1967 besetzten arabischen Gebiete mit brutaler Besatzergewalt geknechtet werden? Sein Name ist Mosche Ja'alon, sein Rang Generalleutnant. Ja'alon steht noch keine drei Monate an der Spitze der Armee, und doch hat er schon gewisse Rekorde an Aggressivität gebrochen: In seinem ersten großen Interview mit der prominenten israelischen Tageszeitung „Ha'aretz“ verkündete er am 30. August, daß die Ein-Tonnen-Blockbuster-Bombe auf ein Apartementhaus in Gazas Innenstadt, welche den Hamas-Offizier Salach Schechadeh und mit ihm 16 palästinensische Zivilisten, darunter 11 Kinder, tötete und mehr als 80 Menschen zum Teil schwer verwundete, völlig zu Recht geworfen worden sei. Mehr noch: Zu Ja'alons Lorbeeren gehört auch die jetzt bekanntgewordene Tatsache („Ha'aretz“ vom 1. September), daß sich unter den im August von der Besatzerarmee umgebrachten 49 Palästinensern 30 unbewaffnete Zivilisten, davon 7 Kinder, befanden. Ein nicht unbeträchtlicher Rekord für einen Armeechef, welcher sich nicht schämt, die Palästinenser – darunter auch die arabischen Bürger Israels – in seinem Antrittsinterview als „latentes Krebsgeschwür“ zu bezeichnen, das „am existentiellen Körper des israelischen Staates und seiner jüdischen Eigenheit“ zehre.

Am letzten Augusttag feuerte eine Apache-Hubschrauberbesatzung zum Zweck einer weiteren außergerichtlichen Exekution – es dürfte die 87. gewesen sein – in der Hauptstraße von Tubas bei Nablus mit Raketen auf einen PKW. Dabei wurden ein Offizier der Al-Aqsa-Märtyrer-Brigaden und vier Zivilisten, unter ihnen zwei auf der Straße spielende Kinder, ermordet. Der angeblich gesuchte lokale Anführer der Brigaden befand sich nicht unter den Getroffenen. Ob die beiden Kinder nach Ansicht von General Ja'alon auch Teil des „Krebsgeschwürs“ waren?

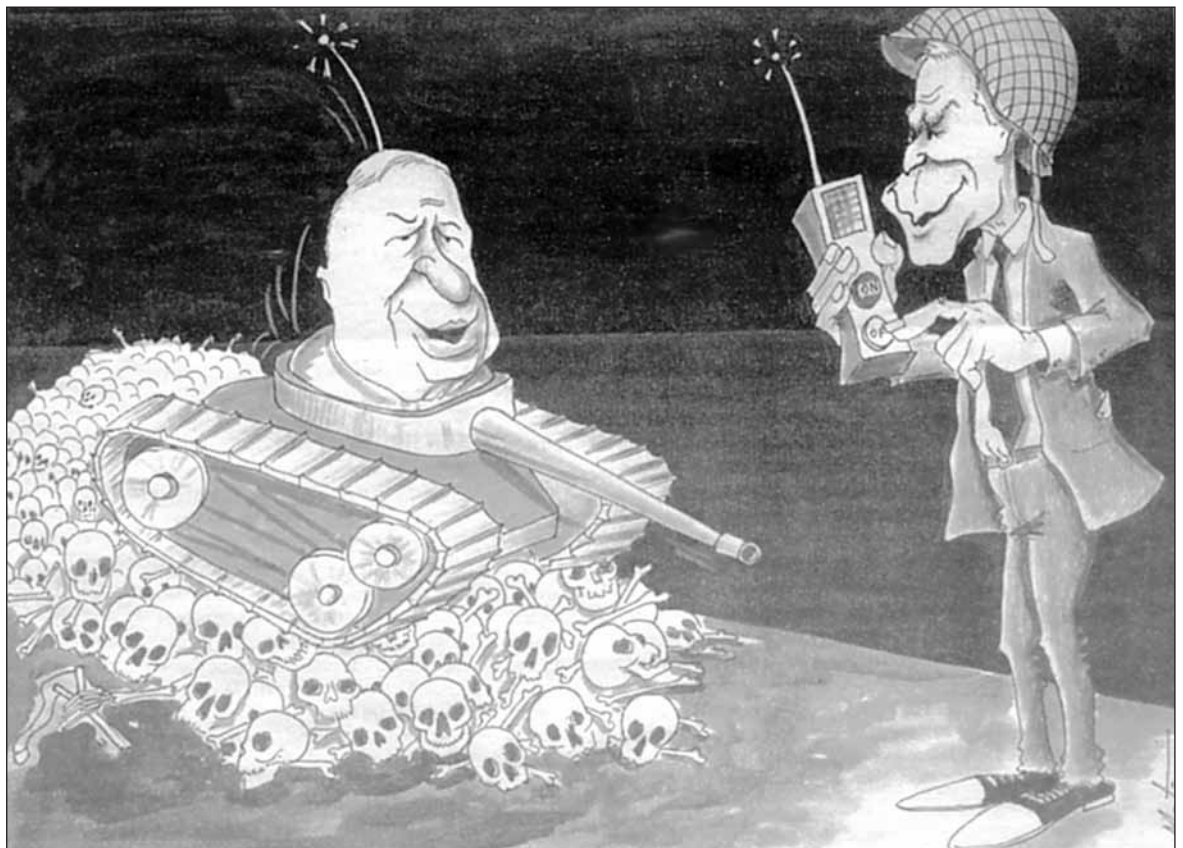
Beobachter sprechen ganz offen davon, daß die mörderischen Ereignisse in den besetzten Gebieten, die zwangsläufig Gegenreaktionen auslösen, darauf abzielen könnten, jede, auch die kleinste Annäherung in Richtung einer Lösung zu sabotieren.

An der Spitze der Armee Israels, das als regionale Supermacht fungiert, standen schon des öfteren Generalstabschefs, die sich durch Potenzierung rassistischer Animosität und Aggressivität auszeichneten. Man erinnere sich nur an den früheren Stabschef General Raffael Eytan, der zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister und heutigen Regierungschef Ariel Scharon im Jahre 1982 die massenmörderische Libanon-Invasion ausgekocht und durchgeführt hatte. Die Massaker in den Flüchtlingslagern Ein-el-Hilwe und Sabra-Schatila sind nur einige der Schandmale des seinerzeitigen Überfalls. Eine der typischen Aussagen Eytans lautete, die Palästinenser seien „Kakerlaken“, die in einer Flasche eingesperrt hysterisch herumzappeln und zertreten werden müßten.

Die aus historischer Sicht nicht aufrechtzuerhaltende Behauptung, jedes Volk habe die Regierung, die es verdiene, ist nicht nur dumm und unhaltbar, sondern auch arrogant. Dennoch kann man in bezug auf den neuen israelischen Generalstabschef feststellen, daß Scharon offensichtlich den Mann gefunden hat, den er braucht. Ja'alon betonte in dem erwähnten Interview, daß er der Armee ohne vorheriges Wissen Scharons keinen Befehl erteilt habe oder je geben werde.

Zweifellos stimmt die Politik der Eisernen Faust zur angeblichen Ausmerzung des „palästinensischen Terrors“, des „Krebsgeschwürs Palästina“, mit der Auffassung Scharons überein. Ist sein strategisches Ziel doch ein Groß-Israel, das vom Jordanfluß bis zur Mittelmeerküste reicht. Fremde „Eingeborene“ sollen dem „jüdischen Staat“ möglichst nicht einverleibt werden. In letzter Zeit begannen Kenner der Verhältnisse in Israel davon zu sprechen, Scharon nehme sich offenbar die im 19. Jahrhundert unter der trügerischen Losung „Land für Frieden“ erfolgte Eroberung des Westens der USA, bei der die wenigen überlebenden Indianer in Reservate eingepfercht wurden, zum Vorbild. Der rabiate neue Generalstabschef Israels paßt hierzu ebenso wie der hinter populistischen Floskeln sein wahres Gesicht verbergende Regierungschef Scharon. Hiesige Friedenskräfte betonen, diese Politik sei nicht nur gegen die Palästinenser gerichtet, sondern ziele ebenso gegen die ureigensten Interessen Israels und seines Volkes, der jüdischen wie der arabischen Bürger.

**Hans Lebrecht, Kibbutz Beit-Oren**



Ferngesteuert  
aus „Solidaire,  
Brüssel“

**Südasienspezialist Dr. Matin Baraki zu einer tickenden Atombombe**

## Der Kaschmir-Konflikt (2 und Schluß)

Die ökonomische und innenpolitische Krise in Pakistan veranlaßte das Militär am 27. Oktober 1958 unter der Führung von Feldmarschall Ayub Khan zum Putsch. Die Militarisierung von Pakistans Innen- und Außenpolitik und die Aufnahme Kaschmirs in die Indische Union verschärfte die Spannungen um die Kaschmir-Frage, die im September 1965 im zweiten indisch-pakistanischen Krieg kulminierten. In Taschkent vermittelte UdSSR-Ministerpräsident Alexej Kossygin zwischen den Konfliktparteien. Als Ergebnis schlossen der indische Ministerpräsident Lal Bahadur Shastri und Pakistans Präsident Ayub Khan einen Waffenstillstand und vereinbarten, auf eine gewaltsame Konfliktlösung zu verzichten. Auf der Grundlage der „Taschkent Declaration“ vom 10. Januar 1966 fand bald darauf in Rawalpindi eine Begegnung der Außenminister Indiens und Pakistans statt. Obwohl dieser Begegnung intensive diplomatische Aktivitäten folgten, konnte die Spannung zwischen beiden Ländern nicht gemindert werden. Stattdessen polemisierten die Kontrahenten gegeneinander und warfen sich gegenseitig vor, dafür verantwortlich zu sein, daß es nicht zur Lösung des Kaschmir-Konfliktes gekommen sei. Der Bau einer Straße mit Hilfe der VRChina im Jahre 1969, die Kaschmir mit Sinking verband und die strategische Lage dieses Raumes zu Ungunsten Indiens veränderte, sowie die Verhaftung einiger propakistanischer Politiker in Kaschmir verschärfte die Spannungen weiter. Durch die Entführung eines Flugzeugs der Indian Airlines Ende Januar 1971 durch separatistische Kaschmiri nach Lahore (Pakistan), wo die Maschine in die Luft gesprengt wurde und die Entführer Asyl erhielten, erreichten sie einen vorläufigen Höhepunkt. Anfang Dezember 1971 kam es zum dritten indisch-pakistanischen Krieg, der schon nach wenigen Tagen zur Niederlage Pakistans und zur Abtrennung Ostpakistans als unabhängiger Staat Bangladesch führte.

Diese Kriegsergebnisse verhinderten die zuvor vereinbarten weiteren Treffen auf höchster Ebene. Erst mit der Amtsübernahme Zulfikar Ali Bhuttos am 20. Dezember 1971 als neuer Ministerpräsident Pakistans kam es am 28. Juni zu einer Begegnung zwischen der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi und Z. A. Bhutto in Simla (Nordindien). Auch im am 2. Juli 1972 von I. Gandhi und Z. A. Bhutto unterzeichneten Abkommen von Simla verpflichteten sich beide Seiten, den Kaschmir-Konflikt auf friedlichem Weg lösen zu wollen. Kaum aus Simla zurückgekehrt, leitete Z. A. Bhutto das pakistanische Atomprogramm ein, wovon er sich einen Abschreckungseffekt gegenüber Indien erhoffte. Es dauerte jedoch nur zwei Jahre, bis Indien nachzog und 1974 einen atomaren Sprengsatz zündete. Nun wissen wir es definitiv: Beide Länder haben im Mai 1998 insgesamt elf unterirdische Atomtests durchgeführt.

Die Lage um Kaschmir und seine Anrainerstaaten wird noch dadurch kompliziert, daß die VR China als dritte Atommacht im Ergebnis eines 1959 geführten Krieges gegen Indien den nordöstlichen Teil Jammus und Kaschmirs besetzte. (Hier ist nicht der Grenzkrieg von 1962 gemeint, der für Indien weitere Gebietsverluste mit sich brachte.)

Während die indischen Regierungen sich an die Vereinbarungen von Taschkent und Simla hielten, provozierte die pakistanische Führung Indien u. a. mit der Forderung nach

Durchführung eines Plebiszits, um den Kaschmir-Konflikt stets am Kochen zu halten. Denn obwohl es zynisch klingen mag, es war und ist der alles andere überlagernde Konflikt mit Indien, der Pakistan und seine divergierenden politischen und ideologischen Kräfte zusammengehalten hat. Abgesehen davon, daß Pakistan zu keinerlei Forderungen an Indien legitimiert und durch den Beitritt Kaschmirs zur Indischen Union ein Plebiszit überflüssig geworden ist, haben indische Regierungen stets betont, daß sie bereit wären, eine Volksbefragung durchzuführen, wenn Pakistan sein Militär aus Kaschmir abziehen würde. Immer wieder ist es in den Bergen von Kaschmir zwischen Indien und Pakistan zu verlustreichen Grenzkonflikten gekommen. Es muß betont werden, daß Indien allein in den letzten zehn Jahren des mehr Soldaten verloren hat als in den drei offenen Kriegen mit dem Nachbarland. Nach Angaben seiner Regierung sind von 1988 bis 1995 insgesamt 12 801 Menschen ums Leben gekommen.

Seit 1990 wird um Kaschmir wieder gekämpft. Im Februar 1992 begann von Muzaffarabad aus, der Hauptstadt des von Pakistan besetzten Teiles von Kaschmir, ein „Marsch der Selbstmörder“. Da sich auf beiden Seiten der Grenze die Militärs in höchster Alarmbereitschaft befanden, mußte diese Provokation aufgegeben werden. Es wurde bekannt, daß die Separatisten in Muzaffarabad, wo sich mehr als zehn Trainingslager befinden, von Pakistan ausgebildet und bewaffnet werden. Diese Aktion wurde von der indischen Regierung als „Staatsterrorismus“ bezeichnet; sie beschuldigte Pakistan, in Kaschmir einen Stellvertreterkrieg zu führen.

Unmittelbar nach ihrer Vereidigung im Oktober 1993 zur Ministerpräsidentin erhielt Benazir Bhutto eine Einladung ihres indischen Kollegen P. V. Narasimha Rao zu einem möglichst baldigen Gespräch. Von der Amtsübernahme durch B. Bhutto war eine flexiblere Außenpolitik Pakistans erwartet worden, die für die Beziehungen der beiden Nachbarländer positive Signale hätte setzen können. Im Januar 1994 nahmen Indien und Pakistan nach einer einjährigen Pause in Islamabad ihre Gespräche wieder auf. Ein Kompromiß wurde nicht erzielt. Im Gegenteil, die pakistanische Regierung unter B. Bhutto verstärkte ihre Kampagne gegen Indien.

Im Mai 1995 berichtete die internationale Presse über fünf größere Ausbildungslager in Pakistan, wo Islamisten aus Afghanistan, den arabischen Ländern und Mittelasien für den Dschihad (Heiligen Krieg) im indischen Kaschmir ausgebildet, ausgerüstet und abkommandiert werden. „Alle Welt weiß inzwischen, daß Pakistan den muslimischen Aufständischen im indischen Teil Kaschmirs nicht nur moralische, wie es immer wieder beteuert, sondern auch militärische Hilfe leistet“, stellte ein FAZ-Asien-Experte fest. „Für die Politiker [und Militärs] in Islamabad gehört Kaschmir den Muslimen und damit zu Pakistan.“ Dieser Alleinvertretungsanspruch, den die pakistanischen Regierungen nie aufgegeben haben und den Indien bei 98,63 Mio. eigenen Muslimen nicht akzeptieren kann, ist die ewige Flamme, die die pakistanische Seite ständig anfacht.

Als in Kaschmir Anfang Oktober 1996 eine neue Regierungskoalition ihre Arbeit aufnahm, kündigte sie an, für Frieden und Normalität sorgen zu wollen. Nach dem überwältigenden Wahlsieg der Nationalkonferenz

(NC) – sie errang 58 von 87 Parlamentssitzen – keimte erneut Hoffnung für friedliche Verhältnisse in Kaschmir auf. Dieser Optimismus basierte darauf, daß die NC und ihr langjähriger Führer Dr. Farooq Abdullah, zuvor zweimal Chefminister des Bundesstaates Kaschmir, nicht unter dem Einfluß der Islamisten standen. Die indische Regierung versprach ein „maximales Maß an Autonomie“. Angestrebt wurden eine ausgewogene Entwicklung der drei Regionen Jammu, Kaschmir und Ladakh sowie die Rückkehr der etwa 300 000 aus dem Kaschmiral vertriebenen Hindus. Diese Linie entsprach genau der Vorstellung der Bevölkerung Kaschmirs, die seit langem auf den ersehnten Frieden wartete. Nach Meinung von Dr. F. Abdullah ist aber die Durchführung sozialer und politischer Maßnahmen ohne Sicherheit nicht möglich – ein Hinweis auf die Islamisten, die Kaschmir mit Gewalt Pakistan angliedern oder seine Unabhängigkeit erzwingen wollen.

Im März 1997 kam es zu erneuten Verhandlungen zwischen Indien und Pakistan. Der indische Außenminister Kumar Gujral erklärte, daß sein Land die Gespräche ohne jede Vorbedingung aufnehmen würde. Der neu gewählte Premierminister Pakistans, Nawaz Sharif, sah voraus, daß seinem Land, das am Rande der internationalen Zahlungsunfähigkeit stand, eine „blutige Revolution“ bevorstehen könnte, wenn er nicht in der Lage sein sollte, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Ihr Kernstück bildet der Kaschmir-Konflikt, der mit riesigen Militärausgaben den Haushalt des Landes überstrapaziert. Politische Beobachter bewerteten die neu entstandene Situation als gute Ausgangsbasis und verfolgten die bevorstehenden Gespräche mit Optimismus. Die Militaristen Pakistan, die seit jeher den Ton angeben, meldeten sich aber sofort zu Wort: „Es kann keine Normalisierung des Verhältnisses mit Indien geben, wenn die Kaschmir-Frage nicht gelöst wird. Sie muß den zentralen Punkt eines jeden Gespräches mit Indien bilden“, so der ehemalige pakistanische Generalstabschef Aslam Beg.

Im Ergebnis all dessen nahmen die Auseinandersetzungen um Kaschmir seit April 1997 und in den folgenden Jahren weiter an Heftigkeit zu. Pakistans Ministerpräsident Nawaz Sharif drohte unverhohlen, „bei einer Ausweitung des Konfliktes alle ihm zur Verfügung stehenden Waffen einsetzen“ zu wollen. Eine bewaffnete Auseinandersetzung könnte nach Einschätzung von Robin L. Raphel, Leiterin der Südasiensabteilung im US-Außenministerium bis Sommer 1997, von einem „regionalen Konflikt zum Krieg mit nuklearen Waffen eskalieren, mit verheerenden Konsequenzen für die Region und darüber hinaus“. Experten und Beobachter der Verhältnisse gehen ausnahmslos davon aus, daß die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan jederzeit besteht. Die wieder mehr propakistanisch akzentuierte Außenpolitik der Bush-Administration könnte das pakistanische Militär ermutigen, den Kaschmir-Konflikt erneut eskalieren zu lassen. Die Suche nach einer politischen Lösung wird deshalb immer dringlicher! Der indische Ministerpräsident Atal Bihari Vajpayee hat den pakistanischen Militärmachtinhaber und jetzigen Präsidenten Pervez Musharraf am 24. 5. 2001 zu Friedensgesprächen eingeladen, wobei es in erster Linie um eine Lösung des Kaschmir-Konfliktes gehen soll.

## In der PVAP wuchsen die Führer des bürgerlichen Polens heran

# Wie links ist Warschau „linke“ Troika?

Polens regierende und die Präsidentschaft der Republik innehabende Sozialdemokraten, deren Führung fest zu NATO und EU steht und sogar den Papst in vergoldetem Licht sieht, werden hierzulande allgemein als Linke bezeichnet. Das trifft in gewisser Weise zu, wenn man davon ausgeht, daß es in Polen einerseits äußerst einflußreiche, vor allem mit dem Klerus verbundene rechte und extrem reaktionäre Kräfte gibt, andererseits eine objektiv dringend benötigte kommunistische Bewegung derzeit im Lande fast nicht existiert. Aber die Führer der polnischen Linken sind – im marxistischen Sinne – ebensowenig echte Sozialisten wie die für den jüngsten Abstieg ihrer Partei verantwortlichen Spitzenfunktionäre der PDS. Viele von ihnen gehören zum Heer der Wendehälse. Auf andere trifft der Vorwurf des Renegatentums deshalb nicht zu, weil sie schon immer antisowjetische und antikommunistische Reformisten gewesen sind. Heute will ich den Lesern Warschau „linke“ Troika – den Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski, den Ministerpräsidenten Leszek Miller und den Königsmacher und Chefideologen Mieczyslaw Rakowski vorstellen. Sie alle waren Funktionsträger Volkspolens bzw. der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), wurden also bereits zu sozialistischen Zeiten, die in Polen schon lange nicht mehr so richtig sozialistisch waren, als Kader für die bürgerliche Gesellschaft und deren Staat herangebildet. Doch sehen Sie selbst. Beginnen wir mit Aleksander Kwasniewski. Er wurde 1954 geboren und studierte nach dem Gymnasium Verkehrswirtschaft. Im Unterschied zu den meisten Studenten Volkspolens war er gesellschaftlich sehr aktiv. Nach erfolgreicher Arbeit in Spitzenfunktionen des sozialistischen Studentenverbandes SZSP wurde er Chefredakteur der Jugendwochenschrift „itd.“, bevor er 1981 die Leitung der Tageszeitung „Sztandar Młodych“ (vergleichbar mit der „Jungen Welt“ früherer Jahre) übernahm. 1985 wurde er Jugendminister in der Regierung von Zbigniew Messner, 1987 Vorsitzender der Polnischen Jugend- und Sportkommission. Dieses Amt behielt er bis 1990. 1988 bis 1989 Minister ohne Geschäftsbereich und Mitglied des Regierungspräsidiums unter Premier Mieczyslaw Rakowski, stand Kwasniewski zugleich an der Spitze des Nationalen Olympischen Komitees. Zu den wichtigsten Befürwortern einer „Politik der Verständigung mit der Opposition“ gehörend, setzte er sich für die Wiederzulassung der „Solidarnosc“ und ihrer „Mitwirkung im gesellschaftlichen Leben Polens“ ein. Daher nahm er im Frühjahr 1989 an den Gesprächen des „Runden Tisches“ teil. Interessant ist, daß Kwasniewski als Spitzenmann Volkspolens niemals Funktionen in der PVAP bekleidete. Er war ein

politisches Ziehkind von Rakowski, der in den 80er Jahren hohe Ämter in der polnischen Partei- und Staatsführung ausübte, obwohl (oder weil) er für seine revisionistischen und reformistischen Auffassungen bekannt war. Er pflegte enge Kontakte zur SPD. In seinen Erinnerungen „Jak to sie stalo“ („Wie es geschah“, Warszawa 1991) schrieb er über Kwasniewski: „Er war mein Favorit seit einigen Jahren ... Vorbote der kommenden Generation.“

Nach der Selbstauflösung der PVAP wurde Kwasniewski im Januar 1990 als Vorsitzender des Obersten Rates der Nachfolgepartei „Sozialdemokratie der Republik Polen“ (SdRP) gewählt. Als Parteiführer und Sejm-Abgeordneter hatte er dann wesentlichen Anteil am Wahlsieg der Linken im September 1993. Zwei Jahre später kandidierte er zur Präsidentenwahl und konnte auf Anhieb mit 35,1 % den ersten Platz einnehmen und den Vertreter der Rechten Lech Walesa hinter sich lassen. Bei der Stichwahl errang er 51,7 %. Als Staatspräsident legte er – der polnischen bürgerlichen Tradition folgend – sämtliche Ämter nieder und ließ auch seine Parteimitgliedschaft ruhen. Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 sicherte er sich schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit (53,9 %). Die Symbolgestalt der polnischen Konterrevolution, Walesa, kam hier nur auf 1,5 %, der Führer der vereinigten Rechten, Marian Krzaklewski, erzielte 15,6 %.

Wenden wir uns nun Leszek Miller zu. Jahrgang 1946, war er nach der Absolvierung der Grund- und Berufsschule von 1963 bis 1970 als Arbeiter in einer Textilfabrik tätig. Wie Kwasniewski wurde er mit 23 Jahren in die PVAP aufgenommen. Bald schlug er die politische Laufbahn ein. Zuerst im Jugendverband, dann im Parteiapparat. Nach dreijährigem Studium an der Hochschule für Gesellschaftswissenschaften arbeitete er im ZK der PVAP, zuletzt als Abteilungsleiter für Jugend, Kultur, Sport und Touristik. Von 1982 bis 1989 war er 1. Sekretär des PVAP-Wojewodschaftskomitees (Bezirksleitung) von Skierniewice. 1988 ZK-Mitglied geworden, wurde er wenig später Sekretär des Zentralkomitees, bald darauf Mitglied des Politbüros der PVAP.

Miller gehörte ebenfalls zu den eifrigsten Befürwortern der Wiederzulassung der konterrevolutionären „Solidarnosc“, die durch das Kriegsrecht 1981 in die Defensive gedrängt und 1982 faktisch verboten worden war. Auch er beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung des „Runden Tisches“ von Regierungsparteien und antisozialistischen Gruppierungen.

Im Januar 1990 wurde Leszek Miller Generalsekretär der SdRP, auf deren II. Kongreß 1993 stellvertretender Parteivorsitzender. Nach dem Wahlsieg der polnischen „Linken“ im Herbst 1993 übte der Politiker bis 1997 hohe Staatsfunktionen aus. Zunächst war er Minister für Arbeit und Sozialpolitik, am Ende Innenminister. Nachdem die Rechten im September 1997 wieder ans Ruder gekommen waren, führte er die Opposition im Sejm an. Im Dezember d. J. wurde er zum Vorsitzenden der SDRP gewählt. Im Frühjahr 1999 verwandelte sich die polnische Linkunion (SLD) – ein Bündnis aus 27 Parteien und Organisationen unter Füh-

rung der polnischen Sozialdemokratie – in eine politische Partei. Als SLD-Spitzenkandidat wurde Leszek Miller nach dem zweiten Wahlsieg der „Linken“ im September 2001 Ministerpräsident.

Bleibt noch der Dritte im Bunde – Mieczyslaw Rakowski. Werfen wir zum Abschluß einen Blick auf die Karriere des Mentors und ideologischen Ziehvaters der beiden zuerst dargestellten Politiker.

1926 in einer Bauernfamilie geboren, arbeitete Rakowski während des Krieges als Drehergehilfe im Eisenbahnausbesserungswerk Poznań. Am Tag der Befreiung der Stadt ging er freiwillig zur polnischen Volksarmee. 1946 schloß er sich der kommunistischen Polnischen Arbeiterpartei an, die sich im Dezember 1948 mit der Sozialistischen Partei zur PVAP vereinigte. Bis 1949 war Rakowski Politoffizier, anschließend arbeitete er im ZK der PVAP. Auch er besuchte das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK. 1957 promovierte er über das Thema „Die SPD in der Nachkriegszeit“. Von 1958 bis 1982 war er Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Polityka“. Viele Jahre gehörte er dem Sejm an. Zunächst Kandidat des ZK und dann Mitglied, rückte er 1987 ins Politbüro der PVAP auf. Unter General Jaruzelski war er stellvertretender Ministerpräsident. Von September 1988 bis August 1989 leitete er die letzte Regierung Volkspolens. Noch im Juli 1989 wurde er – ebenfalls zum letzten – 1. Sekretär der PVAP gewählt. Er forcierte die Selbstauflösung der Partei und trat bei Gründung der Nachfolgeorganisation von allen politischen Ämtern zurück. Seither ist der Autor zahlreicher Bücher Chefredakteur der Monatszeitschrift „Dzis.Przegląd Społeczny“.

Politisch stand und steht Rakowski auf reformistischen Positionen. Kommunist ist er eigentlich nie gewesen, sondern bestenfalls linker Sozialdemokrat. Im erwähnten „Jak to sie stalo“ schrieb er hierzu nicht ohne Stolz: „Über fast drei Jahrzehnte blieb ich in Konflikt mit den Hütern des heiligen Feuers des Marxismus-Leninismus im Lande und außerhalb seiner Grenzen.“

Obwohl die politisch-ideologische Erziehung in der PVAP sehr schwach entwickelt war und nach 1956 revisionistisches Gedankengut mehr oder weniger toleriert wurde, war Rakowski mehrfach heftiger Kritik der Parteilinken ausgesetzt. Er verstand es allerdings immer wieder, sich solchen Attacken geschickt zu entziehen, wozu er seine hervorragenden Kontakte im In- und Ausland nutzte. Während er als enger Mitarbeiter General Jaruzelskis 1980/81 dazu beigetragen hatte, die Konterrevolution zeitweilig zurückzudrängen, machte er sie einige Jahre später als Ministerpräsident selbst hoffähig. Als Rakowski an der Spitze der Regierung stand, begann man in Polen mit der Einführung bürgerlicher „Reformen“. Der Premier und Parteiführer versuchte, die Solidarnosc in das Machtsystem Volkspolens „einzubinden“. Dadurch verloren die PVAP und die Volksmacht nicht nur an Ansehen in der Bevölkerung, sondern machten sich in den Augen der meisten Polen am Ende überflüssig. Das konzeptionslose Kokettieren mit der Konterrevolution endete mit dem Sieg der kapitalistischen Restauration. **Stefan Warynski, Warschau**

Am 11. September 2002 ist unsere langjährige Leserin, die treue Genossin

### Erika Bach

aus Berlin, im 81. Lebensjahr verstorben. Sie war dem „RotFuchs“ besonders eng verbunden und hat viel für seine Förderung getan. Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

## Oktober-Filme

Lenin, aufgeschlossen für alle technischen Neuerungen, die die Sache des Sozialismus weiterbringen könnten, nannte den Film die wichtigste aller Künste. Seine Besonderheiten seien Allgemeinverständlichkeit, Anschaulichkeit, Konkretheit; er habe die Fähigkeit, unterhaltend zu bilden, Geschehenes und Gesehenes nacherlebbar zu machen. Diese Möglichkeiten des Films waren ein Hauptgrund dafür, daß nach der Oktoberrevolution die Filmkunst als eines der wichtigsten Agitationsmittel aufgegriffen und in großartiger Weise weiterentwickelt wurde. Sowjetische Filme wurden bald auf der ganzen Welt geschätzt, und es wurde gefragt, wie es denn käme, daß der russische Film künstlerisch plötzlich an erster Stelle in der Welt stehe. Stellvertretend seien Filme wie Eisensteins „Panzerkreuzer Potemkin“ und Pudowkins „Sturm über Asien“ genannt. Da es eine Reihe hervorragender Filme aus der Zeit der Oktoberrevolution und des Aufbaus der Sowjetunion gibt (einige davon auch in Videoaufzeichnungen) und außerdem der Film für uns gerade heute in dieser vom Bild geprägten und aufs Visuelle orientierten Welt ein wichtiges, unersetzliches Medium ist, sollten wir uns dieses Schatzes soweit möglich immer wieder bedienen.

Die ersten Arbeiten, die durch die junge Sowjetmacht initiiert wurden, waren Wochenschauen, sozialistische Filmchroniken, die von Kameraleuten des vorrevolutionären Dokumentarfilms gedreht wurden. Diese Filme erschienen unter dem Titel „Filmwoche“ regelmäßig ab dem 1. Juli 1918. Man konzentrierte sich auf die Filmchronik, weil mit ihr die wichtigsten gesellschaftlichen Ereignisse festgehalten und dem Zuschauer vermittelt werden konnten. Dabei ist nicht zu vergessen, daß gerade in einem Land wie Rußland, wo der Analphabetismus noch nicht überwunden war, der Film eine entscheidende Informationsmöglichkeit bot – auch der Stummfilm. In diesen Jahren, in denen auf allen Gebieten der Kunst mit einfacher, massenwirksamer Agitation gearbeitet wurde, erschienen sogenannte Filmflugblätter, Lehrfilme über die Produktion und kleine agitatorische Spielfilme; bald versuchte man aber auch die Produktion längerer Spielfilme mit revolutionären Inhalten. Bedeutendstes Werk dieser Anfangsjahre ist der zweiteilige Abenteuerfilm „Die roten Teufelchen“, eine Produktion des Filmsektors des georgischen Volkskommissariats für Bildungswesen.

Der 1923 von Iwan Perestiani nach einer Erzählung von Pawel Bljachin gedrehte Film spielt im Bürgerkrieg und schildert die Abenteuer dreier junger Helden vor dem Hintergrund der Kämpfe gegen die Machno-Banden. „Es war der erste sowjetische Film, in dem sich Lebenswahrheit, Unterhaltsamkeit, Spannung und revolutionäre Leidenschaft organisch vereinigten.“ (A. Groschew) Zu den wichtigsten Spielfilmen der 20er Jahre zählen „Streik“ und „Panzerkreuzer Potemkin“ (Eisenstein), „Die Mutter“ (Pudowkin), „Oktober“ (Eisenstein) und „Arsenal“ (Dowshenko).

Der dokumentarische Film blieb weiterhin ein wesentliches Element der sowjetischen Filmkunst. Davon zeugen vor allem die von Dsiga Wertow montierten „Monatszeitschriften für die Leinwand“ („Kinoprawda“). Berühmt geworden ist vor allem die eher als publizistische Filmskizze denn als Wochenschau zu fassende „Leninsche Kinoprawda“ (1924/25). Im ersten Teil erlebt der Zuschauer die Arbeit Lenins in den ersten Revolutionsjahren; der zweite Teil berichtet von Lenins Tod, die Trauer darüber und die Beisetzungsfestlichkeiten; der dritte Teil steht unter dem Motto „Lenin ist tot, aber sein Werk lebt“. In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Film zu nennen, in dem Wertow das Lenin-Thema wieder aufnahm: der 1954 entstandene Tonfilm „Drei Lieder über Lenin“. Wertow entdeckte neue Filmdokumente, verwendete Reden und Volkslieder, schilderte in Reportagen über die Stoßarbeiterin oder den Kolchosvorsitzenden die Wirkung und Bedeutung Lenins.

Filme, die direkt die revolutionären Ereignisse des Oktober darstellen, sind vor allem „Oktober“ von Sergej Eisenstein und „Das Ende von St. Petersburg“ von Wsewolod Pudowkin, beide etwa zehn Jahre nach der Revolution entstanden. Im Film „Oktober“ schildert Eisenstein die Entwicklung in Petersburg von der Februarrevolution bis zum Sturm auf das Winterpalais, bis zur Oktoberrevolution; er deckt die Mächenschaften der Kerenski-Regierung auf und bezieht die Lage an der Front mit ein. Einige Szenen aus „Oktober“, z. B. die Stürmung des Winterpalais mit dem Einbau dokumentarischer Filmaufnahmen, gehören zu den berühmtesten Passagen der Filmgeschichte. Michail Romm, der später mit seinem Film über den „gewöhnlichen Faschismus“ hervorgetreten ist, stellte zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution 1937 den Film „Lenin im Oktober“ her. (Fortsetzung: „Lenin 1918“) Der Film hat zwei

Handlungslinien: Einmal die Darstellung der Arbeit Lenins in der Illegalität vor der Oktoberrevolution, zum anderen die Bilder des Kampfes der revolutionären Massen gegen die provisorische Regierung und die Vorbereitung des Oktoberaufstandes. Ebenso von Michail Romm ist der Film „Der lebendige Lenin“ – hier sind alle von Lenin in den ersten Jahren nach der Revolution entstandenen Aufnahmen zusammengestellt.

An weiteren Filmen mit mehr oder weniger direktem Bezug zur Oktoberrevolution seien hier nur genannt: „SWD – Der Bund der großen Tat“ (G. Kosinzew, 1927), „Die Vorstadt“ (B. Barnet, 1933), „Tschapajew“ (G. u. S. Wassiljew nach dem Roman D. Furmanows, 1934), „Maxims Jugend“, „Maxims Rückkehr“ und „Die Wyborger Seite“ (G. Kosinzew und L. Trauberg, 1935 bis 1938), „Der Deputierte des Baltikums“ (A. Sarchi, 1936), „Wir aus Kronstadt“ (E. Dsigan, 1936), „Die letzte Nacht“ (J. Raiman, 1937), „Der Mann mit dem Gewehr“ (Sergej Jutkewitsch, 1938), „Mitglied der Regierung“ (Sarchi/Chefiz, 1939), „Stschors“ (A. Dowshenko, 1939), „Kotowski“ (A. Fainzimmer, 1942), „Die junge Garde“ (A. Gerassimow nach A. Fadejew, 1948), „Der letzte Schuß“ (G. Tschuchraj, 1956), der großartige Dokumentarfilm „Das russische Wunder“ (Andrew und Annelie Thorndike, DEFA 1963), „Parole unnötig“ (I. Grigorjew, 1967), „Die Flucht“ (Alow/Naumow, 1969), „Botschafter der Sowjetunion“ (G. Natanson über Alexandra Kollontai, 1969), „Wladiwostok 1918“ (P. Demidow, 1982), „Die Erste Reiterarmee“ (W. Ljubomudrow, 1984).

### Buchtips:

- ... wichtigste aller Künste. Lenin über den Film. Dokumente und Materialien. Henschelverlag, Berlin 1970
- Der russische Revolutionsfilm. Eine Bildchronik von Boris Lawrenjew. Texte von Eisenstein, Pudowkin, Majakowski u. a. Sanssouci-Verlag, Zürich 1960
- Sergej Eisenstein: Über mich und meine Filme. Henschelverlag, Berlin 1975
- Revolutionärer Film in Deutschland (1918-1933). Stattkino Berlin 1996
- Sowjetischer Film in Deutschland 1922 bis 1932. Eine Dokumentation. Filmwissenschaftliche Mitteilungen 3/67
- Der sowjetische Film. 2 Bände. Henschelverlag, Berlin 1974
- J. Schwalm/P. Wetterau: Politische Arbeit mit Film. Ein Handbuch der praktischen Filmarbeit. Damnitz-Verlag, München 1976

W. M.



## Leserbriefe an **RotFuchs**

Bei uns gibt es wie immer viel zu tun. Unlängst fand das Fest des Kommunistischen Jugendverbandes KNE und seines Presseorgans „ODIGITIS“ in allen großen Städten Griechenlands statt. Am 21. September endete das Zentralfestival in Athen mit einer Rede der Generalsekretärin des ZK der KPG Aléka Paríga.

Die Eröffnung der Internationalen Ausstellung von Thessaloniki und vor allem der „herzliche Empfang“, der dem Ministerpräsidenten und seinem Stab von den Demonstranten der linken Arbeiterfront P.A.M.E., Bauernverbänden, Friedenskomitees, Studentenorganisationen, Vereinigungen der Gymnasiasten und Oberschüler, den Bündeln der Lehrer und Professoren aller Stufen, den Zusammenschlüssen kleiner und mittlerer Unternehmer, den Arbeitslosenverbänden usw. bereitet wurde, waren unvergeßlich. Das ganze Volk demonstrierte vor den Toren der Internationalen Ausstellung gegen die Arbeitslosigkeit, den Sozialabbau, die Vernichtung der Sozialversicherung, die Abschaffung der Sozialfürsorge und der Rentenversicherung, für kostenlose staatliche Erziehung in allen Altersstufen, für bessere Agrarpreise, gegen Produktionsbegrenzungen bei Baumwolle, Tabak, Oliven, Wein, Orangen usw., gegen die hohe Teuerungsrate bei nur geringfügiger Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten und nicht zuletzt gegen die Beteiligung am Krieg in Afghanistan und den geplanten Angriff auf Irak. Die Demonstration richtete sich auch gegen das Anti-Terrorgesetz, das nur den staatlichen Terror legalisiert. Bei uns in Griechenland ist die breite Volksfront, die wir schaffen wollen, im Entstehen. **Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki**

Am 31. 8. 2002 empfingen der 1. Sekretär des Stadtpartei-Komitees Kiew der KP der Ukraine, M. K. Rodionow, und der 2. Sekretär, S. A. Mozekanow, meinen Leipziger Genossen Eberhard Kornagel und mich zu einem Erfahrungsaustausch. Die ukrainischen Kommunisten gaben uns wertvolle Anregungen für den außerparlamentarischen Kampf. Mit Freude nahmen sie den „RotFuchs“ vom August 2002 entgegen. Aufmerksam registrierten sie seine inhaltliche Vielfalt. Mit Hilfe eines Leipziger Genossen werden wir den monatlichen Versand der Zeitung an die ukrainischen Kommunisten finanzieren. Auch das ist ein Stück praktische Umsetzung der über dem „RotFuchs“-Titel stehenden Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“.

**Karl-Heinz Reinhardt**  
Vorsitzender der DKP Leipzig

Mit dem Abdruck des Beitrags „Wie ich Ludwig Renn erlebte“ im RF 56 habt Ihr uns eine große Freude bereitet – besten Dank. Das wird auch Gerhard Hoffmann in Wien gern lesen, obwohl er immer wieder betonte, keine Heldenverehrung zu wollen; das aber ist sie nicht! Das ist einfach eine wahre Geschichte, die etwas „rüberbringt. Ich schreibe das auch im Namen meines Stellvertreters Alfred Möbius, dessen Vater gleichen Namens in Spanien im Thälmann-Bataillon war und später als Partisan in Griechenland kämpfte.

Dr. Heinz Senenko, Sebnitz, im Namen der Internationalen Gruppe „Spurensucher“  
Ich finde es sehr schade, daß der „Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus“ schon

zu Ende ist. Viele kennen Lenins Werke nur bruchstückhaft, aber für unsere Zeit werden sie und ihre Auslegung immer wichtiger. Natürlich gilt das auch für Marx und Engels. Wäre es nicht möglich, jemanden zu finden, der dies weiterführt? (...)

Sehr bewegt hat mich auch die Programmdebatte. Eine Zeitung, sollte sie auch die beste Theorie vertreten (was leider nur selten der Fall ist), könnte die Zeit ohne Organisation nicht überdauern. Zumal der praktische Kampf und nicht das Papiertigertum einer Theorie erst Tiefe und Reife gibt. Um so mehr freue ich mich, daß Ihr im Begriff seid, bei Lenin zu landen ... Ihr seid da (leider!) eine prächtige Ausnahme. Deshalb muß man Euch Achtung entgegenbringen. Eure Arbeit zählt mehr als die aller Wahlstimmentangenen und Theoretisierer auf der Linken, die mit der Zeit weggeschwemmt werden.

**Stefan Schultz, Berlin**

Der „RotFuchs“ ist nach wie vor eine unverzichtbare Lektüre, die von Ausgabe zu Ausgabe immer mit großer Spannung erwartet wird. In Anbetracht der Tatsache, daß sich das ND als „sozialistische“ Tageszeitung sehr gewandelt hat, ist der „RotFuchs“ eine echte Alternative geworden.

Die hausgemachte Wahlniederlage der PDS war ein vorhersehbares Ereignis. Als den Gipfel empfand ich die Anbiederei von Gysi und Brie an Lafontaine. Über dieses Thema könnte man einen Krimi schreiben.

P. S.: Anbei eine Briefmarkenspende von mir und einem Mitleser. **Sepp Trupp, Havelberg**

Mit Bauchschmerzen und Zahnweh wählen wir diesmal die PDS, statt unsere Stimmzettel ungültig zu machen. Die Gründe unserer Bedenken brauchen wir Euch wohl nicht zu schildern. Damit wenden wir uns gegen die Gefahr Stoiber und den damit verbundenen weiteren Rechtsruck. Wir hoffen, daß die PDS nicht aus dem Parlament fliegt ... Trotz allem, z. B. trotz des Anpassers und Speichelleckers Claus. Uns in NRW fällt die Entscheidung dadurch leichter, daß Ulla Jelpke hier zur Wahl steht.

**Rosl und Hans-Dieter Hesse**  
Recklinghausen

Die Aktion der drei PDS-Abgeordneten gegen die Kriegstreiber (wohlgemerkt: Bush und Schröder) war begeisternd und wirklich einer Würdigung im „RotFuchs“ wert. Nur warum gerade jetzt? Es ist wohl nicht zu kühn spekuliert, daß diese Würdigung im September zögernde Linke für die PDS an die Wahlurnen treiben soll. (...)

Die Präsenz von Ulla Jelpke und Genossen ist schon ein Wert an sich, aber nur zu haben mit Stimmen für die PDS als ganze. Die Aktion damals hat den Medienboykott wirksam durchbrochen, aber auch verdeutlicht, wer für die PDS als Partei spricht: ein Claus mit seiner widerlich schleimigen, kriecherischen Entschuldigung bei dem Aggressor Bush. Dafür linke Stimmen?

Nun kann man natürlich argumentieren: Lieber Jelpke und Claus als beide nicht. (...) Aber was ist, wenn die PDS nach ihren stolz vorgegebenen 17 „Neins“ zum Krieg nach der Wahl über einige „So nicht“ und „Höchstens, wenn“ schließlich beim „Ja“ ankommt? Ich traue der PDS eine solche Entwicklung zu und gebe ihr deshalb meine Stimme nicht.

Andere mögen das anders sehen und anders entscheiden. Die Lösung des generellen Problems kann aber nur darin liegen, so rasch wie möglich für Linke eine Alternative zu entwickeln, bei der eine längere Mindest-Haltbarkeit garantiert werden kann.

**Fritz Dittmar, Hamburg**

Seit Monaten lese ich den „RotFuchs“. Mir gefällt die prinzipielle marxistisch-leninistische Position, von der die Entwicklung der DDR und ihre Errungenschaften dargestellt werden – etwas, was ja heutzutage ganz selten ist. Leider auch unter Linken oder Leuten, die sich dafür ausgeben. (...)

**Prof. Dr. sc. jur. Hans Weber**  
Potsdam-Babelsberg

Habe soeben eine Spendenüberweisung ausgefertigt. Ihr möchtet ich auf diesem Wege hinzufügen: Seit Jahren kann ich den „RotFuchs“ lesen. Hätte ich ihn nicht, würden mir viele wertvolle Informationen für die Realisierung meiner Verantwortung als Vorsitzender des Revolutionären Freundschaftsbundes e. V. (RFB) fehlen. Wie Ihr aus den übermittelten Mitgliederinformationen „DER ROTE AUFBAU“ seit längerer Zeit entnehmen konntet, verfolgen wir hinsichtlich der Sammlung und Zusammenführung von Sozialisten und Kommunisten mit marxistisch-leninistischer Orientierung gleiche Ziele. Es könnten Überlegungen gut sein, wie wir Zusammenarbeit und Informationsaustausch noch effektiver gestalten können.

Ich wünsche dem „RotFuchs“-Kollektiv alles Gute und weiterhin Erfolg.

**Gerd Hommel, Dresden**  
Vorsitzender des RFB

„Die Zeit vergeht, aber die Erinnerung bleibt“, schreibt Hans-Dieter Krüger (RF August 2002, „Ein Dorn im Auge“) Wie wahr! Man könnte noch hinzufügen, auch die unstrittigen, dokumentarisch belegten historischen Fakten bleiben. Die bürgerliche Presse unterschlägt sie gern oder stützt sie sich auf eine „zeitgeist“-gemäße Verzerrung. Dank für die Schnupper-Exemplare!

Ich möchte RF darauf hinweisen, daß der leidenschaftliche Publizist Walther Victor (1895-1971) schon 1943 im antifaschistischen (USA-)Exil die ungemein wichtige Weiterreichung von politisch brisanten Aussagen erkannt hatte. Er hat sie in „Ein Paket aus Amerika“ (1950, Weimar) und in „Mit Herzblut und Flederwisch“ (1965, Berlin, Vorwort von Albert Norden) in dem Kapitel „Die Spaltung Deutschlands betreffend“ für kommende Generationen festgehalten: Die Wahrheit über die Spalter Deutschlands.

**Werner Voigt, Kromsdorf**

Dafür, daß es ihn gibt und daß er uns immer erhalten bleibt, übermittle ich dem „RotFuchs“ eine Spende von 50 Euro. Bei dieser Gelegenheit möchte ich es nicht versäumen, dem gesamten Autorenkreis und dem RF-Chefredakteur, Gen. Dr. Klaus Steiniger, für die hervorragende politische Arbeit meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Der „RotFuchs“ hat sich als wirkliche Tribüne für alle standhaften Kommunisten und Sozialisten bewährt. Laßt Euch durch nichts beirren! Ich wünsche Euch immer eine glückliche Hand.

**Adolf Möller, Neubrandenburg**

Im sächsischen Antifa-Rundbrief Nr. 2/2002 las ich eine Meldung, die mich als gebürtigen Chemnitzer erzürnt und erschreckt: Der „Förderverein des früheren Staatsgymnasiums Chemnitz e. V.“, jetzt Gymnasium Hohe Straße, habe den Namen „Stefan Heym“ für die Schule auf dem Kaßberg abgelehnt, erfahre ich. Die PDS-Fraktion im Stadtrat hatte eine angemessene Würdigung des 1913 in Chemnitz geborenen Ehrenbürgers der Stadt beantragt. Heym war von 1923 bis 1931 Schüler des Gymnasiums. Der Förderverein lehnte die Namensgebung ab, weil Heym „unehrenhaft

aus der Einrichtung entlassen worden war“, nachdem er ein antimilitaristisches Gedicht verfaßt hatte. Ferner, so der Förderverein, sei er ein „unverbesserlicher Sozialist“ gewesen. Schülern unseres – ach so demokratischen – Staates wird also Antimilitarismus als unehrenhaft vermittelt! Wohin soll das führen?

**Bernd Fischer, Vorbeck**

Ich finde es richtig, daß Sie den Leserbrief von M. Bublitz im Juli-„RotFuchs“ veröffentlicht haben. Viele Zuschriften von ihm im ND zeugen von einem akzeptablen Standpunkt. Trotz richtiger Ansichten hat er aber auch einige falsche. Er schätzt die Möglichkeiten der DDR-Politik (subjektiv von den Menschen und objektiv von den Gegebenheiten her) falsch ein. Deshalb empfehle ich dem „RotFuchs“, Antifaschisten wie Bublitz freundschaftlich und kameradschaftlich zu helfen, die richtigen Perspektiven zu bekommen. Genossin Klabuhn, wir können es uns nicht leisten, Menschen wie Bublitz mit vielen richtigen und einigen sehr falschen Ansichten (über die DDR) zu verlieren.

Lieber M. Bublitz, kaufen Sie sich doch bitte (wenn möglich) das Buch des Nicht-Kommunisten Sebastian Haffner „Der Verrat“. Außerdem empfehle ich Ihnen, sich eingehend mit der Geschichte der Bundesrepublik (wie sie Nazis und Kommunisten behandelte und behandelt) zu beschäftigen. Solange ich den „RotFuchs“ lese hat er stets auch über „Mängel und Defizite“ der DDR geschrieben. Ich bin jedoch ganz offen der Meinung, daß die vielen Entschuldigungen der PDS gegenüber dem Kapitalismus völlig unangebracht sind.

**Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf**

Dieter Itzerott beklagt, daß „manche Genossen nicht über die DDR reden (können), ohne sofort einen Nachsatz zu Fehlern, Mängeln, Defiziten usw. anzuhängen“. Da stelle ich mal die Frage, wie man denn bitteschön über die DDR reden soll, ohne Fehler, Mängel und Defizite anzusprechen? Beides ist doch untrennbar miteinander verbunden, denn alles geschah eben, wie er ja selbst schreibt, unter konkreten historischen Bedingungen. Es ist ein Irrtum, die Gründe des Scheiterns des Sozialismus und der DDR fein säuberlich vom eigentlichen Wesen der DDR und ihrer Elite zu trennen. Denn all die Verfehlungen, dieser Dogmatismus und die große Unkenntnis der politischen Führung über das wirkliche Leben, über den realen wirtschaftlichen Zustand des Landes geschahen doch nicht im luftleeren Raum und können damit relativiert werden, daß der eigentliche Charakter des Staates DDR ein zutiefst humanistischer, friedfertiger und vor allem antifaschistischer war. Und meiner Meinung nach tut Genosse Itzerott das, wenn er nämlich den Standpunkt jener Menschen infrage stellt, die vorwiegend von „Entstellungen“ oder gar von „Verbrechen“ reden, „zugleich aber die historische Legitimation der DDR ...“ verschweigen. Sich am Sozialismus zu vergehen, war ein Verbrechen. Typen wie Mittag, Schabowski oder J. Herrmann gab es zu viele. Ergebnisse zu heucheln, wo Ehrlichkeit vonnöten gewesen wäre, war eine Entstellung. Die große Frage, die ich allzu gern beantwortet hätte, ist die, wie das alles geschehen konnte. Wie kam es denn so weit, daß man sich so von seinen eigentlichen Idealen entfernte? (...)

Bei aller Kritik, die ich am „RotFuchs“ habe, weiß ich dennoch zu schätzen, daß er uns die Möglichkeit gibt, Geschichte ehrlich aufzuarbeiten. Meinungsverschiedenheiten sollte man da auch aushalten. Ich möchte auch weiterhin an diesem Meinungsstreit teilnehmen. In diesem Sinne alles Gute und viel Glück

**Matthias Bublitz, Berlin**

(...) Unsere Menschen waren bis Anfang der 80er Jahre zum großen Teil dem Sozialismus gegenüber aufgeschlossen. Seitdem gab es immer mehr Bestrebungen zur Verkleinbürgerlichung. Haben die Verantwortlichen das wirklich nicht kommen sehen? Eine gesunde Partei kann manchen Bazillus ausschwitzen ...!

Heute wird von vielen die Meinung vertreten, daß nur die Intellektuellen den Sozialismus aufbauen könnten. Die Nichtachtung der Arbeiter ist leider auch in unseren Kreisen verbreitet. Bei medialen Chroniken zur Geschichte der DDR hat man den Eindruck, die Kunst sei wichtiger gewesen als die Arbeit von Millionen. (...)

Ich finde manche Leserpost idiotisch. Mit Trotz werden wir nichts erreichen! Höchsten – Trotz alledem! Das betrifft die Meinung, „nur“ die KPD öder ähnliches statt PDS zu wählen ... Natürlich ist die PDS keine sozialistische Partei mehr, aber das mit dem Spatzen in der Hand ..., das kennen Sie doch. (...)

**Peter Leder, Dresden**

Vielen Dank für die ersten drei mir übersandten Ausgaben des „RotFuchs“. Auch wenn ich noch nicht alle Beiträge lesen konnte, stelle ich doch viele übereinstimmende Ansichten und Positionen fest, so daß Ihr mich künftig zum festen Stamm der Leser zählen könnt.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Beitrag von Peter Franz (August-Ausgabe) unterstreiche ich jede Aussage zugunsten der DDR. Ich habe ihr 27 Jahre als Grenzer (Danke auch für die würdige Zeichnung von Arno Fleischer auf Seite 28 des Juli-Hefes!) und Volksarmist, danach als Mitarbeiter im Staatsapparat gedient, wovon ich keinen einzigen Tag missen möchte. Die Republik war nicht zuletzt auch deshalb mein Staat, weil in ihr jene bürgerlich-kapitalistischen Verbrecher und erbärmlichen SPD-Bonzen, die meinen Großeltern und Eltern vor 1945 viel Unrecht, Leid und Schaden zugefügt haben, entmachtet wurden.

Auch was den Beitrag von Bernhard Majorow zum sogenannten Hitler-Stalin-Pakt betrifft, vertrat ich schon seit langem die Meinung, daß die UdSSR völlig richtig und zu Recht so gehandelt hat. Also, ich bitte um die weitere Zusendung des RF, für die ich Euch monatlich eine entsprechende Spende überweisen werde. Außerdem habe ich in meinem Bekanntenkreis zwei gute Freunde, denen ich den RF sehr empfehlen werde. **Günter Freyer, Berlin**

Anlässlich der Bundestagswahlen standen mal wieder wir Arbeitslosen „im Mittelpunkt“. Seit 1986 befasste ich mich bundesweit mit der Arbeitslosenfrage und bin Mitglied im Koordinierungsausschuß Rheinland-Westfalen e. V. Was schon alles herhalten sollte, um die Arbeitslosenzahlen zu senken, kann ich gar nicht beschreiben. Immer kamen die Vorschläge aus den verschiedensten Richtungen ohne Einbeziehung der Arbeitslosen und ihrer Initiativen. Im sogenannten Sommerloch waren die Medien voll mit den neuen Vorschlägen der Hartz-Kommission. Da das Arbeitsamt außerstande ist, den Erwerbslosen einen vernünftigen Arbeitsplatz zu beschaffen, sollen viele einfach einen Job annehmen, auf den sie überhaupt nicht vorbereitet sind (u. a. in der Altenpflege oder im Krankenhaus).

Nun zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission: Manche Arbeitslosen haben 30 bis 35 Jahre lang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Jetzt sollen die von ihnen erworbenen Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe gesenkt werden. Alleinstehende Arbeitslose sollen bundesweit einen Job annehmen müssen.

Da ich zwar erwerbslos, aber nicht blöd und beschäftigungslos bin – ich kümmere mich um soziale und politische Angelegenheiten –, sehe ich in den Hartz-Vorschlägen keinerlei Fortschritt. Kommen sie zur Anwendung, gehen die Arbeitsloseninitiativen vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Denn viele Vorschläge der Kommission verstoßen eindeutig gegen die Artikel 12, 14 und 20 des Grundgesetzes. (...)

**Manfred Bohle, Düsseldorf**

In seinem Leserbrief (RF 56) setzt sich Roland Schnell mit einer vermeintlich „verklärten Sicht auf die DDR“ seitens der RF-Redaktion auseinander. Diese Einschätzung kann ich nicht teilen. Die zahlreichen differenzierten Artikel zu den verschiedensten Aspekten der DDR (Justiz, Ökonomie, Sicherheit, Alltag usw.) sprechen hier eine klare Sprache.

Als Begründung für die anpaßlerische Politik der PDS-Spitze führt Schnell an: „Die Fixiertheit auf das Mitwirken im Staatsapparat und am liebsten als Regierung ist ein Relikt der DDR und für Linke mit westlicher Sozialisation nicht nachvollziehbar. In der DDR gab es ja praktisch keine legale Opposition. (...) Infolgedessen sahen es die Mitglieder der PDS auch als völlig selbstverständlich an, sich um die Kontrolle der Macht des Staatsapparates zu kümmern.“

Diese Einschätzung finde ich, gelinde gesagt, verwegen. Als westdeutscher Kommunist, also als „Linker mit westlicher Sozialisation“ habe ich in den 70er Jahren mit Gewerkschaftern und linken Jusos (es war die hohe Zeit der „Stamokap“-Debatte) in Aktionseinheit gegen Sozialabbau und Rechtsentwicklung gekämpft. Viele meiner damaligen Bündnispartner sind heute als Landesminister, Staatssekretäre usw. in dem von ihnen einst verbal bekämpften bourgeoisen Staatsapparat angekommen. In den Achtzigern erlebte die in ihrer Struktur von Beginn an kleinbürgerliche Partei „Die Grünen“ mit pazifistischen und linksradikalen Lösungen einen Aufschwung. Wo deren Repräsentanten heute stehen, ist allseits bekannt. Nach der Logik von Roland Schnell müßte deren Werdegang (Karriere!) als „Relikt der DDR“ anzusehen sein, oder wie? (...)

**Heinz W. Hammer, Essen**

Im Artikel „Lockeres Geschütz“ wird die Bemerkung von Lothar Geisler, er sei „nicht wegen, sondern trotz der DDR“ einst in die DKP eingetreten, an den Pranger gestellt. Ich finde den Angriff gegen diese Bemerkung und ihren Urheber Lothar Geisler unangemessen.

Tatsache ist, daß der materielle Lebensstandard in der BRD in den 70er Jahren weitaus höher war als in der DDR. Tatsache ist, daß die Ausübung von bürgerlichen Freiheitsrechten in der BRD in einem weitaus größeren Umfang gegeben und gewährleistet war als in der DDR. Tatsache ist, daß die Städte der DDR in aller Regel optisch ein trauriges Bild boten. Wenn unter diesen Umständen ein junger Bürger der BRD in die DKP eintrat, weil er die DDR schlicht besser und schöner fand, dann war er nicht ganz von dieser Welt.

Der Schritt in die DKP war vielmehr in der Regel von dem Bewußtsein getragen, daß der Kapitalismus trotz seines schönen Scheins in der BRD eine menschenfeindliche Gesellschaftsordnung ist, die abgeschafft gehört, und daß in der DDR mit der Beseitigung der Kapitalistenklasse die Grundlagen für eine bessere Welt gelegt waren. Hinter solchen abstrakt-theoretischen Überlegungen verlor das auf der Erscheinungsebene unattraktive Bild, welches die DDR von sich bot und welches von den westdeutschen Medien stets noch weiter

herabgesetzt wurde, sein Gewicht und führte so zu einer großen Zahl von Parteieintritten. Auch bin ich daher der Meinung, daß man in den 70er Jahren ernsthaft nicht wegen, sondern nur trotz der DDR in die DKP eintreten konnte.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, stelle ich abschließend noch fest, daß die DKP zu keinem Zeitpunkt ihre Parteinahme für die DDR infrage gestellt hat, und daß sie dabei – jedenfalls in grundsätzlicher Hinsicht – immer auch die Zustimmung all der Genossinnen und Genossen hatte, die „trotz“ der DDR eingetreten waren. Diese Parteinahme halte ich auch heute für grundsätzlich richtig.

**RA Wilhelm Heinrich Rettler  
Lutherstadt Wittenberg**

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die von Ihnen übersandten „RotFuchs“-Exemplare gelesen. Die Artikel stimmen mit meinen politischen Grundauffassungen überein. Deshalb bin ich am ständigen Bezug der Zeitung interessiert und überweise auf Ihr Konto für Spenden und Beiträge 50 Euro. (...)

**Karl-Heinz Ziegenrucker, Erfurt**

(...) Ich erfreue mich an der Gestaltung des „RotFuchs“. Er könnte bald das „Neue Deutschland“ ersetzen, das sich fälschlicherweise rühmt, 1946 gegründet worden zu sein. Denn es ist in Form und Inhalt nicht das ND jener Zeit.

**Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Es gibt eben immer wieder Leute, die es nicht lassen können, die DDR auf allen möglichen und unmöglichen Gebieten im Nachhinein zu diffamieren. Diesmal geht es um Rita Kuczynski, die Ex-Schwiegertochter des namhaften DDR-Wirtschaftsexperten Jürgen Kuczynski, die sich dazu berufen fühlte. In einem Interview mit der „Leipziger Volkszeitung“ antwortete sie auf die Frage, warum bei vielen einstigen DDR-Bürgern ein tiefer Anti-Amerikanismus festzustellen sei: „Es ist eine Nachwirkung der Propaganda. Die DDR hat die Welt in Gut und Böse eingeteilt. Die USA waren immer die Bösen!“ Eine solche „Erklärung“ kann man vielleicht Erstklässlern anbieten ...

Jawohl, wir haben in der DDR die USA als das dargestellt, zu was sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg mehr und mehr entwickelten: als aggressionslüsternes und permanent nach Welt-herrschaft strebendes System, das anderen Völkern seine „Wertvorstellungen“ aufzuzwingen versucht. (...) Mit dieser Einschätzung befand sich die DDR-Politik in Übereinstimmung mit weiten Teilen der Bevölkerung, die nach den schrecklichen Erfahrungen eine tiefe Friedenssehnsucht erfaßt hatte. (...) Es war eben keine bloße „DDR-Propaganda“, sondern eine Feststellung von Tatsachen, die unsere politischen Gegner bis heute nicht wahrhaben wollen. Dabei hat sich die Bewertung der US-Politik nie gegen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten, sondern immer gegen deren Administration sowie das soziale und politische System der USA gerichtet. Und im übrigen: Wer teilt denn heute die Welt in Gut und Böse ein bzw. verteufelt sogar einzelne Staaten als „Hort des Bösen“?

Wenn man sich schon mit verschiedenen Aspekten der DDR-Politik oder dieser insgesamt nicht identifizieren kann, dann sollte man, wer-te Frau Kuczynski, zumindest den abwerten-den Ton unterlassen. (...) Das gilt übrigens auch für alle anderen Kritiker, die sich auf gleichem Niveau bewegen. (...)

**Gottfried Fleischhammer, Leipzig**

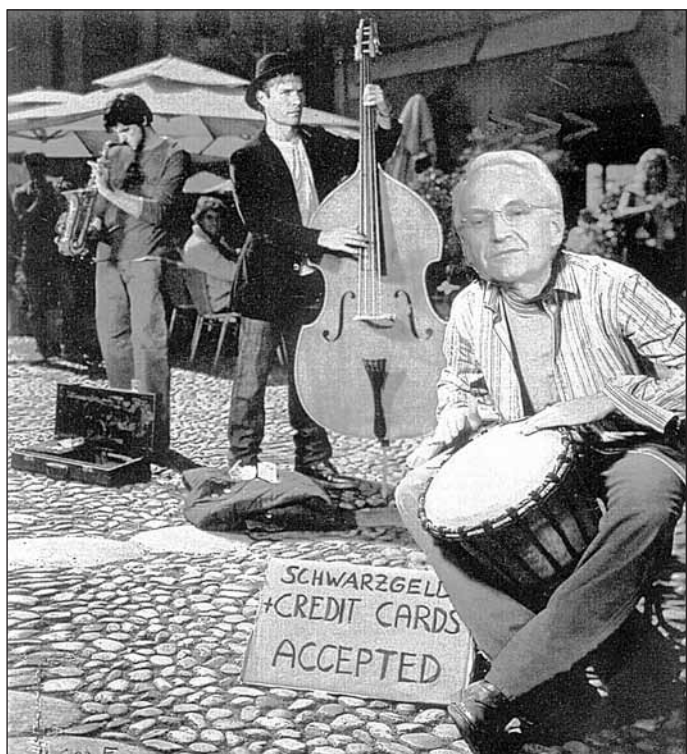
Die Wahniederlage der Sozialisten hat m. E. zwei wesentliche Gründe: Viele Menschen haben die SPD gewählt, um einen CDU-Sieg zu verhindern. Die linke Bewegung aber ist gespalten; warum PDS, DKP, KPD usw.? (...) Offensichtlich gelingt es der Reaktion bis heute, den meisten Menschen zu vermitteln, daß Kommunismus etwas ganz Furchtbares ist. Ich registriere auch eine gewisse Scheu, schon heute über die Zukunft der menschlichen Gesellschaft zu reden; aber es scheint mir wichtig zu sein, dies in Grundzügen zu tun. Für religiös geprägte Menschen sei hier gesagt, daß eine kommunistische Gesellschaft eigentlich nichts weiter ist, als das Himmelreich schon auf Erden zu errichten. Weg vom Gegeneinander, hin zum Miteinander. (...)

**Jürgen Stage, Strausberg**

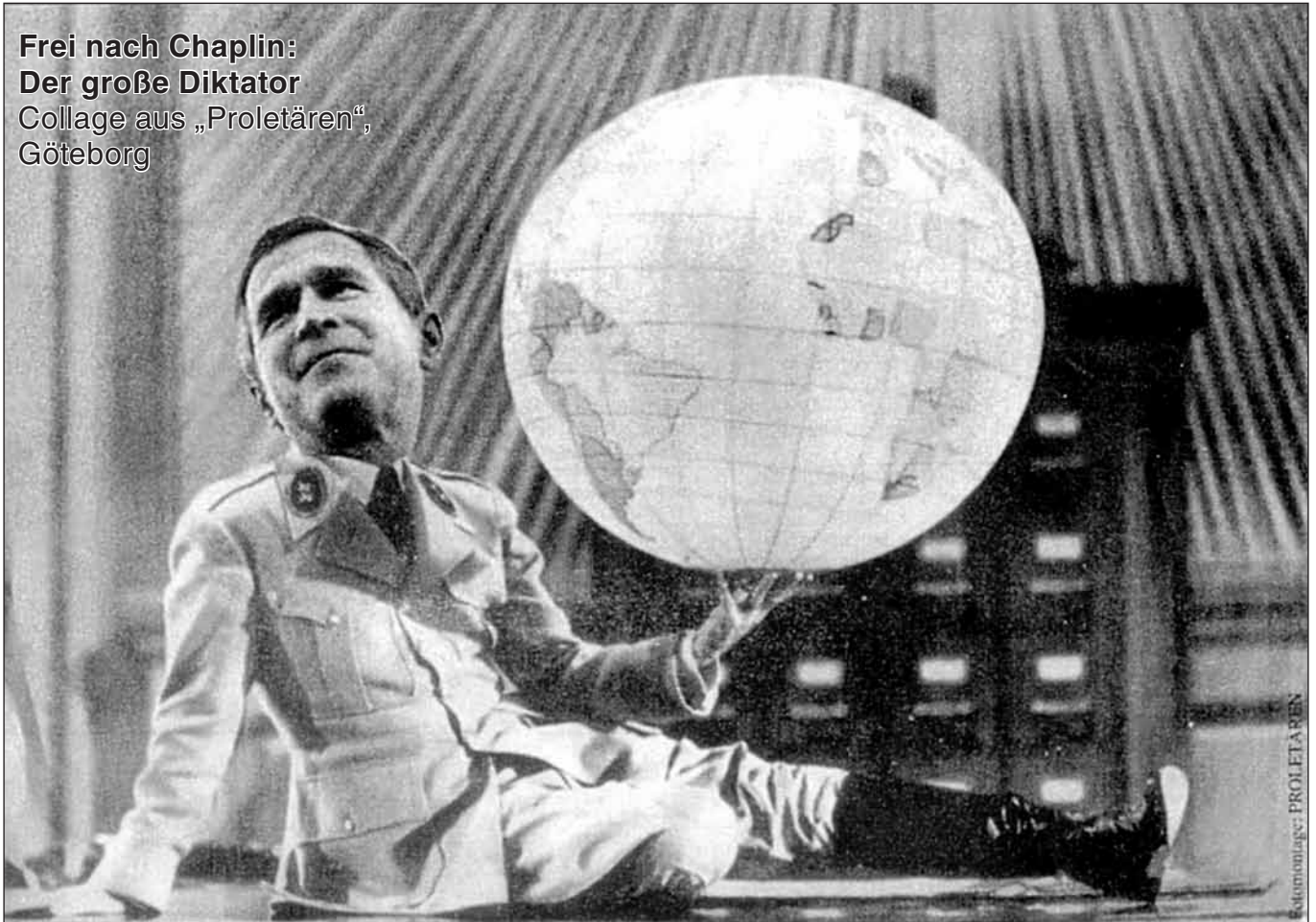
„Imperialismus und Krieg gehören zusammen wie Sozialismus und Frieden“. Diese Losung aus DDR-Zeiten ist mir noch gut in Erinnerung. Nach der Ausschaltung des Warschauer Vertrages (durch die Konterrevolution!) tritt ihr Wahrheitsgehalt immer deutlicher zutage. Erst war es Jugoslawien, dann Afghanistan und jetzt soll der Krieg im Irak folgen. Bush und seine Hintermänner drängen darauf. Einst bekam der Ex-Außenminister der USA Alexander Haig auch in Deutschland und Berlin eine entsprechende Antwort, als er erklärte, es gäbe „wichtigere Dinge als Frieden“. Doch wer heute für den Frieden eintritt bzw. eine deutsche Beteiligung am Überfall der USA auf Irak ablehnt (und sei es auch nur aus wahl-taktischen Gründen), wird in die Ecke gestellt und muß sich „schämen“. Ihm wird durch Medienselbsteinschätzung und massiven Druck klargemacht, wie „verhängnisvoll“ ein ablehnender Standpunkt gegenüber der Politik der Bush-Administration sei. Deutschland dürfe die USA „nicht enttäuschen“. Solche „Erwartungen“ sind Ausdruck des Verlangens der Amerikaner, die ganze Welt kommandieren zu können.

**Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf**

## Collagen: Stefan Schultz



**Frei nach Chaplin:  
Der große Diktator**  
Collage aus „Proletären“,  
Göteborg



Wir erinnern noch einmal an die Veranstaltung mit

## Generaloberst a. D. Fritz Streletz

der am **15. November 2002 um 16.00 Uhr** als Gast der Regionalgruppe Berlin des RF-Fördervereins in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, **Torstraße 203–205**, sprechen wird. Der namhafte Militär der DDR befaßt sich mit der gegenwärtigen strategischen Lage in der Welt.

Stuhlgeld: 1 Euro

## Bitte vormerken

Während wir im Dezember pausieren, können wir schon jetzt für den ersten Monat des neuen Jahres ein besonderes Ereignis ankündigen.

**Am Freitag, dem 24. Januar 2003**, wird die Dichterin

## Gisela Steineckert

**um 16.30 Uhr** im Berliner „RotFuchs“-Kessel in der Torstraße zu Gast sein.

Sie liest aus ihrem Buch

*„Und dennoch geht es uns gut“  
und anderen neueren Arbeiten.*

Der renommierte Wissenschaftler  
Genosse

## Dr. sc. Kurt Gossweiler

– an der Front zur Roten Armee übergegangener Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, dann namhafter Faschismus-Forscher der DDR, zuletzt vor allem durch Veröffentlichungen über den Revisionismus bekanntgeworden – vollendet am

**5. November 2002  
sein 85. Lebensjahr.**

Die Redaktion und der Förderverein übernehmen diesem standhaften und erprobten Kommunisten ihre brüderlichen Grüße und Glückwünsche.

## I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998  
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost  
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:  
RotFuchs-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
Tel. 030/5613404, Fax 030/56493965  
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle  
Post zu richten ist)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

Internet: [www.rotfuchs.net](http://www.rotfuchs.net)  
E-Mail-Adresse: [rotfuchs.berlin@t-online.de](mailto:rotfuchs.berlin@t-online.de)

**Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.**

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

### Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki  
Rolf Berthold  
Isolda Bohler (Valencia)  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Dr. sc. Gerhard Feldbauer  
Walter Florath  
Peter Franz  
Dr. sc. Kurt Gossweiler  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Werner Hoppe  
Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott  
Gerda Klabuhn  
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Wolfgang Metzger  
Dr. Annemarie Mühlefeldt  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Dr. Norbert Pauligk  
Rainer Rupp  
Fritz Teppich  
Herbert Thomas  
Dr.-Ing. Peter Tichauer  
Stefan Warynski, (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs  
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220 160 759

### Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer  
Heinz Herresbach  
SHAHAR  
**Internet-Redakteurin:**  
Iris Rudolph  
**Webmaster der Vereinsseite:**  
Dr. Hartwig Strohschein  
**Versand und Vertrieb:**  
Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin  
Telefon 030/6545634  
[arminneumann@web.de](mailto:arminneumann@web.de)  
Marianne Ahrens  
Sonja Brendel, Bruni Büdler  
Monika Kauf, Bernd Koletzki